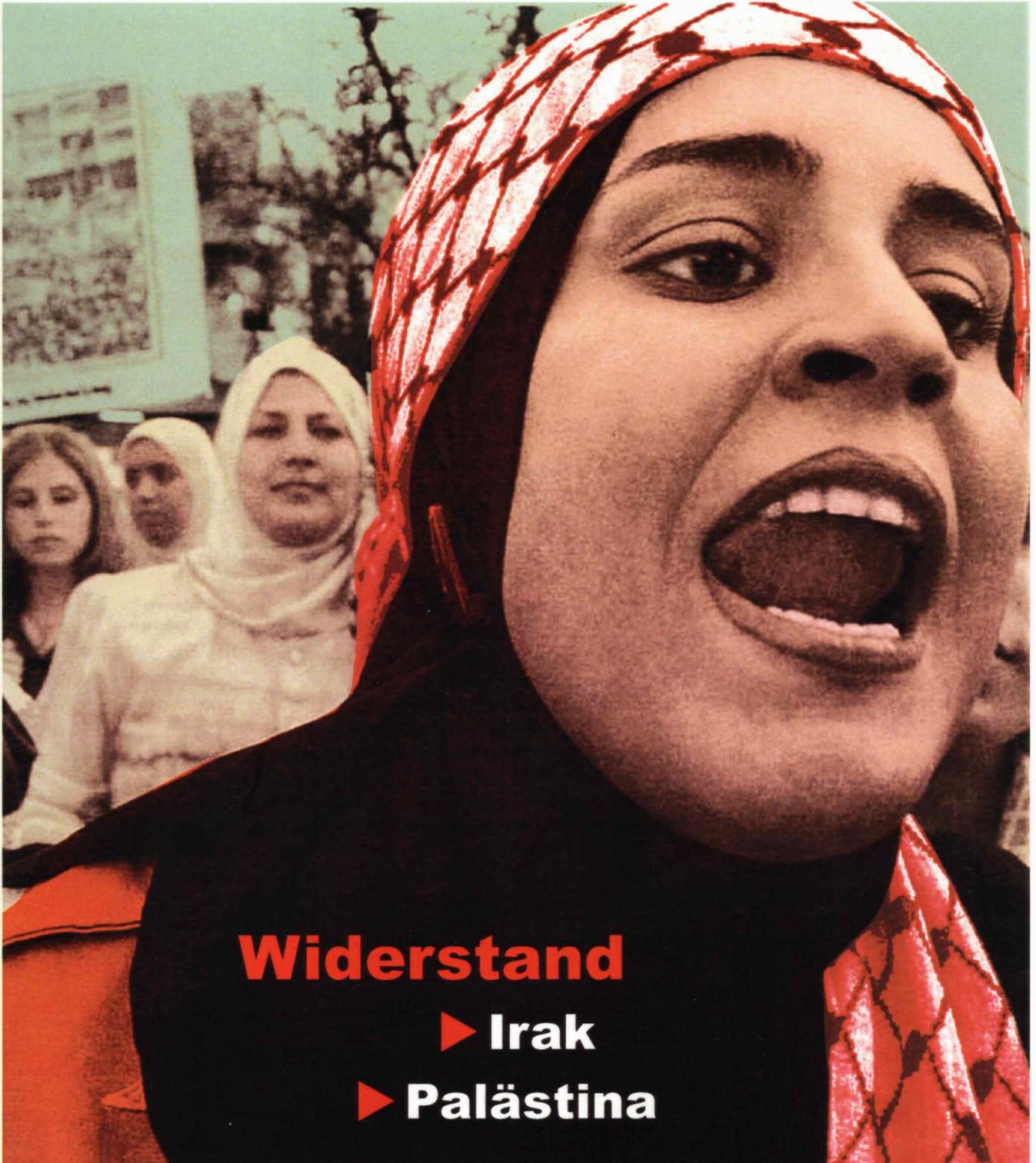


Palästina

INTIFADA

The title 'INTIFADA' is written in large, bold, black letters. A barbed wire graphic runs horizontally across the top of the letters. A stick figure is drawn on the right side of the barbed wire, appearing to be climbing or cutting through it. The background behind the letters is a stylized red and white pattern.

Nummer 14 Dezember 2003 Preis: € 2,- **Solidarität mit Palästina**



Widerstand

▶ Irak

▶ Palästina

Auf die Straße für das Recht auf Widerstand!

In Palästina wie im Irak!

Sie ist den einen zum Mythos geworden, den anderen zum Trauma: die weltweite Solidaritätsbewegung mit dem Kampf des vietnamesischen Volkes gegen den übermächtigen Invasor. Und sie hat maßgeblich dazu beigetragen, dass dieser Kampf gegen den us-amerikanischen Goliath für den vietnamesischen David siegreich ausging. Natürlich war es in erster Linie der eiserne Kampfeswille des kleinen südostasiatischen Volkes, das Hunderttausende, wenn nicht Millionen seiner Angehörigen opferte, um den us-Imperialismus in die Knie zu zwingen. Nichtsdestotrotz leistete die Solidaritätsbewegung in allen Teilen der Welt, nicht zuletzt im Herz der Bestie selbst, einen entscheidenden Beitrag, der den Invasor schließlich zum Rückzug zwang.

Es gab keinen Zweifel für jeden sich als fortschrittlich verstehenden Menschen in den 60er und 70er Jahren, dass das Recht auf der Seite des vietnamesischen Volkes lag und die Pflicht zur Solidarität bei jeder/ jedem Einzelnen. Der Sieg der Vietnamesen war ein Sieg für alle unterdrückten Völker der Welt – für jene, die sich gerade vom Joch des Kolonialismus befreit hatten, ebenso wie für die, denen die Befreiung noch nicht gelungen war.

Auch heute schauen alle Augen wie gebannt auf ein kleines Land von kaum mehr als zwanzig Millionen Einwohnern, das wider jegliches Erwarten die unumschränkte Supermacht nun schon seit mehr als einem halben Jahr im Zaum hält. Sie kämpfen gegen einen Invasor und Besetzer, die Iraker, sie kämpfen gegen einen übermächtigen Feind, einen kriegswütigen, machthungrigen und skrupellosen Imperialismus. Doch wo bleibt die Solidarität? Wo sind sie, die Massen der sich als fortschrittlich Verstehenden, die von einer möglichen anderen Welt faseln? Ab-

geschreckt, weil der Widerstand der Iraker angeblich Terrorismus ist? Angewidert, weil er nicht „sauber“ und „demokratisch“ abläuft, sich nicht auf westliche Theorien bezieht und keine westlichen Methoden anwendet?

„Terroristen“ waren die Revolutionäre von 1789 in Frankreich, die antifaschistischen Partisanen in Jugoslawien, Griechenland und Italien und die antikolonialen Freiheitskämpfer in Algerien und Vietnam. „Terroristen“ sind immer die, deren Kampf der Herrschaftsideologie nicht zu Gesichte steht. Das macht ihn deshalb noch nicht illegitim. Im Gegenteil, der Kampf der Iraker gegen die Besatzung ist nichts anderes als ein Kampf um Selbstbestimmung. Er ist im Verständnis universeller humanitärer und demokratischer Werte legitim, aber er ist es auch nach geltendem Völkerrecht. Und er ist der Kampf aller unterdrückten Völker dieser Welt. Wenn der Irak sich von der imperialistischen Besatzung befreit, so wird dadurch das Kräfteverhältnis weltweit verschoben. Die Neue Weltordnung, die Völkerknechtschaft unter us-Führung, bekommt einen Sprung.

Darum, und weil die Iraker ein grundlegendes Menschenrecht in Anspruch nehmen – das Recht auf Widerstand gegen Fremdherrschaft und Besatzung – ist es unser aller Pflicht die Legitimität dieses Widerstandes mit Zähnen und Klauen zu verteidigen.

Inhalt

Unter Beschuss.....	4
Die „Swiss road“ zur Apartheid	6
Eine Frage der Wahl	10
Die „Roadmap“	12
Intifada in Zahlen	13
Gleicher Feind, anderer Name.....	14
Spendet zehn Euro für den irakischen Widerstand!.....	17
Tausend Menschen auf Intifada-Demo in Wien.....	18
300 Menschen demonstrierten in Duisburg-Marxloh	18
Rede des Arabischen Palästina-Clubs	19
Israelischer Checkpoint in Hamburg Altona.....	20
Mumbai Resistance 2004.....	21
Antiimperialistische Bewegung unterstützt irakischen Widerstand	22
Freiheit und Friede für Syrien.....	23
„Nicht in unserem Namen“	24
Antijüdische Anschläge verschärfen „Konfessionalisierung“ des Nahostkonfliktes	25
Ein Schritt zur Konsolidierung einer antiimperialistischen Strömung in Österreich.....	26
Zur Nahost- und Israelpolitik der USA	27
Die KPÖ und der Nahost-Konflikt	32
Israels „neue Historiker“	37
Edward Said (1935–2003).....	39
„Ich lebe“ – Ein Roman von Laila Baalabakki	41
Mai Masris Filme des Widerstandes	44
Die neue Welt des George W. Bush	45

Unter Beschuss

Der militärische Widerstand gegen die US-Besatzung im Irak ist erfolgreicher als prognostiziert. Am 2. November wurden bei einem Hubschrauberabschuss durch die Guerilla 16 US-Soldaten getötet und weitere 20 verletzt. Erst eine Woche zuvor, am 26. Oktober, hatte ein hochprofessionell organisierter Angriff auf das Rashid-Hotel stattgefunden, der dem stellvertretenden US-Verteidigungsminister Paul Wolfowitz geglückt hatte.

Doch entgegen so mancher Annahme sind die Vereinten Staaten weit davon entfernt ihre Truppen abzuziehen, im Gegenteil. Sie wissen nur zu genau, dass im Irak über ihre globale Vorherrschaft entschieden wird. Gelingt es ihnen die Situation zu stabilisieren und ein höriges Marionettenregime zu installieren, dann ist die weltweite us-Vorherrschaft vorläufig einmal gesichert und ein weiterer Schritt in der Errichtung des amerikanischen Imperiums gemacht. Konsolidiert sich hingegen der irakische Widerstand und verstricken sich die USA in einen lang anhaltenden Kolonialkrieg, so würde das die amerikanische Weltmacht in ernsthafte Schwierigkeiten bringen und der Aufbau des amerikanischen Weltreichs ins Stocken geraten. Daher wurden trotz politischer Geplänkel angesichts der herannahenden us-Präsidentenwahl zusätzliche 87 Milliarden us-Dollar für die Besatzung des Irak vom Parlament genehmigt. Allen Popularitätstiefs des Präsidenten und an die Öffentlichkeit dringenden Berichten von Spannungen innerhalb des amerikanischen Regime zum Trotz werden die USA alles unternehmen den Widerstand niederzuwerfen und den Irak schließlich zu „befrieden“, auch um den Preis einer nicht abzusehenden Spirale der Eskalation.

Gruppen in der Widerstandsfrent

Dass der Widerstand über solide Wurzeln in der Bevölkerung verfügt, zeigen nicht nur die spontanen Freudenkundgebungen nach erfolgreichen Aktionen der Guerilla. Immer wieder wird auch von Demonstrationen berichtet. An kleinen Reibereien mit der Besatzungsmacht, die mit aller Härte und Brutalität vorgeht, ent-

zung umfassenden politisch-sozialen Netzes, das sich gegen die Besatzung richtet.

Indes wird die fehlende politische Führung des Widerstands immer offensichtlicher. Der von den us-Besatzern eingerichtete „Regierungsrat“ ist zwar völlig isoliert. Letztlich kann er aber weiter existieren, weil der Widerstand noch keine anerkannte vereinigte politische Front hervorgebracht hat.

Trotz der zahllosen Beteuerungen der festen nationalen Einheit scheint dahinter das Problem der Spaltung zwischen dem sunnitischen und dem schiitischen Milieu zu stehen. Militärisch sind eindeutig die sich aus der ba'athistischen Armee rekrutierenden Widerstandsgruppen aus dem sunnitischen Milieu – ungeachtet der Detailfrage, ob sie nun Saddam Hussein

zünden sich Straßenschlachten, bei denen Jugendliche mit Steinen gegen Panzer vorgehen und frappant an die Situation in Palästina erinnern. Oft begegnet die einfache Bevölkerung dem Einsatz von Schusswaffen seitens der us-Armee ebenfalls mit Schüssen oder Handgranaten. Alle diese Zeichen deuten auf die Verteidigungs- und Kampfbereitschaft der breiten Bevölkerungsmasse hin. Die Guerilla ist also keineswegs isoliert, sondern nur die Spitze eines Eisberges, eines weite Kreise der Bevölke-



loyal oder ablehnend gegenüberstehen, ob sie islamisch oder säkular sind – die stärkste Kraft. Politisch hingegen repräsentiert die schiitische Führung um Muqtada al-Sadr die bedeutendste Kraft. Dieser rief erst kürzlich eine Gegenregierung aus – allerdings allein, was vermutlich seinen exklusiven Führungsanspruch unterstreichen soll. Auf der anderen Seite bezeichnete der junge Geistliche aus einer historischen Klerikerfamilie Anfang November Saddam und seine Anhänger als die eigentlichen Feinde des irakischen Volkes, was klar gegen den Widerstand aus dem sunnitischen Milieu gerichtet ist.

Auch die Besatzer dürften schon erkannt haben, dass ihr Regierungsrat kaum seinen Zweck zu erfüllen in der Lage ist und sie einer breiten Abstützung des Embryos eines Quisling-Regime bedürfen. Da liegt der in verschiedene Fraktionen und Strömungen gespaltene Klerus als Ansprechpartner nahe. Bisher hatte man auf den im August bei einem Anschlag ums Leben gekommenen Bashir al-Hakim gesetzt, der jedoch durch seine historische Kooperation mit dem Iran und seine offene Kollaboration mit dem Regierungsrat wenig beliebt war. Prinzipiell kann man beim Klerus davon ausgehen, dass es ihm in erster Linie darum geht, seine eigene Rolle zu stärken und in einem neuen Staatswesen eine einflussreiche Rolle zu spielen. Das macht einen Ausgleich mit den USA zwar schwierig, aber in Ermangelung von proimperialistischen Alternativen nicht gänzlich unmöglich. Die zuletzt berichteten Schwankungen von Muqtada al-Sadr zwischen Widerstand und Kollaboration könnten so gelesen werden. Doch al-Sadr ist neben dem Druck von Seiten der USA auch jenem der schiitischen Volksmassen ausgesetzt, deren Unterstützung er nicht verlieren darf und die gegen die Besatzung kämpfen wollen. Hinzu kommt, dass sich die Kräfteverhältnisse innerhalb des Klerus schnell ändern und neue, antiamerikanische Führer aufsteigen können.

Berichten aus dem Irak zu Folge gibt es unter den Widerstands-

gruppen des sunnitischen Milieus die prinzipielle Bereitschaft am Aufbau einer nationalen Front teilzunehmen. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Saddam-Loyalisten, die militärisch durchaus Bedeutung haben, keine führende Rolle spielen können, zumal sie den Brückenschlag zu der schiitischen Führung stark belasten würden. Diese Brückenfunktion kommt Kräften wie der Patriotischen Allianz von Jabbar al-Kubaysi zu, die gegenüber dem Saddam-Regime die nötige Distanz hatten aber dennoch dem säkular-nationalistischen Milieu entstammen. In gewisser Hinsicht repräsentieren sie den kleinsten möglichen gemeinsamen Nenner aller Strömungen.

Die Reaktion der „Internationalen Gemeinschaft“

Entscheidend für die USA wird es sein zu versuchen die eigene De-facto-Isolierung zu überwinden und die Besatzung auf eine breitere internationale Basis zu stellen. Tatsächlich legitimierten verschiedene UN-Resolutionen die Besatzung, zuletzt die Entschließung 1511 vom Oktober, und die von ihr unternommenen Versuche ein abhängiges Regime zu installieren. Das beweist, wie wenig grundsätzlich die Opposition der verschiedenen europäischen Mächte gegen die amerikanische Politik ist. Wenn es gegen den antiimperialistischen Widerstand geht, handeln

sie vereint. Allerdings versuchen sie dabei ihre eigene gefährdete Rolle innerhalb des globalen imperialistischen Systems zu erhalten und den monopolaren Anspruch der USA zu dämpfen.

Damit kann auch erklärt werden, wieso nach wie vor kaum Entsatstruppen aus anderen Ländern in den Irak gebracht werden konnten. Selbst stark proamerikanischen Staaten wie Pakistan, Indien oder Südkorea erscheint die Aufgabe zu gefährlich, zumal sie mit starker Opposition im Inneren zu rechnen haben. Die meisten europäischen Länder beschränken sich darauf begrenzte Geldmittel zur Verfügung zu stellen, versuchen diese aber der direkten Kontrolle der USA zu entziehen. Auch deuten die im Verhältnis zum Krieg von 1991 bescheidenen Summen darauf hin, dass es eher darum geht gute Miene zum bösen Spiel zu machen.

Dennoch darf die amerikanische Macht, andere Staaten zur Entsendung von Truppen zu nötigen, nicht unterschätzt werden. Washington schwebt offensichtlich ein Konzept vor, nach dem die US-Truppen nur das technisch-logistische Rückgrad der Besatzung stellen sollen, während anderen Ländern zugeordnet wird, das Kanonenfutter zu liefern. So soll die politisch-militärische Kontrolle in US-amerikanischer Hand bleiben, während die Verluste reduziert werden könnten.

Willi Langthaler, November 2003



Die „Swiss road“ zur Apartheid

Mit Hilfe der offiziellen Schweiz haben Vertreter der Arbeiterpartei und ehemalige Minister im Umfeld von Arafat eine „endgültige Friedensregelung“ für Palästina/Israel entworfen, die den Konflikt beenden können soll. Die symbolische Übereinkunft, die zum heutigen Zeitpunkt nur ein Friedensgedankenspiel ist, weist aber keinen Ausweg aus Apartheid und Unterdrückung.

Das Abkommen, das finanziell und ideell vom schweizerischen Außenministerium (sozialdemokratisch) gefördert wurde, entspricht angesichts der unendlichen Leiden der palästinensischen Bevölkerung unter der israelischen Besatzung dem Wunsch vieler Friedensbewegten, dass dieser Konflikt endlich friedlich ein Ende finden kann. Es lohnt sich deshalb, das Abkommen, das angesichts der realen Machtverhältnisse in Israel und den us-Interessen in der Region weit von einer unmittelbaren Umsetzung entfernt ist, trotzdem auf seine friedensstiftenden Inhalte zu untersuchen.

Was das Abkommen vorsieht

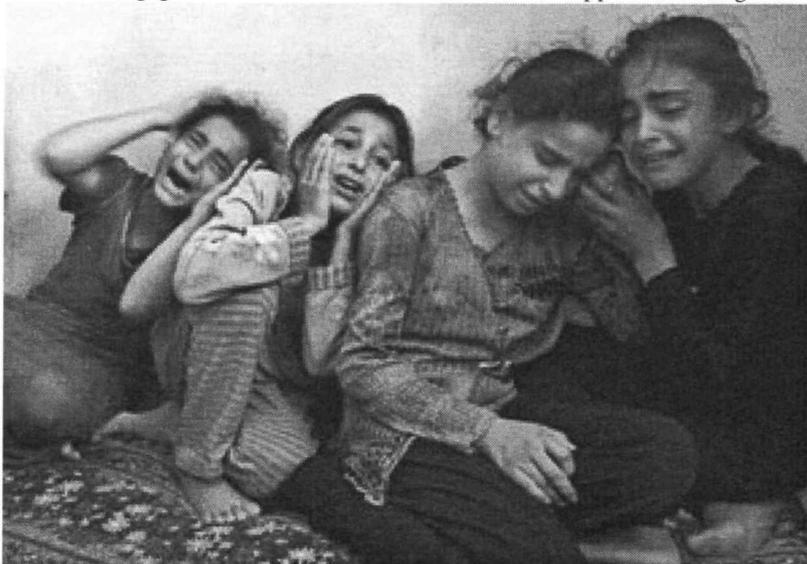
Das Abkommen sieht einen weitgehenden, aber nicht vollständigen Rückzug der israelischen Armee aus den besetzten Gebieten (ca. 95 Prozent) vor. Nach dem alten Konzept „Land gegen Frieden“ liegt dem Abkommen eine Karte bei, die den Austausch von Land in den besetzten Gebieten, die wegen ihren Siedlungen und für Israel militärisch als wichtig erscheinen, gegen ein Stück Wüste

im Negev vorsehen. Die bedeutsamste Abweichung von den Grenzen des 4. Juni 1967 betrifft die Grenzregelungen um die Stadt Jerusalem. Ansonsten entspricht die Grenze zwischen dem zukünftigen Staat Israel, der seinen zionistischen Charakter bewahren soll, und dem Gebilde eines selbstverwalteten palästinensischen Gebietes im Westjordanland und Gazastreifen den israelischen Grenzen vor dem Kriege von 1967. Die israelische Armee kann aber weiterhin in den palästinensischen Gebieten (Westjordanland) drei Stützpunkte unterhalten, in denen neben Soldaten auch sogenannte „Frühwarnsysteme“ stationiert sind. Zur militärischen Kontrolle der Gebiete wird den palästinensischen Sicherheitskräften eine internationale Verifikationsgruppe mit multinationalen Truppenverbänden beiseite gestellt, die die palästinensische Seite zu kontrollieren hat. Israel soll ein Vetorecht für die Beteiligung von Militärs aus nicht genehmen Staaten eingeräumt werden. Insbesondere soll diese multinationale Truppe die Außengrenzen

der palästinensischen Gebiete zusammen mit der palästinensischen Polizei kontrollieren. Nach dem Abkommen hat der sogenannte palästinensische Staat sich auf eine Polizeibewaffnung zu beschränken. Beschränkungen von Israel sind keine vorgesehen. Das Abkommen verpflichtet die palästinensische Seite zu einer engen Sicherheitskooperation mit Israel (was auch den Austausch von Informationen über Verdächtige beinhaltet) und verlangt eine vollständige Entwaffnung aller palästinensischen Kräfte außerhalb der Polizeitruppe. Im Abkommen ist ausdrücklich erwähnt, dass die palästinensischen Sicherheitskräfte im Kampf u. a. gegen „Fälschungen, Piratenstationen von Radio und Fernsehen und anderen illegalen Aktivitäten“ mit den israelischen Behörden zusammenzuarbeiten haben. Das Abkommen sieht wie bereits die Oslo-Verträge einen Korridor zwischen Gaza und dem Westjordanland vor. Die Verbindung steht unter israelischer Kontrolle, die nicht genauer beschrieben wird. Der Luftraum der palästinensischen Gebiete steht ebenfalls weiterhin unter israelischer Kontrolle und soll nach dem Abkommen ausdrücklich für sogenannte Übungsflüge der israelischen Luftwaffe genutzt werden können.

Jerusalem soll Hauptstadt von zwei Staaten werden. Der nach 1967 illegal errichtete israelische Siedlungsring um Ostjerusalem wird legalisiert (mit 200 000 SiedlerInnen) und weiterhin unter israelischer Kontrolle bleiben. Die „Teilung“ der Stadt soll international überwacht werden. Die palästinensischen Bewohner Jerusalems, die neu in palästinensisches Gebiet zu wohnen kommen, verlieren ihre israelische Staatsbürgerschaft. Was mit dem verlorenen Besitz der arabischen BürgerInnen der Stadt in Westjerusalem und dem vom Siedlungsring betroffenen Ostjerusalem passiert, wird im Abkommen nicht geregelt.

Die palästinensischen Flüchtlinge, die 1948 und 1967 aus Israel vertrieben wurden, sollen definitiv auf ihr indi-



viduelles Recht auf Rückkehr (gemäß internationalem Recht) verzichten müssen. Anerkannte Flüchtlinge sollen aus einem internationalen (nicht israelischem) Fonds entschädigt werden. Nach einer Übergangsfrist von zwei Jahren verlieren alle Flüchtlinge, auch wenn sie keine Entschädigungsforderung gestellt haben, endgültig ihren Flüchtlingsstatus. Die UNO wird aufgefordert, die entsprechenden UNO-Resolutionen (z. B. 194) als erledigt abzuschreiben. Eine symbolische Anerkennung der Verantwortung von Israel für das Flüchtlingsproblem ist im Abkommen nicht vorgesehen. Folgerichtig muss Israel auch nur teilweise für die Entschädigung der Flüchtlinge aufkommen und ist weiterer Verpflichtungen enthoben. Israel darf laut Artikel 7.9.e des Abkommens sogar den Wert der Siedlungen, die es räumt und an die PalästinenserInnen übergibt, bei seinen Beiträgen an den internationalen Entschädigungsfonds für die Flüchtlinge abziehen. Die Zahl für eine beschränkte Rückkehr von Vertriebenen soll allein durch Israel bestimmt werden. Nach fünf Jahren soll dann das UNO-Hilfswerk UNRWA, das heute die Bildung und Gesundheitsvorsorge der Flüchtlinge gewährleistet, aufgelöst werden.

Das Abkommen sieht ausdrücklich auch eine Vereinbarung über Transitstraßen durch das Westjordanland vor, die Israelis ohne palästinensische Grenzkontrolle frei benützen dürfen. Die Kontrolle dieser Transitstraßen unterliegt ausschliesslich den multinationalen Truppen. Neben diesen Transitstraßen haben israelische ZivilistInnen, ohne sich palästinensischen Grenzkontrollen unterziehen zu müssen, freien Zugang zu einigen heiligen Stätten im Westjordanland (Grab der Rachel bei Betlehem, Grab der Patriarchen in Hebron).

Die palästinensischen Gefangenen werden in drei Kategorien für ihre Freilassung eingeteilt. Menschen, die vor dem 4. Mai 1994 verhaftet wurden und seitdem gefangen gehalten werden (also schon zehn Jahre ihrer Freiheit beraubt sind) und in Administrativhaft, minderjährig oder



weiblichen Geschlechts sind, sollen beim Abschluss des Abkommens freigelassen werden. Ein Teil der Menschen, die nach Mai 1994 und vor der Unterzeichnung des Abkommens verhaftet wurden, sollen bis 18 Monate nach der Unterzeichnung freigelassen werden. Alle Gefangenen (unabhängig von der Dauer ihrer Gefangennahme), die in einem Annex des Vertrages aufgezählt werden, sollen erst dreißig Monate nach der vollständigen Umsetzung des Abkommens (was immer das auch heißt) freigelassen werden.

Das Abkommen widerspricht Völkerrecht und UNO-Resolutionen

Das Abkommen widerspricht in mehreren Punkten dem internationalen Recht und den UNO-Resolutionen. Das Abkommen sieht kein bedingungsloses Ende der völkerrechtswidrigen Okkupation der 1967 besetzten Gebiete vor (wie es z. B. in der UNO-Resolution 242 verlangt wird), sondern versucht mit dem Abzug noch verschiedene Kontrollrechte über die palästinensische Selbstverwaltung und Territorium zu erhalten.

Inbesondere in Jerusalem legalisiert das Abkommen illegale israelische Siedlungen für ca. 200 000 Menschen, was der Hälfte aller illegalen

SiedlerInnen im Westjordanland entspricht. Amram Mitzna, ehemaliger Bürgermeister von Haifa, Gegenkandidat der Arbeiterpartei zu Sharon bei den letzten Wahlen und Mitautor des „Genfer Abkommens“, feiert in *Tachles* (schweizerisches jüdisches Wochenmagazin) die Resultate des Abkommens, die den generalstabsmäßig geplanten Siedlungsring um Ostjerusalem nach 1967 anerkennen. „Sie (die Siedlungen Anm. d. A.) werden auf immer Bestandteil der erweiterten Stadt sein. Keiner der Siedler in diesen Gegenden wird sein Heim verlassen müssen.“ Um die Idee einer Hauptstadt zweier Nationen zu verwirklichen, erhält Israel wesentliche Teile der Stadt, die es 1967 völkerrechtswidrig annektiert hat, im Abkommen zugesprochen. Das Abkommen legalisiert einen großen Teil der *Faits accomplis*, die Israel geschaffen hat, um seinen Anspruch auf Jerusalem als Hauptstadt zu untermauern. Dass diese Ansprüche auf völkerrechtlich wackligen Füßen stehen, zeigt heute noch der Umstand, dass viele Länder ihre diplomatischen Vertretungen (darunter die Schweiz und Deutschland) in Tel Aviv und nicht in Jerusalem unterhalten. Sie bringen damit zum Ausdruck, dass sie Jerusalem nicht als Hauptstadt von Israel anerkennen.

Am auffälligsten ist der Widerspruch zum internationalen Recht bei der Rückkehr der Flüchtlinge. Sie sollen umfassend auf ihre in den UNO-Resolutionen (insbesondere Nr. 194) wie in Menschenrechtskonventionen verankerten Rechte verzichten, die jedem Flüchtling individuell das Recht auf Rückkehr an den Ort vor seiner Vertreibung garantieren. Im Abkommen wird ausdrücklich auch auf eine symbolische Anerkennung des Rückkehrrechts verzichtet, was Uri Avnery, der das Abkommen im Prinzip unterstützt, in seinem Kommentar kritisiert. „Wir glauben, dass eine solche Erklärung (für die Anerkennung des Rückkehrrechts in ihre Heimat) notwendig für die Reinigung der Wunde ist.“ In der selben Logik sieht das Abkommen keine direkte Entschädigung durch das für die Vertreibung verantwortliche Israel vor, sondern durch einen international gespeisten Fonds. Das Abkommen widerspricht damit nicht nur dem internationalen Recht auf Rückkehr von Flüchtlingen, sondern auch der Verpflichtung der Verantwortlichen die Opfer zu entschädigen.

Vollkommen außerhalb jeglichen anerkannten Rechtes (Menschenrechtskonvention, Genfer Konventionen, etc.) sind die Regelungen über die Freilassung der palästinensischen Gefangenen in Israel (7000 bis 9000 Betroffene). Die Inhaftierung vieler Gefangener ohne Gerichtsurteil und unter der rechtswidrigen Administrativhaft ist schlicht illegal. Die Menschen, die zum Teil schon über Jahrzehnte unter der sogenannten Administrativhaft in israelischen Gefängnissen und Lagern festgehalten werden, sind deshalb sofort freizulassen. Auch entsprechen die Prozesse und Verurteilungen vieler Gefangener nicht dem Menschenrechtsstandard. Viele Urteile sind zu überprüfen und bei falschen und nicht rechtmäßigen Urteilen sind die Gefangenen sofort freizulassen. Die Opfer von Folter – selbst wenn diese von der israelischen Justiz als „notwendig“ angeordnet wurde – sind zuzätzlich zu entschädigen. Dass ein Abkommen, das Frieden schaffen

will, nicht mit der Beendigung dieses illegalen Umgangs mit den Gefangenen bricht und keine sofortige Freilassung aller illegal festgehaltenen Gefangenen vorsieht, ist vollkommen unverständlich.

Ein friedlicher Weg zur Apartheid?

Das Genfer Abkommen unterscheidet sich vom Osloer Abkommen darin, dass es auch endgültige Aspekte einer Friedenslösung enthält. Endgültig sind der Verzicht der palästinensischen Bevölkerung auf ein bedingungsloses Ende der Besatzung und Rückkehr der Flüchtlinge. Im Gegenzug ist unklar, was mit der Anerkennung eines „palästinensischen Staates“ positiv alles gemeint ist. (Auch Sharon will einen palästinensischen Staat anerkennen.) Das Genfer Abkommen lässt zudem gleich wie das Osloer Abkommen von 1993/1994 die Fragen der Lebensbedingungen der Bevölkerung offen. Israel hat während des Osloer Abkommens durch Grenzsicherungen und durch diverse Einschränkungen die Lebensbedingungen der Bevölkerung unter der palästinensischen Selbstverwaltung verschlechtert. Das ist ein wesentlicher Grund für das Scheitern des Abkommens und den Ausbruch der Intifada.

Eine der zentralen Fragen, die das Abkommen offen lässt, ist zum Beispiel der Raub von Trinkwasser aus den besetzten Gebieten für das israelische Kernland und die Siedlungen. Die palästinensische Wohnbevölkerung erhält nur ein Viertel des Wassers, das aus den palästinensischen Gebieten gewonnen wird, für den eigenen Verbrauch. Der Rest des Wassers wird für die israelische Wasserversorgung gebraucht. Palästinensische BewohnerInnen der besetzten Gebiete haben heute durchschnittlich neunzig Liter Wasser pro Tag und pro Person zur Verfügung, israelische SiedlerInnen dagegen 280 Liter. Das Genfer Abkommen schreibt unter Punkt 12 „Wasser – muss noch geregelt werden“.

Ein ebenfalls im Abkommen nicht geregelter Aspekt ist der Umgang mit

der vernachlässigten Infrastruktur in den besetzten Gebieten. Die häufigen Stromunterbrüche, die tiefen Löcher in den Straßen (mit Ausnahme der Straßen für die SiedlerInnen) und das mangelnde und schlechte Trinkwasser aus den Wasserhähnen der PalästinenserInnen sprechen Bände. Israel hat durch die Vernachlässigung der Infrastruktur über Jahrzehnte die Genfer Konventionen zum Schutz der Menschen unter militärischer Besatzung verletzt. 1996 war eine Mehrheit der Häuser im Gazastreifen nicht an die Kanalisation angeschlossen. In den Flüchtlingslagern waren es sogar nur 27 Prozent der Häuser. Obwohl Israel nur einen kleinen Teil seiner Einnahmen (u.a. Mehrwertsteuer, Handelszölle, etc.) aus den besetzten Gebieten in die Verbesserung der Infrastruktur in diesen Gebieten reinvestiert hat und darum ihr Zustand so schlecht ist, sieht das Abkommen keine Hilfsleistungen von Israel an die vernachlässigte Infrastruktur vor. Es sieht ebenfalls keine Leistungen für die massiven Zerstörungsaktionen der israelischen Armee an dieser Infrastruktur wie an privatem Besitz vor (Zerstörung von Obst- und Olivenbäumen, Sprengung von Wohnhäusern, etc.).

Ein anderer existenzieller Aspekt sind die Arbeitsbewilligungen von palästinensischen Arbeitskräften in Israel. Vor dem Osloer Abkommen konnten fast 400000 PalästinenserInnen in Israel einer Erwerbsarbeit nachgehen. Seit 1993 wurden die palästinensischen Arbeitskräfte in Israel zunehmend durch Arbeitskräfte aus anderen Ländern (Rumänien, Asien, etc.) ersetzt. Mit dem Ausbruch der Intifada vor drei Jahren verloren durch die Abriegelungen alle verbliebenen palästinensischen Arbeitskräfte aus den besetzten Gebieten in Israel ihre Arbeit. Heute beträgt die Arbeitslosenrate in den Gebieten sechzig Prozent.

Eine dauerhafte Friedensregelung muss die Existenz der palästinensischen Bevölkerung in einem sogenannten palästinensischen Staat absichern. Angesichts der wirtschaftlichen Abhängigkeit der besetz-

ten Gebiete von Israel müssten dafür von Israel Garantien abgegeben werden. Die Beantwortung dieser Fragen macht den wesentlichen Unterschied aus, die eine „Zweistaatenlösung“ in Palästina von einem südafrikanischen Bantustan zu Apartheidzeiten unterscheiden. Im Genfer Abkommen unter Punkt 13 heisst es aber nur vielsagend: „Die wirtschaftlichen Beziehungen müssen noch geregelt werden.“

Ein Frieden ohne Menschenrechte?

Angesichts der gewaltsamen Politik der Sharon-Regierung zur Errichtung eines palästinensischen Bantustans hinter Mauern im Westjordanland, des forcierten Ausbaus der Siedlungen und der dazu notwendigen Unterdrückungs- und Zerstörungspolitik erscheint das „Genfer Abkommen“ als kleineres Übel. Trotzdem schafft es keine Basis, auch als Übergangsregelung, für einen dauerhaften Frieden. Dieser ist nicht weniger als mit der Einhaltung des rechtlichen Minimalstandards für den Schutz der Bevölkerung unter Besatzung, der Einhaltung der Menschenrechte und der Rechte der Flüchtlinge möglich. Es gibt auch keinen Grund, warum Israel ein Sonderrecht haben sollte, diese Mindeststandards nicht einhalten zu müssen.

Das „Genfer Abkommen“ sagt zum heutigen Zeitpunkt hauptsächlich etwas über seine Unterzeichner und UnterstützerInnen aus. Auf israelischer Seite haben die als „links“ bezeichneten Vertreter der Arbeiterpartei und Intellektuelle einmal mehr bewiesen, dass ihre zionistischen Ideen von einer Friedensregelung nicht mit den Menschenrechten zu vereinbaren sind.

Besorgniserregend sind aber vielmehr die palästinensischen Vertreter. Es handelt sich um ehemalige Minister der Behörden und Vertreter der Fatah, der Mehrheitsströmung in der PLO. Verschiedene Seiten behaupten sogar, dass Arafat selber im Hintergrund in die Verhandlungen einbezogen war. Dies macht deutlich, dass ein einflussreicher Teil der

palästinensischen Führung zu allen Kompromissen bereit ist, wenn es darum geht, das eigene Hemd zu retten. Das Abkommen wirft die Frage auf, ob die Führung der Palästinensischen Autonomiebehörde und der PLO bereit ist, wesentliche Teile der Rechte der palästinensischen Bevölkerung, die in ihrer Mehrheit ein Flüchtlingschicksal erlitten haben, aufzugeben, auch wenn diese im internationalen Recht abgesichert sind (wie das Recht auf Rückkehr von Flüchtlingen oder Menschen unter Besatzung).

Es bleibt auch die Frage, ob die Schweizer Regierung und Institutionen wie die EU, die ihre Unterstützung für das Abkommen ausgesprochen haben, zukünftig für eine Friedensregelung von Israel nicht mehr die Einhaltung des Völkerrechtes, der Menschenrechte oder der Genfer Konventionen verlangen. Wir konnten schon seit längerem feststellen, dass die westliche Staatengemeinschaft und insbesondere die Schweiz nichts Wirksames bereit ist zu unternehmen, um den offensichtlichen Rechtsbrüchen durch Israel entgegen zu treten. Es ist aber qualitativ ein neuer Schritt, wenn sie für Friedensregelungen nicht mehr das internationale Recht als Grundlage betrachten. In diesem Sinne ist den linkszionistischen Kreisen der Arbeiterpartei und sogenannten israeli-

schen Friedenskräfte ein regelrechter Durchbruch auf dem internationalen diplomatischen Parkett gelungen. Zum ersten Mal ist ihnen die offizielle Anerkennung für ein Friedensabkommen gelungen, welches das internationale Recht nicht mehr als Grundlage nimmt.

Dabei weisen, unabhängig von einer langfristigen Lösung des Palästina/Israel-Konfliktes, Völkerrecht und UNO-Resolutionen einen Weg zu einer pragmatischen Übergangslösung: Das ist das sofortige und bedingungslose Ende der Besatzung (wie das die UNO-Resolution 242 seit 1949 verlangt) und die Rechte der Flüchtlinge auf Rückkehr und Entschädigung (wie das die UNO-Resolution 194 von 1967 verlangt). Wie dann die palästinensische Bevölkerung die geräumten Gebiete selber verwaltet und wie sie sich dafür organisiert, sollten wir einfach sie selber bestimmen lassen. Es kann nicht sein, dass wohlmeinende Friedenskräfte in der Welt und schon gar nicht VertreterInnen der ehemaligen Besatzungsmacht dies vorgeben. Wenn die palästinensische Bevölkerung sich nur noch mit ihrer eigenen Führung herumzuschlagen muss, wird sie sich auch genügend Gestaltungsmacht nehmen.

*Urs Diethelm
Palästina-Komitee Basel*



Eine Frage der Wahl

Unabhängig davon, wer palästinensischer Premierminister ist, müssen die Palästinenser zwischen zwei Optionen wählen, so 'Azmi Bishara.

Gerade als der Rücktritt des neuen palästinensischen Premierministers, nach nur hundert Tagen im Amt, bekannt wurde, sprachen Medienberichte von einem Mordversuch gegen den Hamas-Führer Scheich Ahmad Yassin und davon, dass die Hamas als eine terroristische Organisation von niemand geringerem als der Europäischen Union eingestuft worden war. Es wäre Zeitverschwendung nach einem kausalen Zusammenhang zwischen diesen Entwicklungen zu suchen, wollte man über die offensichtliche Tatsache hinausgehen, dass sie alle Produkte derselben politischen Situation, Symptome derselben Krise sind. Gerade jetzt müssen die Palästinenser der gegenwärtigen Krise geeint ins Gesicht blicken und eine gemeinsame Strategie formulieren, wie mit dieser umzugehen ist. Die laufenden Entwicklungen sind miteinander verknüpft, auf die eine oder andere Art und Weise. Was darüber hinaus als noch bedeutsamer erscheint: Wer auch immer die Entscheidung getroffen hat, eine Operation gegen Ahmad Yassin, den spirituellen Führer und Gründer der Hamas, auszuführen, tat dies in Übereinstimmung mit Geheimdienstberichten und folgte einer bereits auf höchster Ebene getroffenen politischen Entscheidung. Israels Sicherheitskräfte haben nur auf den richtigen Moment für ihren Schritt gewartet.

Seit mehreren Wochen, besonders seit der Operation in Jerusalem, war es offensichtlich, dass Israel entschlossen war, einen totalen Krieg gegen die Hamas-Führer zu führen. Die israelische Armee und die Sicherheitskräfte hatten ihre Befehle und waren bereit die Angriffe zur geeigneten Zeit auszuführen. In der Vergangenheit pflegte Israel präventive oder Vergeltungsangriffe gegen Hamas-Führer durchzuführen. So geschah es bei der Ermordung von Ja-

mil Salim und Jamil Mansur (31. Juli 2001) in Nablus und beim Anschlag auf al-Rantissis Leben vor zwei Monaten (10. Juni 2003). Nun sind die Dinge anders. Israel zielt auf die Hamas als Ganzes, unabhängig davon ob sie Operationen durchführt oder nicht. Die Notwendigkeit für eine langfristige Planung übersehend, hat der palästinensische Widerstand bislang bei seinem Vorgehen meist improvisiert. Sein Weg war gespickt mit sporadischen Aktionen, geleitet vom Wunsch nach Vergeltung und inspiriert vom Willen den Israelis eine Lektion zu erteilen. Das geläufige Argument war, dass die palästinensische Gesellschaft nicht die einzige sein sollte, die den Preis zu bezahlen hat und dass die Aktionen des Widerstands im Allgemeinen politischen Druck auf die Israelis ausüben sollten. Im Westen, besonders nach dem 11. September, wurde diese Art des Denkens als terroristisch bezeichnet – obwohl es genau das ist, was die Israelis tun um den Willen der Palästinenser zu brechen. Die Palästinenser und ihre Freunde führen natürlich an, dass es einen Unterschied zwischen der Gewalt von Besatzern und der Gewalt von jenen, die unter der Besatzung leben müssen, gibt. Was den palästinensischen Widerstandorganisationen jedoch zu untersuchen entging, ist das Verhältnis zwischen Zielen und Mitteln. Sie hielten nicht inne um die Frage zu stellen: „Wie effektiv ist der Ansatz ‚Lasst die Israelis dafür zahlen‘ im Sinne politischer Erfolge“? Oder, wichtiger noch: „Wie kann man politische Erfolge beurteilen, wenn man keine politische Strategie hat?“

Palästinenser benutzten den Begriff „Terror“ um die Operationen von Hamas, al-Aqsa-Brigaden und des Islamischen Jihad zu beschreiben, lang bevor Europa diesen Begriff in einem offiziellen Dokument verwendete um die Hamas-Bewe-

gung als Ganzes zu verurteilen. Zu einer Zeit, als solch ein Terminus in Referenz zu einer politischen Bewegung verwendet wurde, die in einer Situation der Besatzung operiert, war ein interner palästinensischer Dialog unvorstellbar – selbst wenn solch ein Dialog strategisch gewesen wäre und sein Ziel darin bestanden hätte sich in Hinblick auf eine gemeinsame politische Vision der gegenwärtigen Phase anzunähern und die minimalen Notwendigkeiten für den Widerstand gegen die Okkupation zu definieren. Es gibt einen Zusammenhang zwischen dem palästinensischen Fehlen einer Gesamtstrategie in Sachen Politik und Widerstand und dem europäischen Schritt die Hamas als terroristische Vereinigung aufzuführen. Seit dem 11. September 2001 waren die Europäer sehr widerwillig gegenüber solch einem Schritt. Sie taten es schließlich doch.

Die Israelis, für ihren Teil, sahen im 11. September eine Möglichkeit die gesamte palästinensische Nationalbewegung als terroristisch zu brandmarken. Sie versuchten zu Beginn Parallelen zwischen Arafat und Bin Ladin zu ziehen. Als nächstes wurde die gesamte palästinensische Sache neu formuliert – als ein Wiederaufbau der palästinensischen Sicherheitskräfte um sie in die Lage zu versetzen „den Terror bekämpfen zu können“. Dass diese Kräfte dann tatsächlich „Terror“ bekämpfen, wurde zur Bedingung um Verhandlungen zu führen, die zu einem palästinensischen Staat nach Sharons Entwurf führen sollten.

Unabhängig von den exakten Details und den exakten Worten, war dies die Essenz des israelisch-amerikanischen Diktats über die Palästinenser, was die Roadmap betraf. Die Palästinenser waren sich darüber im Klaren, als die Gespräche über die Roadmap begannen. Einige Palästinenser, welche diese Gedankenlinie akzeptierten, versuchten ihre Fähnchen nach dem Wind zu richten. Sie akzeptierten das us-Diktat teilweise versuchten aber auch, eine Krise an

der Heimatfront zu vermeiden. Andere akzeptierten das Diktat in einem tieferen strategischen Sinn, die ganze Zeit hoffend, dass sie sich aus dem Dilemma herausreden könnten – wenn nur der palästinensische Widerstand ihnen eine Chance dazu geben würde. Auch sie riefen zu einem Waffenstillstand auf, um einen palästinensischen Bürgerkrieg zu vermeiden.

Währenddessen bestand Israel darauf, dass die neue palästinensische Regierung ihre Sicherheitskräfte neu aufbaute, diese Arafats Kontrolle entzog und einen internen Konflikt unter dem Titel „Zerstörung der Infrastruktur des Terrors“ riskierte. Als die palästinensische Führung versuchte eine interne Konfrontation mittels eines Dialogs und eines Waffenstillstands zu vermeiden, betrachtete Israel dies als einen Bruch der Vereinbarungen der Roadmap und antwortete darauf mit mehr Ermordungen, während es die ganze Zeit über versuchte die neue palästinensische Führung in den Sumpf einer hausgemachten Konfrontation zu ziehen.

Als der Druck stieg und sich Abu Mazen als nicht fähig erwies, die Kontrolle über die Sicherheitskräfte dem gewählten palästinensischen Präsidenten zu entziehen, trat der Premierminister zurück. Dies passierte zu einem Zeitpunkt, als sowohl die USA als auch Israel erklärten, dass der palästinensische Präsident politisch tot sei und eine Debatte am Laufen war, ob Arafat deportiert oder physisch liquidiert werden sollte. Für den zurückgetretenen Premierminister war der Weg von Anfang an mit Fallgruben und Schwierigkeiten übersät. Schließlich musste Abu Mazen das Fatah-Zentralkomitee verlassen um sich selbst von den Resolutionen, die von der Fatah beschlossen wurden, zu entbinden, der selben Bewegung, die ihn in den Legislativrat gebracht hatte.

Es gibt einen klaren Widerspruch zwischen der Sprache der nationalen Befreiung, die als eine interne Legitimationsquelle verwendet wird, und der Sprache des Terrors, die als äußere Legitimationsquelle verwendet

wird. Dieser Widerspruch zwang Abu Mazen aus dem Amt. Dieser Widerspruch wird mit uns sein, unabhängig von dem Wechsel der Gesichter. Ahmad Qureih, Präsident des Legislativrats und designierter Premierminister, ist dazu bestimmt sich demselben Dilemma zu stellen. Die einzige Möglichkeit dies zu tun, ist zwischen zwei Optionen zu wählen. Die eine ist Israels Diktat zu akzeptieren, was zu einem palästinensischen Gebilde führen würde – euphemistisch Staat genannt – mit eingeschränkter Souveränität, auf 40% des Westjordanlandes. Der Weg zu dieser Option führt über einen palästinensischen Bürgerkrieg, der in der Errichtung eines palästinensischen Gebildes und einer mit Israel verbundenen Führerschaft enden würde. Der zweite Weg ist jener zur nationalen Befreiung.

Der letztere benötigt die Bildung einer geeinten palästinensischen Führung mit einer gut durchdachten Strategie für politische Aktion und Widerstand.

Vergeltungsaktionen und Reaktionen aufs Geratewohl sollten abgestellt werden und alle sollten sich einer gemeinsamen Politik verschreiben, einer Politik, die es dem palästinensischen Volk ermöglicht auf lange Sicht hartnäckig zu bleiben, sein Kampfpotential zu sammeln und sich sowohl an die Weltmeinung als auch an die amerikanische und israelische Öffentlichkeit zu wenden. Die Palästinenser sollten nicht den Blick auf ihr Hauptziel verlieren: jenes der Befreiung von der Besatzung.

'Azmi Bishara
17. September 2003

Quelle: weekly.ahram.org.eg



Die „Roadmap“ Eine Nahostinitiative, welche die zentrale Frage der Besatzung außer Acht lässt

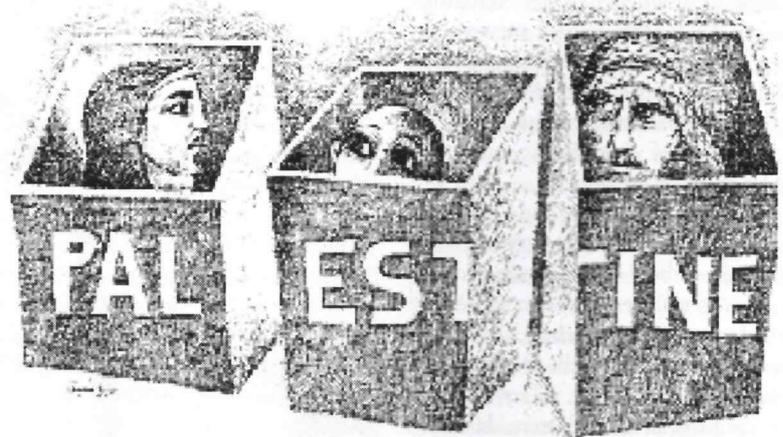
Die Roadmap im Nahen Osten führt in eine Sackgasse. Sogar diejenigen, die vor kurzem noch etwas Hoffnung hegten, müssen jetzt zugeben, dass diese Initiative absolut gescheitert ist. Das sollte jedoch niemanden, der mit der Geschichte der Friedensinitiativen im Nahen Osten vertraut ist, überraschen. Diese Roadmap enthält nicht nur all die Mängel der bisherigen misslungenen Versuche zur Lösung des Konflikts, sondern es fehlen ihr darüber hinaus auch noch jegliche positiven Aspekte der Friedensbemühungen der Vergangenheit.

Die früheren Bemühungen hatten eines gemeinsam. Sie klammernten zwar die zentralen Fragen aus, gingen aber in den meisten Fällen zumindest so an die Sache heran, dass der Konflikt und seine Opfer ein ehrliches Anliegen waren. Sie wurden von amerikanischen und europäischen Vermittlern, die generell den israelischen und nicht den palästinensischen Standpunkt vertraten, organisiert. Vom palästinensischen Standpunkt aus begann der Konflikt im Jahre 1967 mit der Besetzung des Westjordanlandes und des Gazastreifens. Daher war der israelische Rückzug aus diesen Gebieten Grundvoraussetzung jedes Friedens. Das Camp-David-Abkommen von 1979 und dann der Oslo-Prozess von 1993 zielten darauf ab, die Palästinenser davon zu überzeugen, dass das Beste, was sie bekommen konnten, eine Art Bantustan in diesen Gebieten ohne staatliche Souveränität, ohne territoriale Integrität und ohne Hauptstadt war. Darüber hinaus wurde von den palästinensischen Führern verlangt, den eigentlichen Grund für ihren Kampf seit 1948, nämlich das Recht auf Rückkehr für die Flüchtlinge, die 1948 von den Israelis vertrieben wurden, auszuklammern. Ein auch von der UNO schon 1948 anerkanntes Recht sollte nicht einmal Gegenstand von Verhandlungen sein.

Präsident Arafat weigerte sich in Camp David im Sommer 2000 so einem Abkommen als endgültiger Übereinkunft seine Zustimmung zu geben. Die Menschen, die unter der Besatzung leiden, erhoben sich in jenem Sommer wieder, als das demütigende Angebot von Clinton und Barak gemacht wurde.

Die neueste Version von Verhandlungen, die Roadmap, ist ein Produkt von Tony Blair, der sich bewusst war, dass seine und von Bush vorgebrachten Kriegsgründe gegen den Irak für die internationale Öff-

den Selbstmordattentaten kam, gab es die Terrorherrschaft Israels in den besetzten Gebieten: Es wurden Häuser zerstört, Versorgungsengpässe und Hunger waren die Folge von Abriegelungen und Sperren, Menschen wurden vertrieben und täglich an Straßensperren schikaniert. Für diese Realität der Palästinenser wurde weder damals im Vertrag von Oslo noch heute mit der Roadmap eine Änderung in Aussicht gestellt. So ist es nicht verwunderlich, dass ein palästinensischer Führer, der das akzeptieren kann, schwer zu finden ist.



fentlichkeit schwer zu akzeptieren waren. Der Krieg im Irak wurde als Voraussetzung für Frieden in Palästina postuliert – nur einer von vielen der angeblichen Kriegsgründe im Diskurs von Blair und Bush um den Krieg zu rechtfertigen.

Palästina soll in zwei große Gefängnisse geteilt werden. Das würde dann als Staat bezeichnet werden, ein Staat ohne unabhängige Außen- oder Wirtschaftspolitik oder territoriale Einheit. Jeder, der diesen Staat führen wollte, wäre nur der Gefängnisaufseher, der sicherzustellen hat, dass das Volk sich nicht gegen die brutale Besatzung erhebt. Diese Besatzung hat sich seit 1967 im Wesentlichen nicht verändert. Lange bevor es zu

Sharons Plan sieht vor, dass den Palästinensern nur mehr 10% des historischen Palästina, zerstückelt in viele Teile, bleiben sollen, und dass es für das Flüchtlingsproblem zu keiner Lösung kommt. Die Antwort auf so ein Angebot kann eigentlich nur eine neuerliche Intifada und ein neuerlicher Krieg im Nahen Osten sein.

Was jetzt wirklich notwendig ist, ist ein anderes und umfassenderes Herangehen an den Konflikt. Die Grundvoraussetzung für jeglichen Frieden ist das Ende der Besatzung. Diese einfache Wahrheit wurde auch von wohlmeinenden Friedensstiftern in der Region bisher nicht gesehen. Um einen echten Frieden zu erreichen, muss Israel die Verantwor-

tung für die Vertreibung von fast allen Palästinensern, die 1948 in den Gebieten lebten, die in der Folge jüdisches Staatsgebiet wurden, übernehmen. (Dabei handelt es sich um 78% des ursprünglichen Palästina unter Mandatsverwaltung.) Wenn Israel die Verantwortung für die ethnische Säuberung, die 1948 stattfand, nicht in der Form übernimmt, dass es das Recht der Palästinenser auf Rückkehr anerkennt, warum sollte das Schicksal der verbleibenden 22% von Palästina im Westjordanland und im Gazastreifen den israelischen Führern jetzt ein Anliegen sein?

Eine gerechte Lösung des Kernstücks des Problems, nämlich der Frage der Flüchtlinge, kann wahrscheinlich am besten durch die Bildung eines einheitlichen oder binationalen Staates, der aus Palästina und dem jetzigen Israel besteht, erreicht werden. Dieser Staat müsste auf Prinzipien der Menschen- und Bürgerrechte beruhen, die es all seinen Einwohnern zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer erlauben würden, sich anderen wichtigen Fragen wie Frauenrechten, ökologischen Problemen, Wirtschaftsfragen und der Armut zu widmen. Wie die Vergangenheit gezeigt hat, wird jede andere Lösung im vom Krieg zerrissenen Land von Palästina und Israel nur zur Fortsetzung des Konflikts führen.

Ilan Pappé

Dr. Ilan Pappé ist Direktor der Abteilung für Internationale Beziehungen an der Universität Haifa.

Quelle: Scotsman, 12. September 2003

Intifada in Zahlen

2 680	getötete Palästinenser (November 2003)
496	unter 18 Jahren
822	getötete Israelis
350	palästinensische Kinder in israelischen Gefängnissen
67%	Arbeitslosigkeit in Gaza
48%	Arbeitslosigkeit im Westjordanland
934 446	entwurzelte Bäume
3 877	zerstörte Häuser
1 425 277	von der Armee getötete Hühner
382 626	Meter zerstörte Kanalisation
1 617	neue Straßensperren (seit 1. Oktober 2001)

Israelische Wirtschaft:

6%	Budgetdefizit des israelischen BNP
2,1%	Fall der Konsumrate der Haushalte
11,2%	Zunahme der Arbeitslosenrate
250 000	Arbeitsmigranten in Israel
50 000	des Landes verwiesen
20,5%	der israelischen Familien leben unter der Armutsgrenze
44,7%	der palästinensischen Familien in Israel leben unter der Armutsgrenze
67 Millionen Euro:	Nettogewinn der Bank Hapoalim (+ 59%)
23 Millionen Euro:	Nettogewinn der Bank Discount (+ 36,5%)

Quellen:

Health, Development, Information, and Policy Institute (HDIP)
 Ha'aretz, Jedioth Achronot, Ma'ariv, Jerusalem Post, Le Monde Diplomatique
 International Presse Centre (IPC)



Gleicher Feind, anderer Name

Referat von Jihad Hussein

Der Palästinenser Jihad Hussein aus Hebron studierte in Bagdad, als der Angriff gegen den Irak begann. Er beteiligte sich an der Verteidigung gegen die Aggression. Sein Bruder kam dabei ums Leben.

Die US-amerikanische Aggression gegen den Irak – und die schnelle „Niederlage“ des irakischen Regime – waren ein bedeutendes historisches Ereignis für die arabischen Massen.

Zum ersten Mal erfuhren die Araber, die neue Generation der Araber, was direkte Kolonialherrschaft bedeutet, neben dem historischen Kampf gegen den Zionismus, der schon fast zu einem alltäglichen Kampf für das Volk und für Aktivisten geworden war. Sie haben auch zum ersten Mal erfahren, was ein direktes Eingreifen der USA bedeutet, ohne die Vermittlung durch den Zionismus.

Deshalb hatten viele meiner Generation das Bedürfnis, sich auf die Konfrontation einzulassen und Widerstand gegen die imperialistische Aggression der USA gegen den Irak zu leisten. Die arabischen Fedayin kamen aus verschiedenen Strömungen – Islamisten, Nationalisten, Linke und einfache Patrioten – vereint in ihrem Ziel, sich den Plänen der USA zu widersetzen.

Die arabischen Fedayin kamen aus vielen Ländern, um Arabien – symbolisiert durch den Irak – zu verteidigen. Sie kamen aus Syrien, dem Libanon, Saudi-Arabien, Jordanien, Jemen, Libyen, Tunesien, Marokko und Palästina. Sie wurden im al-Sudair-Hotel empfangen. Die meisten blieben nur eine Nacht und wurden dann über Lager in Bagdad und im ganzen Irak verteilt.

Zehn meiner Freunde und ich – Studenten verschiedener Institute irakischer Universitäten – waren im al-Qadisiya-Viertel einquartiert, wo schon vorher gewohnt hatten.

In den ersten Tagen des Kriegs war alles normal, trotz der Luftangriffe und Raketen. Am 3. April entschloss sich mein Bruder Ramiz, in eines der militärischen Ausbildungs-

lager im al-Baladiyat-Viertel zu gehen. Von diesem Tag an hatte ich keinen persönlichen Kontakt mehr mit ihm. Alles was ich später von ihm hörte, kam über Boten, die er zu mir schickte, und ich konnte ihn nicht mehr erreichen.

Ramiz war ein linker Aktivist und ein Mitglied der *Volksfront zur Befreiung Palästinas* (PFLP). Er wusste, wer die Feinde der Menschheit waren, und er kämpfte für die Prinzipien von Gerechtigkeit und Freiheit, gegen die „Operation Freiheit für den Irak“, die in Wirklichkeit eine "Operation Besetzung des Irak" war, eine Operation zur Unterdrückung des arabischen Volks und der Menschheit.

Als linke Araber hatten wir ein Motto: „Gleicher Feind, anderer Name“ – wir sahen die Verbindung im Kampf gegen den Zionismus und gegen den US-Imperialismus.

Ramiz kämpfte gegen den selben Feind der Menschheit, ob in Palästina oder im Irak, Nordkorea oder Kolumbien, Venezuela oder Nepal. Der Gestank der imperialistischen Intervention der USA erfüllte die Luft. Ramiz und viele andere sagten: „Genug!“

Ramiz und seine Kameraden kamen von einem Lager ins andere, bis sie in Nafaq al-Shurta, dem „Polizestunnel“ ankamen, wo am 6. April eine der heftigsten Schlachten begann. Er kämpfte bis zur letzten Sekunde seines Leben. Am 9. April starb er im Kampf, gemeinsam mit rund dreißig Fedayin. Am nächsten Tag, den 10. April, wurden meine Freunde und ich von der US-Armee gefangen genommen.

Sie brachen in unsere Wohnung ein und nahmen uns fest. Danach verbrachten wir sieben Tage auf dem Weg von Bagdad nach Umm Qasr im Süden. Sie brachten uns von unse-

rem Haus zum Hasan-al-Baqir-Palast in Bagdad, wo wir auf einem Tennisplatz am nassen Boden schliefen, in Handschellen, ohne Essen, Wasser, Decken usw. Am nächsten Morgen brachten sie uns mit anderen – insgesamt rund sechzig Gefangene – zum Flugplatz. Unter den Gefangenen waren alte Männer, Jugendliche und Kinder. Manche waren geistig zurückgeblieben oder Psychotiker. Es war ihnen egal. Am Flughafen steckten sie uns in drei kleine Räume, je drei mal drei Meter groß. In jedem Raum waren zwanzig Gefangene. Wir bekamen zwei Mahlzeiten pro Tag. Zwei Tage später wurden wir nach Jurf al-Sakhr gebracht, südlich von Bagdad, wo wir zwei weitere Tage verbrachten, ohne Zelte oder Decken, mit zu wenig Nahrung und ohne medizinische Versorgung. Wir schliefen im Sand unter freiem Himmel, mit Skorpionen und Schlangen ... sehr romantisch! Es war ihnen gleichgültig und wir durften kein Feuer machen, obwohl wir vor Kälte nicht schlafen konnten.

Am nächsten Tag wurden wir zum Imam-Ali-Luftwaffenstützpunkt gebracht. Dort blieben wir drei Tage, danach wurden wir nach Umm Qasr geschafft. Den ersten Tag dort verbrachten wir wieder unter freiem Himmel, mit Skorpionen, Schlangen und Insekten.

Tags darauf machten sie Fotos von uns und brachten uns in einen Teil des Lagers, den sie „Holding Area One“ nannten. Er war in fünfzehn Zonen untergliedert und in jeder Zone waren zwei riesige Zelte mit je 800 bis Tausend Gefangenen. Es gab keine medizinische Versorgung, außer für Notfälle. Wir bekamen zwei Mahlzeiten pro Tag.

Neun Tage später kamen wir in das Hauptlager Bukka. Wir mussten selbst die Zelte aufstellen, in jedem waren fünfzehn Gefangene. Dort gab es auch ein Lazarett. Wir blieben bis zum 28. Mai in Bukka.

Am 28. Mai wurden ein Freund

und ich entlassen, nachdem wir einem Militärtribunal, der amerikanischen „Justiz“ vorgeführt worden waren. Der Richter war ein Oberst namens Sapatino. Seine zwei Gehilfen aßen Pommes Frites und tranken Coca Cola. Bei der „Verhandlung“ waren auch ein Psychiater und ein Militärstaatsanwalt anwesend. Die „Beweise“ des Staatsanwalts bestanden aus den Informationen, die wir ihnen gegeben hatten, nicht mehr. Es war wirklich eine Show.

Der Verrat und der Zusammenbruch der irakischen Armee war ein Schlag für uns alle. Doch es gibt ein arabisches Sprichwort: Ein Schlag, der dich nicht umbringt, macht dich stärker. Der irakische Widerstand zeigt das jeden Tag vor und es wird nicht mehr lange dauern, bis die arabischen Massen erkennen, wo heute der Hauptwiderspruch liegt. Sie werden sich gegen die Unterdrückung und die Unterdrücker erheben.

Wir zählen dabei auch auf die internationale Solidarität unserer Genossen.

Georg Kreisel

US-Besatzung greift zu Kollektivstrafen gegen irakische Bevölkerung

us-Soldaten haben am 8. November 2003 in der irakischen Stadt Tikrit zwei leerstehende Häuser und ein Lagerhaus zerstört, in dem sie Aufständische vermuteten. Die Aktion stand in Zusammenhang mit dem Absturz eines Hubschraubers am Freitag, der vermutlich durch Granatenbeschuss ausgelöst worden war. Dabei waren sechs Soldaten getötet worden.

Die Aktion „soll der Stadt zeigen, dass wir Zähne und Klauen haben und dass wir sie benutzen“, sagte Oberstleutnant Steven Russell. Man habe ein Zeichen der Stärke setzen wollen. Zuvor hatten Kampfflugzeuge die Stadt überflogen. In der Nähe der Absturzstelle des Hubschraubers wurden drei 500-Pfund-Bomben abgeworfen.

Quelle: www.netzeitung.de
8. November 2003

US-Besatzer zensurieren irakische Schulbücher

Laut Christian Science Monitor vom 4. November 2003 wird die irakische Zeitgeschichte gerade aus den irakischen Schulbüchern entfernt. „Alles, was als kontrovers angesehen wird, etwa Hinweise auf den Iran-Irak-Krieg, den Golfkrieg 1991, Israel, die USA oder die Kurden wird ebenso zensuriert wie die UN-Sanktionen gegen den Irak“, so Fuad Hussein. Der Exiliraker steht der amerikanischen Expertenkommission vor, die gemeinsam mit dem Unterrichtsministerium der von den USA eingesetzten „Übergangsregierung“ an einer Neuauflage der Schulbücher arbeitet.

Verdacht auf Verwendung von Uranmunition durch US-Armee im Irak

Wie ein Korrespondent des *Christian Science Monitor* berichtet, sei in stark unter Beschuss genommenen Gebieten Bagdads die mit dem Geigerzähler feststellbare radioaktive Strahlung um das 1000- bis 1900fache höher als in anderen Wohngebieten. Der Befund könnte auf abgereichertes Uran (DU) zurückzuführen sein. Geschosse mit einem Kern aus dem Abfallprodukt aus der Urananreicherung sind nicht nur besonders hart und durchschlagsfähig, das Uran ist auch brennbar. Es pulverisiert bei der Verbrennung, verbreitet sich so über weite Flächen, wirkt in höchstem Maße toxisch und radioaktiv und ist wiederholt in den Verdacht geraten, das Risiko von Krebserkrankungen zu erhöhen.

Erstmals eingesetzt wurde DU-Munition im Golfkrieg 1991, später dann auch in Bosnien und im Kosovo und mit ziemlicher Sicherheit auch im Krieg gegen Afghanistan. Beobachter gehen davon aus, dass die USA im Irak 1991 mehr als 300 Tonnen urangehärtete Munition verschossen haben, im Kosovo und übrigen Serbien 1999 etwa 100 Tonnen. Keine genauen Angaben gibt es für den jüngsten Golfkrieg. Experten schätzen, dass wenigstens 200 Tonnen zum Einsatz kamen.

Untersuchungsergebnisse über die Folgen gehen weit auseinander. Einige Studien blieben ergebnislos, andere hingegen erkannten ein erhöhtes Risiko für Krebserkrankungen, Missbildungen und andere irreparable Schädigungen. Erst kürzlich haben zwei irakische Ärzte die Verzehnfachung der Krebsfälle in der südlichen Region um Basra seit 1988 bestätigt.

Quelle: www.jungewelt.de
18. September 2003

Sexueller Missbrauch an palästinensischen Gefangenen im Ansteigen

Einer Untersuchung des Palestinian Prisoner's Club zufolge ist sexueller Missbrauch an palästinensischen Gefangenen, vor allem an Minderjährigen, im Steigen begriffen. Die Studie berichtet, dass Fälle von tatsächlicher Vergewaltigung neben den bereits zur Routine gewordenen Androhungen seit Beginn der zweiten Intifada häufiger würden. Dies seien Methoden um bei Verhören Geständnisse zu erpressen. Oft würden die Gefangenen auch mit Drohungen unter Druck gesetzt, dass ihre Ehefrauen oder Schwestern festgenommen und vergewaltigt werden würden, falls sie nicht geständig wären. Zahlreiche Gefangene, vor allem Kinder, gaben an, dass sie aufgrund solcher Misshandlungen nicht begangene Straftaten gestanden hätten. Der Klub führte eine Reihe von Missbrauchsfällen an, etwa jenen des zwölfjährigen Rakan Nusseirat, der sexuell missbraucht und mit Vergewaltigung bedroht worden war und in Folge dessen zweimal versucht hatte sich das Leben zu nehmen.

Quelle: www.palestine-info.co.uk
21. Oktober 2003

Israelischer Jazzmusiker für demokratischen Staat

Der israelische Jazzmusiker und Schriftsteller Gilad Atzmon hat desillusioniert Israel verlassen und lebt in London. Seine kürzlich präsentierte CD „Exile“ ist Programm: Wut und Verzweiflung brechen durch, wenn der Saxofonist ein jüdisches Heldenlied aus dem Sechs-Tage-Krieg von 1967 orientalisiert und in langen Solopassagen zerhackstückelt. Sarkasmus, wenn zwischen den Stücken plötzlich der Wehrmachtsschlagler Lili Marleen erklingt. Trauer und Melancholie werden hörbar, wenn in einer Ballade die Opfer der Zerstörung von Jenin beklagt werden; das Stück ist von einem alten jüdischen Lied inspiriert, das an einen Pogrom in Osteuropa erinnert.

Orient House Ensemble ist der Name von Atzmons Bandprojekt, der auf den Sitz des von Israel geräumten PLO-Hauptquartiers in Ost-Jerusalem anspielt. Bei Konzerten macht der Musiker aus seinen politischen Standpunkten keinen Hehl: „Liebes Publikum, wir sind hier, um für den Weltfrieden zu spielen ... allerdings gehören wir nicht zur BBS, wir sind nicht Teil der Bush-Blair-Sharon-Partei. Leider hatte unser Projekt bis jetzt wenig Erfolg.“

Der vehemente Kritiker israelischer Politik sieht eine Lösung des Nahost-Konfliktes nur in einem gemeinsamen Staat von Juden und Palästinensern: „Jeder Palästinenser muss die gleichen Rechte erhalten und vollständig mit den israelischen Juden gleichgestellt werden. Wenn das nicht akzeptiert wird, ist das Apartheid.“

Quelle: www.freitag.de, 31. Oktober 2003

Israel investiert weiterhin in Siedlungsbau

Ende Oktober 2003 hat die israelische Regierung acht jüdische Außenposten auf palästinensischem Land anerkannt, von denen einige bis kurz davor auf einer offiziellen Räumungsliste standen. Die Verteidigungsbehörde, zuständig für alle Belange im Westjordanland und Gaza, gab den acht Außenposten jetzt den Status „permanenter Ansiedlungen“. Dieser verschafft ihnen das Recht auf einen Stromanschluss, besondere Finanzhilfen und militärischen Schutz. Nach Bedarf sollen die Siedlerposten auch von Schulbussen angefahren werden. Nach offizieller Auslegung bedeutet dies noch keine Legalisierung, doch Fakt ist, dass sich solche illegalen Vorposten – ihre aktuelle Zahl beziffert die israelische Friedensbewegung Peace Now auf 102 – als Keimzellen für Siedlungsneugründungen erwiesen.

Nach Recherchen israelischer Journalisten fördert die israelische Regierung die jüdischen Siedlungen in den palästinensischen Gebieten mit mindestens 500 Millionen Euro jährlich. Für die Infrastruktur der Stromversorgung in den Siedlungen investiert der israelische Staat jährlich 20 Millionen Euro, für die der Wasserversorgung 10 Millionen. 20 Millionen gehen in die Ausbildung, 5 Millionen an die Industrie, 15 Millionen in das Gesundheitssystem. Zudem gibt es jährlich über einen sogenannten Oslo-Fond 7 Millionen an Sonderzuwendungen sowie noch einmal dieselbe Summe über einen sogenannten Intifada-Fond. In den letzten Jahren habe der Staat an die lokalen Behörden der Siedlungsgebiete durchschnittlich 140 Millionen Euro gezahlt, für den Häuserbau gab es 80 bis 100 Millionen oder für den Straßenbau 80 Millionen. Jährlich erhält jeder Siedler 2 000 Euro mehr als ein normaler Israeli.

Quellen: Ha'aretz, Telepolis, Frankfurter Rundschau

Spendet zehn Euro für den irakischen Widerstand!

Unterstützt den Kampf gegen die völkerrechtswidrige Besatzung!

Millionen von Menschen haben den Überfall auf den Irak nicht verhindern können. Einer Vielzahl von Regierungen, den Vereinten Nationen, der Linken und der Friedensbewegung weltweit zum Trotz haben die Herrschenden der USA und Großbritannien, unterstützt von wenigen Verbündeten, den Irak überfallen und besetzt. Sie hatten sich den Sieg leicht vorgestellt, doch anstatt über ihre „Befreiung“ zu jubeln wendet sich die Mehrheit der irakischen Bevölkerung gegen die Besatzer, die bisher jeden Widerspruch gegen ihre Präsenz brutal unterdrückt haben.

Obwohl bereits zahlreiche Demonstrierende von der US-Armee erschossen wurden und obwohl die militärische Übermacht der westlichen Armeen allgegenwärtig ist, ist der Widerstand der irakischen Bevölkerung nicht zum Schweigen zu bringen. Immer wieder finden spontane Demonstrationen gegen die Okkupation statt und selbst die US-Regierung musste inzwischen zugeben, dass sie im Irak mit einem Guerillakrieg konfrontiert ist, dem fast täglich US-amerikanische Soldaten zum Opfer fallen.

Zur Zeit formiert sich im Irak eine breite Front aus linken, religiösen und panarabischen Kräften. Sie eint das Ziel, die Besatzungstruppen zum Rückzug zu zwingen und die nationale Souveränität wiederherzustellen. Das ist die Voraussetzung für die Gründung eines demokratischen Staates, der nur vom irakischen Volk selbst aufgebaut werden kann.

Aufruf zur Solidarität

Wir rufen all diejenigen, die mit uns gemeinsam gegen den Angriffskrieg gegen den Irak auf der Straße waren, auf den irakischen Widerstand zu unterstützen. Bei dem Kampf für nationale Selbstbestimmung handelt es sich um ein im Völkerrecht veranker-

tes Grundrecht, das der Widerstand im Irak gerade wahrnimmt. Dieser Widerstand kann dazu beitragen, der Supermacht USA und ihrer Neuen Weltordnung, die unter dem Deckmantel des „Krieges gegen Terror“ mit ihren Verbündeten gegen jede unliebsame Regierung oder Oppositionsbewegung zu Felde zieht, eine Niederlage zuzufügen.

10 Euro pro Person für den irakischen Widerstand

Der Widerstand benötigt jede Hilfe, um die Infrastruktur zur Bildung einer breiten und vielfältigen Bewegung ausbauen zu können. Unsere Kampagne bietet die Möglichkeit, den Widerstand im Irak sowohl politisch als auch ganz konkret materiell zu unterstützen. All diejenigen, die sich in Gegnerschaft zur westlichen Kriegspolitik unter der Führung der USA sehen, laden wir dazu ein.

Wen unterstützen wir?

Unser Ansprechpartner für unsere Kampagne ist die Irakische Patriotische Allianz (IPA). Die IPA wurde 1992 im Exil mit dem Ziel gegründet, eine demokratische Entwicklung zu ermöglichen. Sie kennzeichnet sich durch die Ablehnung jeder ausländischen Intervention im Irak. Ihr gehören die Soziale Einheitspartei, die arabische Arbeiterpartei, die arabische sozialistische Bewegung, der linke Flügel der Ba'ath-Partei, die Kommunistische Partei Irak – patriotische Strömung, die kurdische islamische Armee, die kurdische Friedenspartei sowie unabhängige Schriftsteller, Journalisten und Rechtsanwälte an. Die IPA steht für den Aufbau einer pluralistischen, demokratischen Gesellschaftsordnung, in der die ver-

schiedenen Religionen und Völker des Irak die Möglichkeit der gleichberechtigten politischen und sozialen Beteiligung haben.

Die IPA setzt sich für Meinungs- und Pressefreiheit, die Bildung von Gewerkschaften und ein unabhängiges Rechtssystem ein. Die Voraussetzung für einen demokratischen Irak ist die sofortige und bedingungslose Beendigung der Besatzung und das Selbstbestimmungsrecht des irakischen Volkes. Um dies zu erreichen, arbeitet die IPA gemeinsam mit anderen Kräften an der Bildung einer „Vereinigten Widerstands- und Befreiungsfront“.

Bisherige Unterstützer:

- Antiimperialistische Koordination
- Verein Initiativ e. V., Duisburg
- Komitee gegen Imperialismus und Krieg, Deutschland
- Red Action Nürnberg
- Linke Front, Ungarn
- Arabischer Palästina-Club, Wien
- KPÖ-Grundorganisation 42, Wien

Dieser Text wurde als gemeinsame Grundlage für die Kampagne von den deutschsprachigen Teilnehmern des Antiimperialistischen Sommerlagers 2003 beschlossen. Unterstützer, die sich an der Kampagne beteiligen wollen, melden sich bitte unter aik@antiimperialista.org

Kontoverbindung:

Stichwort: Irak
Bank: PSK (1018 Wien)
Kto-Nr. 92 125 137
Bankleitzahl: 60 000
BIC: OPSKAT WW
IBAN: AT 646 000 000 092 125 137

Tausend Menschen auf Intifada-Demo in Wien Antiimperialistischer Marsch zur US-Botschaft

Anlässlich des dritten Jahrestags der Intifada am 27. September demonstrierten in Wien rund tausend Menschen gegen die Besetzung Palästinas und des Irak. Der überwiegende Teil der Demonstrantinnen und Demonstranten kamen aus arabischen oder islamischen Ländern, während bei den österreichischen Teilnehmern die Antiimperialistinnen und Antiimperialisten die stärkste Kraft stellten.

Der Demonstration war der Versuch vorausgegangen die antiimperialistischen Kräfte (Arabischer Palästina-Club, ДНКС, Antiimperialistische Koordination, ArbeiterInnenstandpunkt, Sedunia) auszuschließen. Zwischen Zivilgesellschaftsvertretern, КРÖ und einigen islamischen Verbänden schien es zu einer Absprache gekommen zu sein, den Ausgangspunkt der Demonstration einfach zu verlegen, die antiimperialistischen Gruppen von der Rednerliste zu streichen

und so die Mobilisierung zu spalten. Doch die antiimperialistischen Kräfte entschieden sich die Einheit zu bewahren, nahmen von einem eigenen Demonstrationszug Abstand und riefen zu einem gemeinsamen Treffpunkt auf.

Was war der Grund für dieses Manöver gegen uns? Zwar hatten wir uns mit allen auf eine gemeinsame Grundlage, nämlich gegen die Besetzung Palästinas und des Irak geeinigt. Doch störte die unselige Koalition scheinbar unsere Unterstützung für den irakischen Widerstand und einen demokratischen Staat in Palästina. Oder – was vor allem für die islamischen Organisationen gelten mag – sie wollten sich nicht dem Vorwurf des „Antisemitismus“ aussetzen, mit dem alle pro-palästinensischen Aktionen diffamiert werden. Doch die neorechten Israelfreunde machen da keinen Unterschied. Auch mit Op-

portunismus der konsequenten Kräfte ist dieser Verleumdungskampagne nicht auszuweichen.

Nachdem am Stephansplatz fast zwei Stunden Reden gehalten wurden, die nicht über die humanitäre Unterstützung für die Palästinenser hinausgingen und oft bis zur Distanzierung vom Widerstand reichten, sprach nur Mustafa Hadi von der Palästinensischen Gemeinde das aus, was sich die Mehrheit dachte: Der Widerstand gegen die Besetzung ist legitim und das Selbstbestimmungsrecht ist unveräußerlich.

Abschließend demonstrierten der antiimperialistische Block mit einem Teil der islamischen Kräfte in sehr kämpferischer Stimmung zur US-Botschaft. Dabei wurden mehrere amerikanische Fahnen verbrannt.

*Antiimperialistische Koordination
Wien, 29. September 2003*

300 Menschen demonstrierten in Duisburg-Marxloh

Gegen die völkerrechtswidrige Besetzung des Irak und Palästinas!

Etwa dreihundert Menschen haben am heutigen internationalen Aktionstag gegen Krieg und Besetzung an der Demonstration gegen die völkerrechtswidrige Besetzung des Irak und Palästinas teilgenommen. In weiteren vierzig Ländern wurde anlässlich des dritten Jahrestages der palästinensischen Intifada ebenfalls zu Protestaktionen aufgerufen. Zur Demonstration in Duisburg-Marxloh aufgerufen hatten Initiativ e.V., Verein für Demokratie und Kultur von unten, ATIK (Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa), HDR (Human Dignity and Rights), der Verein für Demokratische Rechte und der Kultur- und Bildungsverein Duisburg e.V.

Der Protestzug begann gegen 12.30 und endete gegen 14 Uhr. Die RednerInnen der anwesenden Organisationen verurteilten die us-amerikanische und israelische Regierung für ihre Kriegspolitik und forderten den sofortigen Abzug der Besatzungstruppen.

Auch die Ankündigung der rot-grünen Bundesregierung, logistische Unterstützung in den Irak zu entsenden und irakische Polizisten ausbilden zu lassen, wurde als Unterstützung der Besetzung und nachträgliche Legitimierung des Angriffskrieges gegen den Irak kritisiert.

Auf Transparenten, Flugblättern und in den Reden wurde zur Solidarität mit dem palästinensischen

und irakischen Widerstand aufgerufen, die sich der Besatzungspolitik widersetzen und für Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und einen gerechten Frieden kämpfen.

Die Ankündigung der israelischen Regierung, den demokratisch gewählten palästinensischen Präsidenten Yassir Arafat ausweisen oder liquidieren zu lassen, wurde ebenfalls verurteilt. Symbolisch trugen Demonstranten die UNO zu Grabe, deren Resolutionen sowohl von der us-amerikanischen, als auch der israelischen Regierung ignoriert werden.

*Initiativ e.V.
29. September 2003*

Rede des Arabischen Palästina-Clubs auf der Demonstration zum dritten Jahrestag der Intifada in Wien

Liebe Freundinnen und Freunde!

Heute jährt sich zum dritten Mal die Intifada, der Volksaufstand in Palästina gegen die zionistisch-rassistische Besatzung und ihre Vernichtungspolitik. Es hat sich wieder gezeigt, dass Repression, egal mit welcher Härte sie betrieben wird, egal mit welchen Waffen und egal, ob sie von einem Barak oder Sharon geführt wird, den Willen eines Volkes nicht brechen kann, das entschlossen ist, seine Freiheit zu erlangen. Das hat die Geschichte immer wieder bestätigt. Es hat sich auch gezeigt, dass faschistoides Regimes und Gebilde – wie jene vom Zionistenstaat oder jene des US-Imperialismus – nicht fähig sind, aus der Geschichte zu lernen. Während das zionistische Regime vor den Augen der ganzen Welt seine mörderische Zerstörungspolitik in Palästina betreibt und verschärft, starteten die USA ihren Aggressionskrieg gegen den Irak, um angeblich das irakische Volk von der Diktatur zu befreien. Dies, als ob es nicht die USA sind, welche die meisten Verbrecher und Diktatoren der Welt an die Macht bringen und halten.

Die USA, mit der Naivität des Arroganten, bildeten sich ein, dass ihre Truppen im Irak als Befreier mit Blumen empfangen würden. Mit der gleichen Arroganz wollen sie die politische Landkarte des Arabisch-Islamischen Ostens umstellen, die Intifada durch die lächerliche Roadmap beenden und sogar die ganze Palästina-Frage damit lösen! Allen widerstehenden Regierungen drohen sie mit dem gleichen Schicksal wie dem der irakischen Regierung. Sie müssen einsehen, dass die Invasion des Irak kein Spaziergang ist und dass die Völker das Sagen haben. Da hilft ihnen kein Marionettenrat im Irak und kein von ihnen ausgesuchter Premierminister in Palästina. Die europäi-

schen Länder, die am Anfang gegen den Krieg im Irak waren (natürlich aus Angst um ihre Interessen im Irak), änderten allmählich ihre Position. Da freute sich der Herr Schüssel, dass der Krieg sauber und effizient gelaufen sei. Sie waren fast bereit, Truppen in den Irak zu schicken. Denn wenn die Beute gefallen ist, dann versammeln sich die Geier, um ihren Anteil davon zu bekommen. Es war nur der irakische Widerstand, der an die Tatsache erinnerte, dass auch eigene Soldaten fallen können. Es ist nur der irakische Volkswiderstand, der zeigt, dass der Irak keine Torte, sondern ein Kaktus ist, der dem im Hals steckt, der ihn versucht zu schlucken. Und so wühlen die USA heute im ira-



kischen Sumpf und betteln um internationale Hilfe. Diese wird ihnen umso mehr verweigert, je stärker der Widerstand ist. Es ist nur der wachsende Widerstand, der die USA zur Truppenkonzentrierung zwingt und sie daran hindert, ein weiteres imperialistisches Abenteuer zu unternehmen. Es ist nur der Widerstand in jeder Form und mit allen Mitteln, sei es im Irak, in Palästina oder in Afghanistan – unter direkter oder indirekter Besatzung – der den US-Imperialisten eine ethische Lektion erteilen wird, nämlich dass der Wille der Völker und die Sehnsucht nach Freiheit nicht zu brechen sind.

Es ist das Schicksal der arabischen Nation im Irak und in Palästina, diese Schlacht als Speerspitze der Freiheitskämpfe aller unterdrückten Völker und Nationen für Unabhängigkeit und würdiges Leben zu führen.

Sie verdienen nicht nur unsere bedingungslose Solidarität, sondern auch unsere Dankbarkeit und unsere materielle Unterstützung, sei es mit Geld, Lebensmitteln oder persönlichem Einsatz.

Wir unterstützen den Widerstand in allen Formen. Dass wir kritisch gegenüber dieser oder jener Methode stehen, gibt uns nicht das Recht, den Unterdrückten vorzuschreiben, welche Mittel sie anwenden sollen.

Zum Schluss muss ich hier erwähnen, dass wir – der *Arabische Palästina-Club* und unsere Freunde von der *Antiimperialistischen Koordination* – aus der breiten Plattform dieser Demo gerade wegen dieser aufrichtigen Position ausgeschlossen wurden. Um einige Halbzionisten – ob rot oder grün – zufrieden zu stellen, die so eine Bedingung von Anfang an gestellt hatten, wurden hier die konsequenten Verteidiger der Freiheitskämpfe und antiimperialistischen Kräfte ausgeschlossen. Am dritten Jahrestag der Intifada wird die Intifada von ihnen nicht einmal erwähnt und statt die US-Aggressoren und ihre Lakaien, die Zionisten, klar zu verurteilen, spricht man von irgendeinem illusionären Frieden.

Zu diesen sagen wir: Die Völker brauchen eure Krokodilstränen nicht. Und zu den anderen, die sich so billig kaufen lassen, sagen wir: Schämt euch!

**Hoch lebe der Widerstand
gegen die US-Imperialisten
und ihre zionistischen
Handlanger!**

Freiheit für den Irak!

Freiheit für Palästina!

**Freiheit und Einheit
für ganz Arabien!**

**Nieder mit dem Zionismus
und US-Imperialismus!**

Israelischer Checkpoint in Hamburg Altona

Auf dem Straßenfest auf dem Spritzenplatz anlässlich des diesjährigen Antikriegstags hatten die zahlreichen BesucherInnen die Gelegenheit, einen Eindruck des beschwerlichen Alltags der Palästinenser in der Westbank unter israelischer Militärbesatzung zu bekommen. Das Palästina-Solidaritätsbündnis Hamburg hatte mit einer Panzeratruppe und Mauerteilen aus Styropor einen Checkpoint aufgebaut und in mehreren Szenen die tagtäglichen willkürlichen Schikanen dort nachgespielt und auf die

Fakten hingewiesen.

120 solcher festen Militärcheckpoints und ein Netz von sogenannten Siedlerstraßen zerteilen zusammen mit unzähligen Militärsperren die besetzte Westbank in über dreihundert voneinander isolierte Enklaven, welche die palästinensische Bevölkerung nicht ohne israelische Genehmigung verlassen oder betreten darf. Hunderte von Menschen mussten bereits an den Checkpoints sterben, weil ihnen von den israelischen Soldaten der Zugang zu einem Krankenhaus

verwehrt wurde. Dutzende Frauen mussten aus dem gleichen Grund ihre Babies an den Checkpoints zur Welt bringen.

Die im Bau befindliche israelische Apartheid-Mauer schließt im Norden der Westbank bereits über ein Dutzend palästinensische Dörfer in und versperrt den Bauern den Zugang zu ihren Feldern. Die palästinensischen Gebiete werden so zu Freiluftgefängnissen, den Dörfern wird ihre einzige Trinkwasserquelle geraubt, die Bauern wirtschaftlich ruiniert.



Aktionstag zum dritten Jahrestag der Intifada

am 27. September 2003 in Hamburg

Die Palästinensische Gemeinde, der Deutsch-Palästinensische Frauenverein, das Solidaritätsbündnis und die Palästina-AG von ATTAC (alle Hamburg) veranstalteten am 27. September 2003 gemeinsam einen Aktionstag zum dritten Jahrestag der Neuen Intifada. Wir bauten ein Großes Zelt nahe der belebtesten Einkaufsstraße Hamburgs auf, in dem es verschiedenste Infomaterialien, Broschüren und Bücher zu Palästina gab. Rund um den Platz wurden außerdem große Stelltafeln zu den verschiedenen Bereichen der Besatzung (israelische Armeeeinsätze, Zerstörungen, Siedlungen, Checkpoints, Mauerbau) und zur Geschichte Palästinas aufgestellt. Zwischen den Bäumen auf-

gehängte Transparente zur Solidarität mit dem palästinensischen Volk sollten ebenfalls die Aufmerksamkeit der Menschen erregen. Arabische Musik, leider nicht „live“, wurde gespielt, einige palästinensische und auch deutsche Frauen fielen durch ihre schönen gestickten palästinensischen Kleider/Trachten auf. Eine lange Buchstabenkette mit der Parole „Schluss mit der israelischen Besatzung“ wurde direkt an der Straße mit rund dreißig Personen gemacht. Etwas später endete eine Demonstration gegen imperialistischen Krieg und NATO mit dem Schwerpunkt gegen die Besatzung in Palästina und Irak aus Solidarität direkt auf unserem Platz. Im Anschluss an die Abschlusskundgebung führ-

te eine kleine Gruppe von uns dann das inzwischen weit über Hamburgs Grenzen bekannt gewordene Checkpoint-Straßentheater auf.

Zusammenfassend können wir sagen, dass es einerseits eine gute Zusammenarbeit zwischen allen Gruppen gab, andererseits das Interesse und der Zulauf der Bevölkerung wie auch unsere eigene Mobilisierung in diesem Jahr deutlich geringer als im letzten Jahr ausfiel; was uns nicht gehindert hat, jetzt im November/Dezember wieder eine ganze Veranstaltungsreihe zum Thema Jenin und zu den politischen Gefangenen zu machen.

*Palästina-Solidaritätsbündnis
Hamburg*



Mumbai Resistance 2004

Vom 16. bis 21. Januar 2004 findet in Mumbai (Indien) die Tagung des Weltsozialforums statt. Damit wird dieses Treffen zum ersten Mal in seiner dreijährigen Geschichte außerhalb Brasiliens abgehalten. Ebenso neu ist, dass es in Indien auch eine zweite internationale Veranstaltung zum gleichen Termin geben wird, die den antiimperialistischen Pol in der Antiglobalisierungsbewegung repräsentiert. Mumbai Resistance 2004 soll keine Konkurrenzveranstaltung oder gar Gegenveranstaltung zum Weltsozialforum sein, es versteht sich vielmehr als eine notwendige Ergänzung dazu.

Die Idee zu dieser Veranstaltung wurde auf dem antiimperialistischen Lager Thessaloniki Resistance 2003 im Rahmen der Proteste gegen den EU-Gipfel in Thessaloniki geboren. Im Juli 2003 wurde schließlich endgültig von der Internationalen Koordinationsgruppe der *Internationalen Liga der Volkskämpfe* (ILPS) beschlossen, Mumbai 2003 zu organisieren. Zu den internationalen Organisationen, welche dieses Treffen vorbereiten und unterstützen, gehören neben

der ILPS auch die *Antiimperialistische Koordination*, BAYAN von den Philippinen, die *Linke Front* aus Ungarn sowie türkische und griechische Organisationen. Die indischen Organisationen, darunter auch das *Gesamtindische Volkswiderstandsforum* (AIPRF) gehören der militanten Linken an und besitzen in den jeweiligen Bundesstaaten, in denen sie aktiv sind, eine starke Massenbasis.

Zentrales Anliegen der Organisatoren ist es, die schwammige Lösung des Weltsozialforums „Eine andere Welt ist möglich“ zu überwinden und stattdessen konkret eine andere sozioökonomische Struktur, die mit dem Bestehenden radikal bricht, vorzuschlagen. Es gilt die Globalisierung als imperialistische Hegemonie im wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Bereich abzulehnen und nicht dem Irrglauben zu verfallen, dass diese reformiert werden könnte. Doch nicht nur die Wirtschaftspolitik, sondern auch die Antiterrorpolitik, die jüngsten imperialistischen Angriffe auf Afghanistan und den Irak sowie Umweltzerstörung und Frauenunterdrückung fin-

den Eingang in das Programm der Workshops und Seminare, die während Mumbai Resistance 2004 abgehalten werden sollen.

Neben diesen allgemeinen internationalen politischen Bezugspunkten wird auch der besonderen indischen Situation Rechnung getragen. Der Kampf gegen die Auslandsschuld, das Kastensystem und die äußerst chauvinistische Hindutva-Bewegung werden eine tragende Rolle spielen. Die zunehmende Spaltung der Gesellschaft entlang kommunaler Grenzen wird mit Sorge betrachtet und die von den reaktionären Hindus angegriffenen Minderheiten der Muslime, Sikhs, Christen und Dalits (Unberührbare) verteidigt.

Es bleibt abzuwarten, ob durch Mumbai Resistance 2004 die antiimperialistische Strömung in der Bewegung gegen die Globalisierung gestärkt werden kann.

Doris Arztgruber

www.mumbairesistance.org

Weitere Informationen sind über die Redaktion zu beziehen.

Antiimperialistische Bewegung unterstützt irakischen Widerstand

Antiimperialistisches Sommerlager in Assisi, Italien

Von der rechtsgerichteten italienischen Presse wurde es in einer Hetzkampagne Tag für Tag als terroristisches Treffen diffamiert, von den linksliberalen Medien von Anfang an tot geschwiegen. Diesen beiden Reaktionen auf das Antiimperialistische Lager, das Anfang September in Assisi stattfand, ist gemeinsam, dass sie überdeutlich die Bedrohung für die Imperialisten und ihre us-geführte Weltordnung zeigen, die von der Einheit der anti-imperialistischen Kräfte ausgeht.

Den thematischen Mittelpunkt des Lagers bildete der wachsende Widerstand im Irak, dessen Bedeutung für den Kampf gegen die imperialistische Weltordnung von den teilnehmenden Organisationen durchgehend als zentral anerkannt wurde. Oder wie es Awni al-Kalemji, Sprecher der Irakischen Patriotischen Koalition, die im Begriff ist eine „Nationale Widerstands- und Befreiungsfront“ zu bilden, ausdrückte: „Der Kampf gegen die anglo-amerikanischen Invasoren und Besatzer ist nicht nur eine Angelegenheit des irakischen Volkes. Um

der imperialistischen Tyrannei eine Niederlage zuzufügen benötigen wir die Unterstützung und die Solidarität der weltweiten demokratischen und antiimperialistischen Bewegung. Wenn es uns gelingt den Militärapparat der USA in die Knie zu zwingen, so wird das auf der ganzen Welt Befreiungskämpfe unterdrückter Völker auslösen, die das gesamte imperialistische Weltsystem zu Fall bringen könnten.“ Jihad Hussein, ein palästinensischer Fedayin, der in Bagdad gegen die us-Söldner gekämpft hatte und danach über fünfzig Tage lang unter Verletzung des Völkerrechts in einem amerikanischen Gefangenenlager interniert gewesen war, fügte hinzu: „Die arabischen Freiwilligen im Irak haben die verschiedensten Hintergründe. Manche sind islamisch, andere nationalistisch, wieder andere kommunistisch – so wie ich. Aber uns allen gemeinsam ist der Kampf für die Befreiung der arabisch-islamischen Heimat von der imperialistischen und zionistischen Vorherrschaft. Der gegenwärtige Widerstand

geht vom Volk aus und genießt sowohl die Unterstützung der übergroßen Mehrheit des irakischen Volkes, unabhängig von der jeweiligen religiösen Zugehörigkeit, als auch der arabischen Massen im Allgemeinen.“ An die Zuhörer und die anderen Delegationen gerichtet rief er dazu auf, die antiislamischen Vorurteile zu überwinden und sich dem irakischen Widerstand anzuschließen, bzw. ihn zu unterstützen.

Pater Benjamin, der unmittelbar vor der anglo-amerikanischen Aggression den Besuch Tariq Aziz' beim Papst organisiert und sich die ganzen 90er Jahre über gegen das Embargo ausgesprochen hatte, sagte, dass sich angesichts des menschlichen Elends, das die USA und die UNO dem irakischen Volk gebracht haben, niemand über die Stärke des irakischen Widerstandes wundern könne. Widerstand sei ein völkerrechtlich garantiertes Recht. Abschließend gab er noch seine Zustimmung zum Aufruf für die für den 13. Dezember in Rom geplante Demonstration unter dem Motto „Für das irakische Volk, das Widerstand leistet“.

Des weiteren behandelt wurden auf dem Antiimperialistischen Lager die Situation auf dem indischen Subkontinent, im Nahen Osten und speziell in Palästina, der Abbau elementarer demokratischer Rechte im Zuge des us-Terrorkrieges, der Kreuzzug gegen den Islam, die schwarze Liste „terroristischer Organisationen“, die Verteidigung Slobodan Milošević', die anhaltenden Kämpfe in Lateinamerika und die Anstrengungen in Europa eine breite antiamerikanische Bewegung zu bilden. Es waren unter anderem Delegationen aus den Philippinen, Nepal, Indien, Irak, Palästina, Marokko, Venezuela, Brasilien, Türkei, Griechenland, Serbien, Ungarn und vielen anderen europäischen Ländern anwesend.



Freiheit und Friede für Syrien

Flugblatt zur Kundgebung am 11. Oktober 2003 in Wien

Der gestrige staatsterroristische Beschluss der USA, Syrien auf die Liste der terroristischen Länder zu setzen, beweist ein weiteres Mal, dass die US-Administration vor Angriffen auf souveräne Staaten nicht zurückschreckt.

Viele Österreicher erinnern sich heute noch mit Schrecken an die faschistische Expansionspolitik Hitlers unter dem Motto „Heute gehört uns Deutschland, morgen die ganze Welt“. Auch damals hat niemand auf die warnenden Stimmen gehört.

Unter dem Titel „Terrorismusbekämpfung“ wurden Afghanistan und der Irak besetzt und amerikanische Militärstützpunkte in Turkmenistan, Tadschikistan und Usbekistan eingerichtet.

Seit Monaten richtet sich eine unglaubliche Medienkampagne gegen den Iran und nun auch mit voller

Kraft gegen Syrien. Es ist ein Irrtum zu glauben, dass es der skrupellosen amerikanischen Administration um Terrorismusbekämpfung und die Sicherheit des eigenen Landes geht. Vielmehr geht es um die Errichtung einer absoluten Weltherrschaft und um die alleinige Kontrolle der Erdölvorkommen in diesem Teil der Welt.

Daher verurteilen wir die jüngsten militärischen Aktionen gegen das syrische Staatsgebiet, angeordnet von der israelischen Regierung, unter Missachtung der Souveränität Syriens und unter Missachtung der Charta der Vereinten Nationen.

Wir verurteilen die Duldung dieser expansiven israelischen Aggressionspolitik durch die USA und fordern die Verantwortlichen auf, diese Politik einzustellen.

Wir fordern die Wiederherstellung der afghanischen und irakischen Souveränität, den Rückzug der amerikanischen Militärs und freie, demokratische Wahlen in diesen Ländern.

Wir fordern die Einstellung jeglicher militärischer und sonstiger Aktionen, die gegen die Souveränität Syriens gerichtet sind.

Wir fordern die Durchsetzung der UNO-Resolutionen zur Palästinafrage und die Errichtung eines palästinensischen Staates.

11. Oktober 2003

Verband Auslandssyrer
Österreichische Arabische Union



„Nicht in unserem Namen“

Gründung der *Jüdischen Stimme für einen gerechten Frieden in Nahost*

Am 4. November 2003 fand in Wien eine Pressekonferenz von Ellen und Michael Kösten, Peter Melvyn und Samuel Welber, allesamt VertreterInnen von *Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden in Nahost – Österreich* statt. Diese Gruppe ist eine von achtzehn jüdischen Organisationen aus neun verschiedenen europäischen Ländern, die im Vorjahr die Föderation *European Jews for a Just Peace* gegründet haben. Hauptzweck dieser Föderation ist es, ein Gegengewicht zur Haltung der offiziellen Organe vieler jüdischer Gemeinden, nämlich der weitgehend kritiklosen Unterstützung der israelischen Politik zu schaffen. Motto: „Nicht in unserem Namen!“

Die Gruppe bekennt sich zur Zweistaatenlösung und verlangt den unwiderruflichen Abzug der israelischen Armee aus den besetzten Gebieten und die Auflösung sämtlicher dort errichteter Siedlungen. Der Bau der Apartheidmauer wird ebenso kategorisch abgelehnt wie die Roadmap, die in der Presseerklärung als „zu einer Fahrt ins Nirgendwohin verurteilt“ bezeichnet wird.

Gefordert wird ferner die Anerkennung des Rechts beider Staaten auf Jerusalem als gemeinsame Hauptstadt, die Anerkennung des prinzipiellen Rechts auf Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge und die tatsächliche politische und gesellschaftliche Gleichstellung der palästinensischen Bürger Israels.

Nach einer Stellungnahme zum vor kurzem bekannt gewordenen Umfrageergebnis, nach dem 59 % der EU-BürgerInnen Israel als den Staat sehen, von dem die größte Kriegsgefahr ausgehe, gefragt, meinte Peter Melvyn, es sei bezeichnend, dass der Leiter des Simon-Wiesenthal-Zentrums in Los Angeles sofort von Antisemitismus gesprochen habe, anstatt auch nur eine Sekunde an den Gedanken zu verschwenden, ob an der Einschätzung etwas Wahres dran sei.

Auf die Frage, wie man zu der



Möglichkeit eines binationalen Staates als Lösung des Nahostkonfliktes stehe, gab es eher skeptische bis ablehnende Antworten, wobei man aber anklingen ließ, das sei natürlich die – momentan leider nicht durchführbare und bei vielen auch nicht erwünschte – Ideallösung.

Momentan sei leider auch nicht zu erwarten, dass die Verschärfung der sozialen Lage im Land bei der israelischen Bevölkerung zu mehr Solidarität mit den palästinensischen Anliegen führe. Im Gegenteil, der politischen Führung gelinge es gut, der palästinensischen Bevölkerung die Schuld für die Zustände zuzuschreiben.

Die israelische Politik sei weiterhin

mit Unterstützung durch die USA auf Annexion ausgerichtet. Selbstmordanschläge wären zu verurteilen, aber trotzdem sei jeder Anschlag eine Folge der Okkupation und Vorwand für die Fortführung der Unterdrückungspolitik. Die israelische Regierung nehme Selbstmordanschläge und Todesopfer unter der eigenen Zivilbevölkerung sogar bewusst in Kauf, um die eigene Politik zu rechtfertigen.

Außerdem wurde angekündigt, man werde auch die Zusammenarbeit mit anderen österreichischen Gruppen, die mit dem Israel-Palästina-Konflikt befasst sind, suchen und sich an Aktionen gegen den Mauerbau beteiligen.

Gunnar Bernhard

Antijüdische Anschläge verschärfen „Konfessionalisierung“ des Nahostkonfliktes

Die Anschläge vom 15. November 2003 auf zwei Synagogen in Istanbul sowie auf eine jüdische Schule in Frankreich stellen bedingungslos abzulehnende Akte von antijüdischem Terror dar. Die Vermutung, sie könnten durch die Terrorpolitik des israelischen Staates gegenüber den Palästinensern oder durch die Beziehungen, die der türkische Staat mit Israel unterhält, motiviert sein, liegt nahe. In diesem Fall wären die Anschläge ein weiteres Beispiel für die besorgniserregende Tendenz, die sich unter den Völkern des Nahen Ostens bzw. unter muslimischen Migranten in Europa abzeichnet, den Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern zunehmend als einen religiösen bzw. „ethnischen“ Konflikt zwischen Juden und Muslimen zu begreifen.

Die jüdische Bevölkerung in den arabischen und mehrheitlich muslimischen Ländern blickt auf eine jahrhundert-, teilweise jahrtausendealte Tradition zurück. Wenn es auch Formen der Diskriminierung – so wie gegen alle Mitglieder anderer Konfessionen – gab, so war das Zusammenleben der jüdischen, christlichen und muslimischen Bevölkerung in den muslimischen Gesellschaften dennoch weitgehend friedlich und von Toleranz geprägt. Keinesfalls kann die Stellung von Jüdinnen und Juden in den muslimischen Gesellschaften mit jener von Jüdinnen und Juden in den christlichen europäischen Gesellschaften verglichen werden, die zutiefst antisemitisch geprägt waren. Jüdinnen und Juden stellten einen integralen Bestandteil der arabischen und muslimischen Gesellschaften dar.

Die jüdische Besiedlung im Istanbul Stadtteil Beyoğlu, in dem das Attentat stattfand, geht auf das 15. Jahrhundert zurück, als aus Spanien vertriebenen Juden vom Sultan Asyl gewährt wurde. Zuvor war der Hü-

gel bereits Siedlungsraum für Christen geworden. Noch heute liegen in Beyoğlu als Zeichen des jahrhundertalten friedlichen Zusammenlebens Moscheen, Kirchen und Synagogen dicht nebeneinander.

Die oftmals gewaltsame, in jedem Fall jedoch von Israel geförderte Aussiedlung von Juden aus arabischen und islamischen Ländern nach Israel hat eine Kultur des jahrhundertalten inter-konfessionellen Zusammenlebens zerstört, deren intellektuelle Fruchtbarkeit beispielhaft war. Während es in Europa kaum, oder bestenfalls instrumentalisiertes Bedauern über den Verlust jenes kulturellen Reichtums gibt, den Europa in seiner jüdischen Bevölkerung besessen hat, gibt es in den arabischen Gesellschaften immer wieder Stimmen, welche die Wunde beklagen, die der Verlust der jüdischen Bevölkerung in sie gerissen hat.

Die antijüdischen Anschläge vom Wochenende zeigen eine Tendenz auf, deren Folgen schwer absehbar sind: In den arabischen und islamischen Gesellschaften bzw. unter den muslimischen Migranten in Europa wird zunehmend nicht nur der israelische Staat und seine völkerrechtswidrige Besatzungspolitik gegenüber dem palästinensischen Volk als Bedrohung empfunden, sondern das Judentum als solches, das jedoch oftmals die israelische Politik ablehnt und verurteilt. Diese Entwicklung ist äußerst besorgniserregend, erschwert sie doch die Möglichkeiten das Problem als solches zu begreifen, was es ist: ein Kolonialkonflikt. Der Besatzer und koloniale Ausbeuter – der Staat Israel – steht den Besetzten, Unterdrückten und Kolonisierten – dem palästinensischen Volk – gegenüber. Es handelt sich hier zweifellos um einen nationalen Konflikt, denn dem palästinensischen Volk wird seine legitime Selbstbestimmung vorenthalten. Darüber

hinaus ist es allerdings auch ein sozialer Konflikt, denn Israels Reichtum gründet sich zu einem Gutteil auf der Ausbeutung der palästinensischen Arbeitskraft. Letztendlich entscheidend ist jedoch, dass es sich um weder um einen religiösen noch um einen „ethnischen“ Konflikt im Sinne eines Kampfes zwischen Volksgruppen handelt. Auch für die israelische Bevölkerung stellt schließlich die Besatzungspolitik eine Bedrohung dar. Diesem Umstand tut auch die Tatsache keinen Abbruch, dass sie diese Politik mehrheitlich unterstützt. Die einzig mögliche Lösungsgrundlage des Konfliktes ist – wie bei jedem Kolonialkonflikt – die Aufhebung der militärischen Besatzung und die völlige rechtliche Gleichstellung von allen in der Region lebenden Menschen. Um dieses Ziel zu erreichen müssen die Fronten jenseits der Konfessionen, vielmehr zwischen den Kolonialismus befürwortenden und ihn bekämpfenden Menschen verlaufen. Genau dies wird durch die drohende „Konfessionalisierung“ des Konfliktes immer schwerer zu begreifen.

Israels unmenschliche Politik ist maßgeblich für diese Entwicklung verantwortlich, ebenso wie der menschenverachtende „Anti-Terror-Feldzug“ der USA. Antijüdische Anschläge wie die vom 15. November 2003 treiben den Konflikt in die gleiche Richtung. Jüdinnen und Juden in aller Welt werden potenziell darin bestärkt, sich mit Israel und seiner völkerrechtswidrigen Politik zu identifizieren. Die Anschläge nützen daher letztendlich der israelischen Besatzungspolitik. Sie sind bedingungslos abzulehnen.

*Antiimperialistische Koordination
18. November 2003*

Ein Schritt zur Konsolidierung einer antiimperialistischen Strömung in Österreich

Resümee des Antiimperialistischen Kongresses in Wien

Mit insgesamt etwa hundert Teilnehmern fand am 24. und 25. Oktober 2003 der von der Antiimperialistischen Koordination in Wien organisierte Kongress zum Thema „us-Hegemonie, Antiimperialismus und die Erneuerung des Marxismus“ statt. Neben Teilnehmern, die dem – seiner ideologischen Zuordnung heterogenen – antiimperialistischen Spektrum der österreichischen Linken angehörten, fanden sich am Kongress auch zahlreiche Zuhörer, die nicht dem organisierten Teil der Linken zuzuordnen waren. Ein, durch die medialen Einschränkungen in der öffentlichen Bekanntmachung des Kongresses notwendigerweise bescheidenes, aber wichtiges Signal, dass eine antiimperialistische Positionierung gegen die us-dominierte Weltordnung und in Solidarität mit den gegen das us-Imperium kämpfenden Kräften in der kritischen Öffentlichkeit durchaus auf Zuspruch stößt.

Die *Antiimperialistische Koordination* (AIK) präsentierte im Zuge des Kongresses ihre bisherigen Schlussfolgerungen aus den Ereignissen der letzten Jahre und den neokolonialen Angriffskriegen, mit denen die USA unter sich ändernden Vorwänden die Welt konfrontierte.

1 Die USA als führende politisch-militärische Kraft des Imperialismus streben danach, ein „amerikanisches Imperium“ zu errichten. Jegliche oppositionelle Regung, sei es von Staaten, Völkern oder politischen und sozialen Bewegungen, wird militärisch zerschlagen. Europa ist untergeordneter Teil dieses us-zentrierten Imperiums, wobei die Unterordnung aus Sicht der europäischen herrschenden Klassen eine freiwillige ist, insofern die USA der einzige Garant für das Bestehen des kapitalistischen Weltsystems sind. Die Errichtung

dieses totalitären us-Imperiums stößt auf wachsenden Widerstand. Seine Vollendung und Konsolidierung ist daher ein unsicherer Prozess mit offenem Ausgang. Diese reale Form des Imperialismus und damit der internationalen kapitalistischen Weltordnung nennen wir Amerikanismus. Als Reaktion und in Opposition dagegen nimmt der Widerstand häufig die Form des Antiamerikanismus an, der in sich die Dynamik des Antiimperialismus und auch des Antikapitalismus trägt.

2 Die Niederlage der nationalen und sozialen Befreiungsbewegungen sozialistischer Orientierung und die Krise der westlichen Arbeiterbewegung und des Kommunismus haben neue oppositionelle Bewegungen geschaffen. Der Volkswiderstand gegen die massive Verarmung durch den Neoliberalismus sucht sich angesichts der Schwäche der kommunistischen Idee und/oder der Integration ehemaliger linker Bewegungen in das imperialistische Herrschaftssystem oft in traditionellen, aus der nationalen Kultur kommenden Ideologien einen politischen Ausdruck. Der soziale und Klassenwiderstand der Unterschichten verändert die Rolle dieser Ideologien und treibt sie in eine antiimperialistische und manchmal auch sozialrevolutionäre Richtung. Der politische Islam ist dafür ein Beispiel. Diese neuen Bewegungen gilt es jeweils konkret zu analysieren und entsprechend ihrem Beitrag zu einer antiimperialistischen Mobilisierung der Unterklassen gegen den Imperialismus und die pro-imperialistischen lokalen Oligarchien zu unterstützen.

3 Der Marxismus muss angesichts der realen Veränderungen viele seiner traditionellen Paradigmen kritisch überdenken und sich

erneuern. Nur ein Marxismus, der den Mut aufbringt, zu Dogmen erstarrte und der Realität des Kampfes nicht mehr entsprechende Kategorien aufzubrechen, wird in der Lage sein, eine politische Rolle zu spielen und die Chance haben, ein Faktor in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um die Füllung des politisch-theoretischen Vakuums nach dem Scheitern des bisherigen Sozialismus zu werden. In Abgrenzung zu den „postkommunistischen Erneuerungen“ nach 1989/1991 sprechen wir von einer antiimperialistischen und leninistischen Erneuerung, die den Marxismus nicht nur als kritisch-revolutionäre Gesellschaftswissenschaft versteht, sondern auch als radikale Theorie und Praxis des sozialen und politischen Umsturzes.

Die Debatten am Kongress zeigten, dass insbesondere in der organisierten Linken diese Thesen auf einige Skepsis stoßen. (Ganz zu schweigen von den verleumderischen Angriffen der mehrheitlich neoimperialistischen und proamerikanischen „Linken“.) Der Mut der traditionellen Linken, sich in den unbekanntem Gewässern der antiimperialistischen Auseinandersetzung der neuen Zeit auch einen neuen politisch-theoretischen Kompass zu suchen scheint geringer zu sein als ihr Bedürfnis, sich weiter im Rahmen der scheinbar sicheren traditionellen Kategorien zu bewegen. Ein zumindest in Teilen der Linken merkbares offenes Interesse an den politischen Formulierungen der AIK (ohne diese notwendigerweise zu teilen) zeigt jedoch, dass die vorgeschlagenen Positionen vor dem Hintergrund der realen politischen Auseinandersetzungen als zumindest denkbarer Ansatz eines neuen radikalen Projektes gesehen werden.

Fortsetzung auf Seite 27

Zur Nahost- und Israelpolitik der USA

Die Macht der Neokonservativen über die Außenpolitik

Vom ehrlichen Makler zur Partei Israels

Die Nahostpolitik der USA befindet sich seit der Präsidentschaft von George W. Bush sowohl politisch als auch völkerrechtlich auf fragwürdiger Grundlage. Eine Allianz aus neokonservativen Machtpolitikern und windigen Geschäftsleuten, die von einer Koalition protestantischer Fundamentalisten, diverser politischer Interessengruppen und konservativen Think-tanks unterstützt wird, ist mit Bush in Washington an die Macht gekommen. Diese Gruppe besteht aus alten Bekannten, ja sogar Freunden, die sich seit Jahrzehnten kennen und die über alle politischen Differenzen hinweg von einem Korpsgeist zusammengeschweißt wird. Ihr Weltbild ist manichäisch: „Wer nicht für uns ist, ist für die Terroristen“. (...) Diese erzkonservative Elite verfolgt eine Politik der Doppelmoral, insbesondere gegenüber dem Nahen Osten. Aus dieser ambivalenten Haltung resultiert ein großes Glaubwürdigkeitsproblem nicht nur gegenüber den arabischen Ländern, sondern seit dem Irakkrieg auch gegenüber einem Teil der Verbündeten in Europa sowie der eigenen Bevölkerung. Einerseits werden politisch-moralische Kriterien gegenüber den arabischen Ländern rigoros

eingefordert und unter Drohung von Waffengewalt durchgesetzt, wohingegen bei gravierenden Völkerrechts- und Menschenrechtsverstößen durch „befreundete Staaten“ wie zum Beispiel durch Israel gegenüber den Palästinenser beide Augen zugedrückt werden. Diese doppelten Maßstäbe sind ein zentraler Grund dafür, dass die Kritik an Amerika weltweit zunimmt. (...)

Die Macht der Neokonservativen auf die Außenpolitik

Der völkerrechtlich umstrittene Angriff der USA zusammen mit einer „Koalition der Willigen“ gegen den Irak ist bis heute noch nicht aufgearbeitet. Von einer Befriedung des Landes bzw. einer Lösung dieses Konfliktes scheinen die Koalitionstruppen weiter denn je entfernt zu sein. Die drei massiven Terroranschläge in kürzester Folge haben möglicherweise zu einem taktischen Umdenken unter den Neokonservativen geführt. Von einer Demokratisierung des Irak spricht schon niemand mehr. Die Frage stellt sich, wie sich die amerikanische Außenpolitik in dieses Abenteuer begeben und warum unter Präsident George W. Bush

solch eine Radikalisierung stattfinden konnte? Warum hat es trotz enormer Schwierigkeiten der Besatzungstruppen noch keine Veränderung in der Strategie gegeben? Ein wesentlicher Grund für die politische Unbeweglichkeit scheint im ideologischen Starrsinn wesentlicher Teile der Bush-Administration zu liegen. (...)

Mit der Präsidentschaft von Bush jr. kam eine politische Elite in den USA an die Macht, die als Neokonservative (Neocons) bezeichnet werden. Diese Gruppe ist jedoch nicht homogen, sondern setzt sich aus einer großen Anzahl Intellektueller zusammen, die aus den verschiedensten politischen Lagern kommen und sich aus unterschiedlichsten Motiven hinter diesem Schlagwort verborgen. (...) Gemeinsam ist ihnen die Vorstellung, dass die USA eine Weltmacht sei und diese militärische Macht auch eingesetzt werden müsse, und dass die hegemoniale Stellung der USA in Zukunft von keiner anderen Macht mehr in Frage gestellt werden dürfe. (...)

Die Neocons haben einen mächtigen Verbündeten in ihrem Kampf gegen „das Böse“ in der Welt: die Theocons. Diese Gruppe vertritt innergesellschaftlich religiös funda-

Fortsetzung von Seite 26

Dass die vorgestellten Thesen oft außerhalb der organisierten Linken auf mehr Zustimmung stoßen, verwundert wenig, da hier die Angst gesicherten Boden zu verlassen weniger groß ist. Die Radikalität eines antiimperialistischen Projekts dürfte mit der Zuspitzung der Kämpfe und des Widerstandes gegen die us-Weltordnung von einem wachsenden Teil der kritischen Öffentlichkeit zumindest als verständlich angesehen werden. Um dieses Projekt zu einem Orien-

tierungspunkt und zu einem Ansatz gesellschaftlicher Opposition im Westen zu machen ist sicher noch ein qualitativ stärkerer Hegemonieverlust des Amerikanismus im Westen nötig (z. B. eine Niederlage der USA im Irak, d. h. der erzwungenen Rückzug der Besatzungstruppen), wie es der Vietnamkrieg war.

Neben einigen Schwerpunktprojekten („Zehn Euro für den irakischen Widerstand“, Kundgebung zum Jahrestag des ersten Angriffs auf den Irak am 17. Januar, Solida-

rität mit dem politischen und sozialen Widerstand in Kolumbien) strebt die AIK die geeignete Fortsetzung und Vertiefung eines Dialogs zwischen den antiimperialistischen und offenen Teilen der Linken sowie all jenen, die durch den Widerstand gegen die Politik des us-Imperiums im Antiimperialismus und einem erneuerten antiimperialistischen Marxismus eine Alternative sehen, an.

Antiimperialistische Koordination
31. Oktober 2003

mentalistische Wertvorstellungen wie ein Abtreibungs- und Homosexuellenverbot, Schulgebet, einen Antidarwinismus sowie die amerikanische Familienideologie. Außenpolitisch unterstützten sie vorbehaltlos die konservativen Regierungen in Israel, insbesondere die des ehemaligen Ministerpräsidenten Binyamin Netanyahu sowie die Regierung von Ariel Sharon. Von den zirka sieben Millionen Christen lassen sich nach Meinung einiger Experten vierzig Millionen für extreme pro-israelische Positionen mobilisieren. Um dieses Potenzial dauerhaft zu motivieren, bedient man sich einer wörtlichen Auslegung der Bibel, und zwar ausschließlich des Alten Testaments. Als eine besonders bizarre Variante kommt der Glaube an die Schlacht von Armageddon hinzu, welche die zahlreichen Fernsehprediger verbreiten. Dieser Theorie zufolge werde im Nahen Osten an der Stelle des alten Tempels der dritte Tempel Salomos gebaut und der Messias werde ein zweites Mal erscheinen. Dieser obskure Glaube stammt aus dem 19. Jahrhundert und wurde vom britischen Mystiker John Nelson Darby verbreitet. Nach diesem Wahnsinnszenario werden die Juden aus Israel und Palästina entweder in der „Letzten Schlacht“ vernichtet oder durch Massenkonversion „erlöst“. Die jüdenfeindlichen und antisemitischen Vorstellungen dieser sogenannten christlichen Kreise machen es völlig unverständlich, warum sich Binyamin Netanyahu und die extremen Teile der jüdischen Interessengruppen Amerikas mit ihnen zur Unterstützung Sharons und des Likud verbünden. Was hat dies alles mit den Neocons, dem Irakkonflikt oder gar mit Israel zu tun?

Einige Vertreter amerikanischer Interessengruppen wie Richard Perle, Douglas Faith, James Colbert, Robert Loewenberg und Meyrav und David Wurmser ventilierten durch das *Institute for Advanced Strategic and Political Studies Jerusalem* in Washington erstmals geostrategische Ideen, die einen Regimewechsel im Irak forderten, welche aber nicht für die us-Re-

gierung bestimmt waren, sondern für den im Mai 1996 gewählten israelischen Ministerpräsidenten Binyamin Netanyahu. Dieser unter dem Titel „Clean Break“ geführte Bericht¹ wurde Netanyahu nach seiner Wahl übergeben. Die Verfasser schlugen dem israelischen Ministerpräsidenten zwei für Israel vorteilhafte Optionen vor: Erstens die Zerstückelung des Irak und zweitens die Neutralisierung Syriens. (...)

Der Bericht enthielt sogar Ratschläge für Netanyahu, wie und welcher Rhetorik er sich in den USA bedienen sollte, um die Unterstützung im us-Kongress für Israel zu mobilisieren. Dafür böte sich das Thema der Raketenabwehrsysteme an. Der Bericht wies darauf hin, dass solche Themen die geplante Verlegung der us-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem positiv beeinflussen könnten, obwohl diese völkerrechtswidrige Verlegung von den USA aus politischer Opportunität bis heute nicht umgesetzt worden ist.

Für die Falken um Perle und seine Gesinnungsgenossen, die heute hohe Regierungspositionen innehaben, war die Idee eines Krieges gegen den Irak also nicht Neues. Die Frage stellt sich zwangsläufig, welches Ziel mit einem solchen Angriffskrieg tatsächlich verfolgt wurde? Ging es ihnen um die Realisierung amerikanischer Interessen oder eher um die Stärkung der israelischen geostrategischen Position in der Region, die auch der Likud unter Sharon als Ziel verfolgt? Welche Ziele auch immer verfolgt werden sollten, so zeigt diese Denkweise doch, wie halsbrecherisch oder politisch blauäugig die Idee einer Zerstückelung eines so komplexen Landes wie des Irak ist. Diese Idee ging den Geostrategen in den konservativen Denkfabriken aber noch nicht weit genug. Ein Regimewechsel musste erst gedanklich vorbereitet und dann militärisch bewerkstelligt werden. Diesem Ziel hatte sich ganz und gar das „Project for the New American Century“² verschrieben. Mit welcher Chuzpe schon zu Zeiten Präsident Clintons gearbeitet wurde, ist viel zu wenig bekannt.

Bereits am 26. Januar 1998 schrieben führende Neokonservative, unter ihnen zahlreiche Personen, die jetzt in der Bush-Administration an den Schalthebeln der Macht sitzen, an us-Präsident Bill Clinton und forderten ihn auf, Saddam Hussein zu stürzen. Die us-Strategie sollte vor allem auf die „Beseitigung des Saddam-Hussein-Regime von der Macht abzielen. Wir stehen bereit, unsere volle Unterstützung für dieses schwierige aber notwendige Unternehmen zu gewähren. ... Dies muss nun das Ziel der amerikanischen Außenpolitik werden.“³ Zu den Unterzeichnern gehörten Elliot Abrams, Richard L. Armitage, John Bolton, Robert Kagan, Zalmay Khalizad, William Kristol, Richard Perle, Donald Rumsfeld, Paul Wolfowitz, R. James Woolsey und Robert B. Zoellick. Der größte Teil gehört heute zu den Kriegsbefürwortern in der Bush-Administration.

In der Zwischenzeit ereigneten sich die Terroranschläge des 11. September 2001, was zu einer Antihaltung gegen alles Muslimische und Arabische führte. Schon einen Tag später forderte Paul Wolfowitz nicht nur Afghanistan, sondern auch Saddam Hussein anzugreifen. Intellektuellen Flankenschutz erhielt das Pentagon vom „Project for the New American Century“. Am 20. September 2001 schrieben wiederum führende Intellektuelle an us-Präsident George W. Bush. Sie forderten, Usama bin Ladin entweder zu fangen oder zu töten. Wichtiger waren aber folgende Ziele: Vehement forderten sie „die Beseitigung Saddam Husseins von der Macht. Ein Versagen in diesem Bemühen würde eine frühe und vielleicht entscheidende Kapitulation im Krieg gegen den internationalen Terrorismus bedeuten.“ Weiterhin müsse dieser Krieg gegen den Terrorismus auch den Hizbullah im Libanon mit einbeziehen. „Wir glauben, dass die Administration von Iran und Syrien die unverzügliche Einstellung aller militärischen, finanziellen und politischen Unterstützung für den Hizbullah und seine Aktionen verlangen muss. Sollte Iran und Syrien dieser Forderung

nicht nachkommen, sollte die Administration passende Vergeltungsmaßnahmen gegen diese bekannten Unterstützer des Terrorismus einleiten.“ Kurz nach der Niederschlagung des Saddam-Regime griffen Rumsfeld und Wolfowitz mit diesen Vorwürfen beide Länder an. Als ein weiteres wurde der „palästinensische Terror“ aufs Korn genommen. Sollte die palästinensische Behörde den Terror aus den besetzten Gebieten gegen Israel nicht unterbinden, sollten die USA jedwede Unterstützung einstellen.⁴ Unterzeichner waren Richard V. Allen, Aaron Friedberg, Francis Fukuyama, Frank Gaffney, Jeffrey Gadmin, Robert Kagan, Jean Kirkpatrick, Charles Krauthammer, Richard Perle, Norman Podhoretz u. v. a.

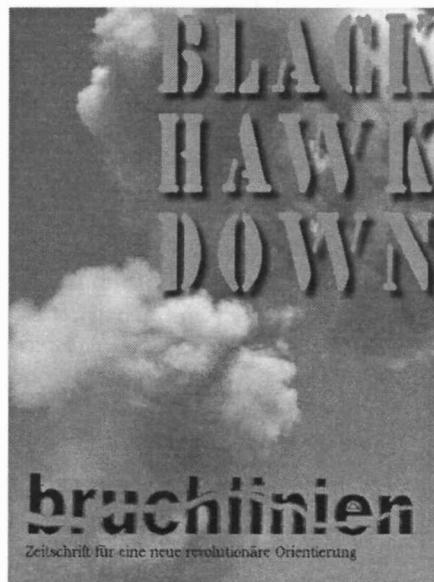
Am 3. April 2002 ging dieselbe Organisation noch einen Schritt weiter. Die Unterzeichner konstruierten eine Schicksalsgemeinschaft zwischen den USA und Israel, beide hätten einen gemeinsamen Feind. Israel werde angegriffen, weil es ein Freund der USA und eine Insel liberaler Demokratie sei. Israel kämpfe den gleichen Krieg wie die USA. Die Unterzeichner beziehen sich auf eine Aussage von US-Verteidigungsminister Rumsfeld, in der er Iran, Irak und Syrien vorwarf, „eine Kultur des politischen Mordes und der Selbstmordattentäter“ gegen Israel zu fördern. Die Hauptzielrichtung richtete sich aber gegen Yasir Arafat. Er und seine Autonomiebehörde wurden als Drahtzieher des Terrors gegen Israel bezeichnet. Er könne somit nicht Teil einer friedlichen Lösung sein. Die Schreiber forderten Präsident Bush auf, nicht länger mit Arafat zu verhandeln. Alle diese Forderungen waren vorher schon von der Sharon-Regierung erhoben worden. Ebenfalls wiederholte man, dass Saddam gestürzt und der Iran in seine Schranken gewiesen gehöre. Das Schreiben endete pathetisch: „Israels Kampf gegen den Terror ist unser Kampf. Israels Sieg ist ein wichtiger Teil unseres Sieges. Aus moralischen und strategischen Gründen müssen wir an der Seite Israels in seinem Kampf gegen Terrorismus stehen.“ Diese ideolo-

gisch gefärbten Vorstellungen scheinen auch der wesentlichste Grund dafür zu sein, dass die Bush-Administration zu keiner Revision ihrer mörderischen Irakpolitik in der Lage ist, die Tag für Tag US-Soldaten das Leben kostet.⁵ Unterzeichnet wurde dieser Brief von William Kristol, Ken Adelman; Frank Gaffney, Jeffrey Gadmin, Robert Kagan, Richard Perle, Daniel Pipes, Norman Podhoretz, James Woolsey u. v. a.

Die Verbindungen zu den „Ideen“ der Bush-Regierung sind frappierend. So flossen einige dieser Vorschläge direkt in Präsident Bushs „Vision“ für den Nahen Osten ein, die er am 25. Juni 2002 der Öffentlichkeit präsentierte. Darin fanden sich diejenigen Passagen des Schreibens, die Arafat als Drahtzieher des Terrors und folglich nicht mehr als satisfaktionsfähig ansahen. Bush forderte das palästinensische Volk auf, sich von Arafat zu trennen und sich eine neue Führung zu wählen. Der PLO-Chef wurde immerhin mit über 82 Prozent zum Präsidenten Palästinas gewählt! Auch Syrien wurde als Hort des Terrorismus identifiziert und gewarnt. Die amerikanische Rhetorik gegen den Terror ging über Monate weiter. Im September 2002 verkündete Bush eine neue strategische Verteidigungsinitiative, die sogenannten Bush-Doktrin, in der die USA sich das

Recht zum Kriegführen selbst mandatierten. Diese Strategie wurde erstmals im Irak getestet. Die USA konnten eigenmächtig eine Bedrohung ihrer nationalen Interessen feststellen, um losschlagen zu können. Die USA dürften nicht warten, bis der Feind zu ihnen käme, sondern müssten selber zum Feind gehen, so Bush. Wer der Feind war, wurde nicht anhand realpolitischer, sondern ideologischer Kriterien festgelegt. Paul Wolfowitz, der strategische Kopf hinter dem völkerrechtlich umstrittenen Krieg gegen den Irak, hat die Bush-Doktrin am 27. Juli 2003 „weiterentwickelt“. Er plädiert sogar für einen „Krieg auf Verdacht“. Der Krieg gegen den Irak sei ein Beispiel dafür, wie die USA auch bei „zweifelhaften nachrichtendienstlichen Erkenntnissen“ im Krieg gegen den Terror zu handeln hätten. Damit hat er die Strategie des Präventivkrieges bei Feststellung einer Bedrohung zum Präventivkrieg auf Verdacht einer Bedrohung weiterentwickelt.

Diese Denkweise der Neocons zeigt, wie gefährlich die „Hypermacht“ für den Weltfrieden geworden ist. Solange es keine Aufarbeitung des Überfalls auf den Irak gibt, sollten sich weder die Vereinten Nationen noch die NATO zur Putztruppe der neokonservativen Ideologie machen lassen. Die Rede von Prä-



Ausgabe Nr. 9 November/Dezember 2003

Imperial Overstretch
Die Probleme der USA im Irak

Freiheit und Gemeinschaft
Rekonstruktion der Kritik am Staat

Das vereinte Volk, immer wieder besiegt
Volkserhebungen in Lateinamerika

uvm.

Probe-Exemplar gratis
Abo 5 Ausgaben: Europa 15 EUR, Österreich 10 EUR

bruchlinien, Meiselstraße 46/4, A-1150 Wien
www.bruchlinien.at

sident Bush vom 8. September 2003 war arrogant und anmaßend. Sie signalisierte keinerlei Entgegenkommen. Sie forderte von Frankreich, Deutschland und den anderen „Unwilligen“ bedingungslose Gefolgschaft. Es darf zu keinerlei Entlastung der us-Truppen im Irak kommen, da dies den Neokonservativen wieder Spielraum gäbe, ihre expansiv-aggressive Politik gegenüber Syrien und Iran fortzusetzen. (...)

Die Roadmap – der zweite Versuch eines „Friedensprozesses“

Wie die verfehlte Politik gegenüber den Staaten des Mittleren Osten, so befindet sich die Nahostpolitik der USA schon seit Jahrzehnten in einem Dilemma: Das Land kann keine ausgewogene Politik gegenüber der nahöstlichen Region verfolgen, weil sie zu einseitig auf Israel fokussiert ist. Folglich gerät die us-Außenpolitik gegenüber den arabischen Ländern in eine Glaubwürdigkeitslücke. Daran kann auch die „Vision“ von us-Präsident George W. Bush und die Roadmap zum Nahostkonflikt nichts grundsätzliches ändern. Der us-Präsident hatte am 25. Juni 2002 seine „Vision“ von der Lösung des Nahostkonflikts in einer Rede dargelegt, die auch vom israelischen Ministerpräsidenten Ariel Sharon hätte gehalten werden können. Er mutete den Palästinenser nicht weniger zu, als ihren in freien und demokratischen Wahlen – soweit dies unter Besatzung möglich war – gewählten Präsidenten Yasir Arafat durch einen anderen zu ersetzen. Die Amerikaner hätten wenigstens wissen müssen, dass nicht sie oder die israelische Besatzungsmacht über die Führungspersonen der Palästinenser befinden können. Diese unglückliche Rolle des Arafat-Nachfolgers hatte für vier Monate Mahmud Abbas alias Abu Mazen gespielt, bevor er entnervt Anfang September 2003 Arafat das Amt vor die Füße warf. Neben Sharons Kompromissunwilligkeit war Arafats Intrigantentum für den Sturz von Abbas verantwortlich.

In Bushs sogenannter Vision für

den Nahen Osten waren alle üblichen Forderungen Israels enthalten. Neben den Befehlen an die Palästinenser warnte Bush auch Syrien, sich auf die richtige Seite im Kampf gegen den Terror zu stellen. (...) Nicht ganz so Israelfixiert verhält es sich auf den ersten Blick mit der Roadmap, der „Straßenkarte“ zum Frieden im israelisch-palästinensischen Konflikt.

Der Plan wurde am 4. Juni 2003 im Palast des jordanischen Königs in Aqaba offiziell lanciert. Obwohl das Dokument ein Plan des sogenannten Nahost-Quartetts – bestehend aus USA, Russland, UNO und EU – ist, war außer Präsident Bush kein anderes Mitglieder dieses Klubs anwesend. Deutlicher hätte nicht demonstriert werden können, dass die Roadmap primär ein us-amerikanisches Produkt ist, das, wenn überhaupt, der Region einen amerikanisch-israelischen Frieden beschert wird. Keiner der Beteiligten äußerte sich euphorisch. Der Neuanfang mit schnellen praktischen Ergebnissen ist sowohl durch Israels Politik der fortgesetzten Kolonisierung der besetzten Gebiete und dem Bau eines Schutzwalles als auch dem Scheitern von Mahmoud Abbas, die extremistischen Widerstandsgruppen zu entwaffnen, verortet worden. Ein Zusätzliches taten die nach sechs Wochen wieder aufgeflamten Terroranschläge sowie Israel Wiederaufnahme seiner Liquidierungspolitik gegen vermeintliche Drahtzieher des Terrors. Bisher wurden 176 angebliche Drahtzieher des Terrors staatlicherseits hingerichtet. Die fliegenden Erschießungskommandos in Form von Apache-Kampfhubschraubern oder F16-Kampfflugzeugen widersprechen allen westlichen Normen und Werten. So versuchte Israel den seit seiner Jugend im Rollstuhl sitzenden und völlig paralysierten Scheich Ahmad Yassin, den „spirituellen Inspirator“ von Hamas, zu töten. Kritik daran war seitens der westlichen Staatengemeinschaft nicht zu hören. (...) Ebenso unglaublich ist die Entscheidung des israelischen Sicherheitskabinetts, Arafat zu deportieren oder sogar zu erschießen, wie dies die Minister Ehad Olmert und

Effi Eitam gefordert haben! Bei einer solchen Politik muss sich niemand wundern, dass alle Palästinenser sich mit Arafat identifizieren, ob sie ihn mögen oder nicht. (...) Bei der augenblicklichen chaotischen Entwicklung in Israel und Palästina wird die Roadmap entweder ins Nirgendwo führen oder in einem eingemauerten Reservat für die Palästinenser enden – bewacht von Israel. Ein Staat, der diesen Namen verdient, wird daraus nicht hervorgehen. (...)

Präsident Bush hatte beide Konfliktparteien auf die Roadmap eingeschworen. Ariel Sharon und der damalige Ministerpräsident Abu Mazen gaben in Aqaba gedrechselte Erklärungen ab, die aber viel über die Prioritäten der beiden Seiten aussagen. Erstmals sprach zwar ein israelischer Ministerpräsident öffentlich von einem Palästinenserstaat, konkreter von einem „demokratischen palästinensischen Staat“ und nicht von einem „unabhängigen und souveränen“, wie es in der Roadmap heißt. Abu Mazen rief das Ende der gewaltvollen Unabhängigkeitsintifada aus. Er will aber nicht die palästinensische Infrastruktur des Terrors gewaltvoll zerschlagen. Dies könnte zu einem Bürgerkrieg führen. Abu Mazen handelte mit den Organisationen erfolgreich einen Waffenstillstand aus, der über sechs Wochen hielt, ehe Israel seine Liquidierungspolitik am 20. August wieder aufnahm. Fast alle Minister der rechtskonservativen Sharon-Regierung sahen in dieser Hudna (Waffenstillstand) ein taktisches Manöver der Widerstandsgruppen und wären am liebsten mit der Zerstörungspolitik ohne Unterbrechung fortgefahren. Da es Abbas nicht gelungen ist, die „Struktur des Terrors“ zu zerstören, hat Israel wieder das Gesetz des Handelns in die eigenen Hände genommen.

Ariel Sharons Lippenbekenntnis zur Roadmap hatte in Israel zu Massendemonstrationen extremistischer Siedlergruppen geführt, die ihn wie weiland Yitzchak Rabin einen Verräter nannten. Ebenso löste Sharons Feststellung, dass „3,5 Millionen Palästinenser unter Besatzung

eine schreckliche Sache für Israel, die Palästinenser und die Wirtschaft“ seien, einen Sturm der Entrüstung innerhalb seiner rechtsnationalistischen Regierung aus. Das israelische Kabinett hatte sowieso schon vor dem Gipfel in Aqaba der Roadmap 14 Stolpersteine in den Weg gerollt, die ihr Scheitern herbeiführen sollten. Sharon versprach folglich in Aqaba auch nur die Auflösung einiger „illegaler Außenposten“. Mit diesem vagen Versprechen blieb er weit hinter den Forderungen der Roadmap zurück, nach der Israel verpflichtet ist, alle seit März 2001 errichteten Siedlungen (damals siebzig – heute über hundert) aufzulösen und die natürliche Expansion der bestehenden zu beenden. Dass alle Siedlungen in den besetzten Gebieten wider das Völkerrecht errichtet worden und somit illegal sind, ist allen Beteiligten bekannt. Das Völkerrecht ist seit dem umstrittenen Angriffskrieg der USA auf den Irak zu einer disponiblen Größe amerikanischer Machtpolitik geschrumpft. Es darf auch nicht vergessen werden, dass Sharon der Spiritus rector des expansiven Siedlungsprojektes ist. Niemand kann von ihm im Ernst erwarten, dass er sein Lebenswerk zerstört. Sharon ist nicht Samson. Er hat zwar zwei „illegale Außenposten“ mediengerecht räumen lassen, dafür sind aber zahlreiche neue entstanden.

(...) Schon die Forderungen in der ersten Phase der Roadmap – die Auflösung der „illegalen Außenposten“ von Seiten Israels und die Zerschlagung der radikalen Gruppen – gelangen nicht. Erst wenn dies geschehen ist, muss das Quartett einstimmig befinden, dass die erste Phase erfolgreich beendet ist. Dazu dürfte es aber nicht mehr kommen, weil sich kein palästinensischer Politiker zum Subunternehmer für Sharons eigene Variante der „Terrorbekämpfung“ machen lässt. Danach erst kann die zweite Phase beginnen, in der bis Ende 2003 ein „provisorischer Palästinenserstaat mit vorläufigen Grenzen“ entstehen soll. Sollte dieses bisher nicht da gewesene Gebilde wirklich das Licht der Welt er-

blicken, wird von 2004 bis Ende 2005 über den endgültigen „Staat“ und alle damit zusammenhängenden Fragen wie Siedlungen, Flüchtlinge, Jerusalem, Grenzen, Wasser etc. verhandelt. Bereits an diesen Fragen ist der Osloer-Prozess letztendlich gescheitert. Wenn die Roadmap nicht ein rein amerikanisch-israelisches Unternehmen bleiben soll, muss sich das bisher unbeteiligte Restquartett beherzter einbringen. Warum schlägt es den USA nicht vor, eine NATO-Schutztruppe – ausgestattet mit einem „robusten Mandat“ – in die besetzten Gebiete zu entsenden, um den Abzug der israelischen Besatzungstruppen zu überwachen und der Roadmap dadurch zum Erfolg zu verhelfen? Palästina wäre das ideale Territorium für eine internationale Militärintervention, da dort die Besatzungsmacht seit nunmehr 36 Jahren gegen alle UN-Resolutionen verstößt. Wenn die USA im Irak schon solche Resolutionen gewaltsam durchgesetzt haben, warum dann nicht in Palästina?

Auch der Nachfolger von Abbas, Ahmad Kurei, ist um seine Aufgabe nicht zu beneiden. Er muss seinem Volk einen Plan schmackhaft machen, der den Konflikt erst 1967 beginnen lässt – und während Israel eine acht Meter hohe monströse Mauer um ein Rumpfpalästina errichtet, den Siedlungsbau weiter voran treibt, das Rückkehrrecht für die Flüchtlinge kategorisch ablehnt und bisher nur 42 Prozent der besetzten Gebiete für den „Staat Palästina“ angeboten hat, könnte der Ruf nach Yasir Arafat zwangsläufig wieder erschallen. Denn nur er, der die nationalen Wünsche der Palästinenser auf einen eigenen Staat verkörpert, könnte solch ein Gebilde als die Erfüllung der Sehnsüchte seinem Volk schmackhaft machen. Wie die Entwicklung der letzten Wochen gezeigt hat, ist er alles andere als „irrelevant“, für den ihn Bush und Sharon erklärt hatten. Seine Beseitigung wäre ein schwerer politischer Fehler. Arafat hat für die Palästinenser die gleiche Bedeutung wie weiland Nelson Mandela für die schwarze Bevölkerung Südafrikas. (...)

Dass die Roadmap zu einem

Rohrkrepierer werden kann, dafür sprechen mehrere Anzeichen: Am 14. Juli ratifizierte die Knesset einen Gesetzentwurf, in dem das Westjordanland und der Gazastreifen als nicht besetzte Gebiete bezeichnet werden. Von einem amerikanischen Protest dagegen keine Spur. Auch us-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld hatte bereits im September 2002 von sogenannten besetzten Gebieten gesprochen. Bush möchte im nächsten Jahr wiedergewählt werden und dazu braucht er die fundamentalistischen Christen, die eigentlich keine Christen, sondern alttestamentarische Fundamentalisten sind, und die im Staate Israel ein Zeichen für die bevorstehende Ankunft des Messias sehen. Ihre bedingungslose und unkritische Gefolgschaft und Rechtfertigung israelischer Politik lässt Bush wenig Handlungsspielraum, wenn er einen solchen überhaupt in Sachen Israel jemals angestrebt hat.

Die Aussichten auf einen dauerhaften Frieden zwischen den beiden Völkern im Nahen Osten sind nicht gut. Unter us-Präsident Bush und der Herrschaft der neokonservativen Elite unterstützen die USA die Politik Israels noch vorbehaltloser als unter dem ehemaligen us-Präsident Bill Clinton. Fast die gesamte Bush-Administration zählt zu den Anhängern der Likud-Linie israelischer Politik. (...) Es zeigt sich schon deutlich, dass die demokratischen Traditionen der USA wohl weiter einer Politik des doppelten Maßstabes geopfert und damit den nationalen Interessen des Landes langfristig abträglich sein werden. Warum fragt sich Präsident Bush in seinen Reden immer wieder, warum so viele Muslime die USA hassen?

Ludwig Watzal

- 1 www.israeleconomy.org/strati.htm
- 2 www.newamericancentury.org
- 3 www.newamericancentury.org/iraqclintonletter.htm
- 4 www.newamericancentury.org/Bushletter.htm
- 5 www.newamericancentury.org/Bushletter-040302.htm

Dazwischen zu stehen heißt den Stärkeren zu unterstützen

Die KPÖ und der Nahost-Konflikt

Gegen die antiimperialistische und kommunistische Linke hat die KPÖ in letzter Zeit die tiefsten Register gezogen, ganz in der stalinistischen Tradition der Verleumdung. Der Parteivorsitzende Walter Baier sprach von der *Antiimperialistischen Koordination* (AIK) als obskurer Truppe, die keine Sensibilität gegenüber dem Antisemitismus zeige und Dietmar Zach, Redakteur der KPÖ-Zeitschrift *Argument*, verstieg sich sogar zur Behauptung, die AIK verbreite geschichtsrevisionistische Auffassungen.¹

Auf die politischen Positionen der KPÖ gehen wir im Folgenden ein. Dabei beziehen wir uns auf einen im „Argument“ Nr. 35 August 2003 erschienenen Artikel von Michael Graber, der dem rechten Zentrum der Partei um den Vorsitzenden Walter Baier angehört.

„Friedenskräfte in Israel und Palästina unterstützen“

Zwar wird zugestanden, dass es eine „israelische Aggressions- und Besatzungspolitik“ gibt, doch wird die für Kommunisten notwendige Schlussfolgerung aus diesem Unterdrückungsverhältnis nicht gezogen, sondern die beiden Konfliktparteien grundlegend auf eine Ebene gestellt: „Anerkennung des Rechts beider Völker, des israelischen und des palästinensischen auf nationale und staatliche Existenz“. Konsequenter gilt „unsere Solidarität den Friedenskräften in Israel und Palästina“, so als ob beide Parteien gleichermaßen den Konflikt verschuldet hätten und nicht der Zionismus der Aggressor mit imperialistischer Unterstützung und die Palästinenser die Kolonisierten, Unterworfenen, Vertriebenen und Vernichteten wären. Es bleibt unberücksichtigt, dass der dem Zionismus inhärente exklusive Anspruch auf ganz Palästina die palästinensische nationale Existenz grundsätzlich ausschließt. Nichts belegt das

deutlicher als die Geschichte selbst. Das Scheitern des Friedensprozesses an eben diesem totalen Herrschaftsanspruch Israels, ungeachtet der Tatsache, dass die PLO Israel anerkannt hatte, kann nur so interpretiert werden: Israel ist strukturell auf Expansion und Krieg aufgebaut.

Wir waren, sind und bleiben für einen demokratischen Staat in ganz Palästina, im Gegensatz zu einem exklusiv jüdischen Staat. Alle Menschen sind grundsätzlich gleich und ihnen kommen gleiche Rechte zu. Die zionistische Siedlerbewegung und insbesondere ihre staatliche Eta-



Wer sind die „Friedenskräfte in Palästina“, von denen die KPÖ spricht? Wir fürchten, dass damit diejenigen Kräfte gemeint sind, die den Widerstand gegen die israelische Besatzung beenden und sich dem israelischen Diktat, als „Friedensplan“ getarnt, unterordnen möchten, d.h. nicht die Kräfte, die gegen das rassistische israelische Regime weiterkämpfen. „Friede“ ohne Gerechtigkeit bedeutet Unterwerfung.

Demokratischer Staat versus exklusiv jüdische Apartheid

Für die „zivilgesellschaftliche Linke“ und die KPÖ gilt der exklusiv-jüdische Charakter Israels, das so definiert ist und anders kein Israel mehr wäre, als sakrosankt und unantastbar. Noch mehr, das Bekenntnis zu Israel ist zur Eintrittskarte in die „politisch korrekte Linke“ geworden.

blierung in Form von Israel bedeutet nicht nur koloniale Unterwerfung, sondern zielt auf die Vertreibung und Vernichtung der arabischen Palästinenser als Nation ab. Es handelt sich um die systematische Verweigerung des elementaren Menschenrechtes auf nationale Selbstbestimmung und damit der Demokratie.

Israel ist kein „normaler Staat“, in dem sich die ansässige Bevölkerung eines bestimmten Territoriums staatlich konstituiert. Vielmehr siedelte sich koloniale Bevölkerung auf dem Territorium eines anderen Volkes an, das sich zumindest ab dem Ende des 19. Jahrhunderts zu einer arabischen Nation zu konstituieren begann, und verweigerte diesem Volk jegliche demokratische Rechte. Israel ist als exklusiv jüdischer Staat per definitionem rassistisch und auf Apartheid aufgebaut. Der arabischen Be-

völkerung wird dadurch gleiches Recht verweigert. Ein exklusiv jüdischer Staat kann also nur antidemokratisch sein, zumal seine Existenz nur vom Imperialismus garantiert werden kann.

Und was ist mit der jüdischen Bevölkerung? Kommt ihr dieses elementare Selbstbestimmungsrecht nicht zu? Wird nicht dieses im Recht auf Staatsbildung manifest? Nein, insofern sie Kolonialbevölkerung ist und exklusiven Anspruch auf das Land erhebt, das sie mit Hilfe des Imperialismus geraubt hat, kommt ihr dieses nicht zu. Wie in allen anderen Fällen des Siedlerkolonialismus, beispielsweise Algerien oder Südafrika, heißt das aber nicht, dass die jüdische Bevölkerung kein Existenzrecht hätte. Sie kann sich am Konstitutionsprozess einer demokratischen Nation, in der allen gleiche Rechte zukommen, beteiligen. Embryo dieses Konstitutionsprozesses ist heute der

Palästinensern zu leben bereit ist.

Und die Zwei-Staaten-Lösung? In Substanz ist sie die Legitimierung der nationalen Säuberungen des Zionismus und es ist nur konsequent, wenn einige ihrer israelischen Befürworter, die hierzulande als fortschrittlich und links gelten, den „Transfer“, d. h. die Deportation der mehr als eine Million zählenden Palästinenser mit israelischem Pass in einen zu schaffenden palästinensischen Staat fordern. Die Zwei-Staaten-Lösung – nimmt man einmal an, dass sie möglich wäre – ist als solche reaktionär. Doch ihr Hauptproblem liegt darin, dass Israel keinen souveränen palästinensischen Staat an seiner Seite akzeptieren will. Der Zionismus hat selbst mit Bantustans, wie sie Arafat angeboten wurden, keine Freude. Sollten die USA diese Israel aufzwingen, so werden die Zionisten diese früher oder später genauso wieder in Frage zu stellen versuchen.



palästinensische Widerstand. Die Definition der Titularnation(en) eines demokratischen Staates in Palästina sind Teil dieses Prozesses. Dabei ist klar, dass eine Titularnation die arabische ist, insofern sie die kolonisierte Nation ist. Ob es auch eine jüdisch-hebräische geben wird, hängt wesentlich davon ab, ob ein signifikanter Teil der ehemals kolonisierenden Bevölkerung mit dieser Mission bricht, sich vom Zionismus und Imperialismus abwendet und mit den

Historisch muss eines jedenfalls klar sein. Und Michel Warschawski, ein in Israel lebender Jude und antizionistischer Kämpfer, wird nicht müde darauf hinzuweisen: Israel schützt nicht die jüdische Existenz im Nahen Osten, es ist im Gegenteil deren größte Bedrohung. Mit Israel binden die Juden in Palästina ihre Existenz auf Gedeih und Verderb an den Imperialismus, gegen den die Araber einen nun schon über ein Jahrhundert andauernden Befreiungskampf füh-

ren. Nur wer an die Ewigkeit des Imperialismus und Kapitalismus glaubt, kann an der Mär des Schutzes der Juden in Palästina durch Israel festhalten. Warschawski hingegen bringt es auf den Punkt: Nur in Form eines gemeinsamen demokratischen Staates kann die jüdische Existenz über den Kapitalismus hinaus in Palästina gesichert werden.

Gern nimmt die KPÖ für ihre Umwandlung zu einem Teil der „Zivilgesellschaft“, die Gramsci als Vermittlungsinstitution der Kapitalistenklasse gegenüber den Volksmassen verstand, die kommunistische Tradition in Anspruch. Leider stimmt es, dass die UdSSR als erster Staat der Erde Israel anerkannte. Die KPÖ scheint auf dieses kolonialistische Verbrechen auch noch stolz zu sein. Dabei handelte sich keineswegs um kommunistische Tradition (man vergegenwärtige sich nur die radikal ablehnende Haltung Lenins zum Zionismus), sondern um totalen Verrat, der nicht nur die prosovjetschen Parteien in der arabischen Welt zur Randexistenz verurteilte, sondern den Kommunisten im Allgemeinen bis heute ein schweres Erbe hinterließ. Die Sowjetunion, die sich als Befreierin der unterdrückten Völker proklamiert hatte, machte sich zur Vorkämpferin eines rassistischen Siedlerkolonialismus, der unter Missachtung des Selbstbestimmungsrechts der arabischen Völker als Staat etabliert wurde. Nur der imperialistische Druck innerhalb der UNO (tragischerweise sekundiert von der UdSSR) ermöglichte die Zustimmung der „internationalen Gemeinschaft“ zum Teilungsplan, der von Israel nicht eingehalten wurde. Weitergehende Eroberungen Israels wurden in der Folge von der UNO abgesehen.

„Sensibilität gegenüber dem Antisemitismus“

Israel selbst, seine amerikanische Schutzmacht sowie die europäische linksliberale Mainstream-Ideologie nach 1989/1991 rechtfertigen den Zionismus mit dem Antisemitismus und belegen das mit dem Völkermord der Nazis an den Juden.

Es handelt sich dabei um eine

starke, eingängige Argumentation, welche die Mehrheit nicht nur der herrschenden Klassen, sondern auch der Intelligenz und der Mittelschichten der imperialistischen Länder erfasst hat. Doch das macht diese Ideologie um nichts richtiger, denn ein Unrecht darf nicht zur Rechtfertigung eines anderen herhalten.

Was ist der Grund für diese ideologische Dominanz des Zionismus weit über die politischen Eliten der westlichen Welt hinaus? Die Kampfideologie der USA war die Totalitarismusthese, die Faschismus und Kommunismus gleichsetzt und beiden den Markt als Garant der Freiheit des Individuums gegenüberstellt. Die Totalitarismustheorie ist mit der Kollektivschuldthese hinsichtlich des Faschismus gekoppelt, welche die Klassenaueinandersetzung in der Weimarer Republik verdecken, den kommunistischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus vergessen machen und den eigentlichen historischen Zweck des Faschismus, den Kampf gegen den Kommunismus, ausblenden will. Damit wird die Bourgeoisie als Herr des Faschismus freigesprochen und das gesamte deutsche Volk an den Pranger gestellt. Doch es gab in der Nutzbarkeit dieses Theorems einen politisch-konkreten Haken. Die deutsche Bourgeoisie, die wichtigste Stütze der USA in Europa, in deren neuen Staat Washington gegen die UdSSR die alte bürgerliche Nazi-Hierarchie im Wesentlichen wiederwertet hatte, wollte den Nationalsozialismus überhaupt nicht richtig verurteilen. Zudem förderte man still die Neonazis gegen die Linke.

Daher wurde die Kollektivschuldthese erst mit dem Niedergang der kommunistischen Bewegung und der UdSSR voll fruchtbar. Als Gegenthese zum als Inbegriff des Bösen mythologisierten „deutschen Volk“ entstand der zionistische Philosemitismus. Statt eine Geschichte der politisch artikulierten sozialen Konflikte zu sein, liest sich die Historie als vom totalitären Antisemitismus getrieben, gegen den nur die USA und Israel einen Schutzwall bilden könnten.

In einer in ungekanntem Elend

versinkenden Welt stellt sich der heftige soziale Kampf zwischen Arm und Reich als inter-nationaler Konflikt und nicht als Klassenkampf dar und muss in Ermangelung von Alternativen – die kommunistischen Emanzipationsbestrebungen scheinen auf der Erste gescheitert – an anti-aufkläre-



rischen Tendenzen anknüpfen. Er kann so keine Anziehungskraft auf die imperialistischen Mittelschichten entfalten, um so mehr als diese ihre Stellung zu bewahren versuchen.

Der Amerikanismus bietet sich in dieser Lage als Legitimation geradezu an. Er behauptet von sich Nachfahre der Aufklärung zu sein, die als Garant gegen den quasi-religiös verklärten Faschismus gilt. Dieser irrationale Inbegriff des Bösen wird um den Kommunismus zum Totalitarismus erweitert, dessen Keim bereits in jeder Form kollektiv politischen Handelns verborgen sei. Dem wird der Markt als Form der Demokratie gegenübergestellt. Am linken Flügel dieser Ideologie steht die Zivilgesellschaft als verewigter demokratischer Kapitalismus. Das ist die Ideologie, zu deren Sprachrohr sich die KPÖ macht.

Tatsächlich ist der Antisemitismus heute bis auf wenige Ausnahmen, nämlich dort wo die soziale Konstellation seines Entstehens zumindest teilweise wieder zurückgekehrt ist, namentlich in Russland, keine nennenswerte Gefahr, sondern ein ideologischer Restposten.

Der Antisemitismus entstand in Europa als „Sozialismus der Dummen“, wie es Bebel ausdrückte. Gegen die Arbeiterbewegung und den Sozialismus förderte die Bourgeoisie bzw. die mit ihr verbundenen alten Herrscherklassen wie der russische Zarismus den Antisemitismus

als ablenkende und schließlich auch mobilisatorische Ideologie gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung. Tiefpunkt dessen war der NS-Völkermord an den Juden mit dem gelungenen Ziel der Vernichtung des Kommunismus.

Möglich war das, weil die jüdische Bevölkerung eine besondere sozialkulturelle Struktur aufwies. Einerseits eine liberale, assimilierte, alteingesessene bürgerlich-kapitalistische Elite und andererseits eine gewaltige Zahl osteuropäischer armer deklassierter Juden, die durch die kapitalistische Verwüstung im Osten gen Westen zogen und kulturell dem Städtl entstammten. Diese Kombination eignete sich ausgezeichnet, um sozialchauvinistischen Hass auf Immigrantunterklassen (wie er heute gegen „Ausländer“ weitverbreitet ist) mit einem populistischen Antikapitalismus zu verbinden. So wurde der Antisemitismus nicht nur zur Leitideologie der Christlichsozialen, sondern auch die ehemals liberale deutschnationale Bourgeoisie bediente sich seiner, beide in Reaktion auf die aufsteigende Arbeiterbewegung.

Heute gibt es diese jüdischen Unterklassen in Europa kaum mehr. Der Nationalsozialismus vernichtete Millionen und durch den Aufstieg des Realsozialismus in Osteuropa wurde die soziale Lage der jüdischen Unterklassen nachhaltig verbessert und der Immigrationsstrom gestoppt. Aufgrund der Durchkapitalisierung der Welt haben sich die demografischen Schwerpunkte verschoben. Der Hauptmigrationsstrom nach Europa kommt heute aus der islamischen Welt. Darum ist der moderne sozialchauvinistische Hass auch, neben den Afrikanern, vor allem gegen Muslime und Araber gerichtet. Das ist der moderne Antisemitismus, doch fehlt ihm das Element des „Sozialismus der Dummen“.

Des demagogisch-antikapitalistischen Aspekts bedarf es nicht mehr, denn der Kommunismus stellt für die Bourgeoisie keine Gefahr mehr dar. Im Gegenteil, die Bourgeoisie bedarf der Immigration, während sie für die Unter- und Mittelklassen eine soziale Bedrohung bedeutet.

Der Antisemitismus wird also weder von unten noch von oben genährt und stellt in Europa keinen politischen Faktor dar – und wird es auch nicht mehr. Wenn die Bourgeoisie wieder Sündenböcke braucht, dann sind es die modernen Immigranten.

„Araber haben das Recht die Shoah zu leugnen“

Auch in der KPÖ gibt es einen zionistischen Flügel, der sich selbst als „antinationale“ bezeichnet. Für uns ist das jedoch eine Form des Rechtsradikalismus, insofern als es sich um einen vehementen antiarabischen Chauvinismus und Rassismus handelt, der den stärksten Imperialismus, die Herrschaft der USA, rechtfertigt. Wir halten zwar nicht viel von Dimitroffs Faschismusanalyse, aber wenn man in ihrem Sinn den „Faschismus als Herrschaft der reaktionärsten Teile des Finanzkapitals“ definiert (und das tut die offizielle KP-Doktrin), dann kann das nur die heute in den USA an der Macht befindliche Gruppe sein. Die offenen Apologeten dieses neuen Dimitroffschen Faschismus finden sich just in der eigenen Partei.

Diese werfen uns vor, wir räumten Arabern das Recht ein, den Völkermord an den Juden zu leugnen. Das ist schlicht unwahr: Wir haben uns in jeder nur erdenklichen Weise und bei jeder nur erdenklichen Gelegenheit gegen geschichtsrevisionistische Ansichten ausgesprochen. Der Kampf gegen den Faschismus war ein Kampf gegen den imperialistischen Kapitalismus, ein Kampf, der sich damals gegen den deutschen Nationalsozialismus und heute gegen den Amerikanismus richtet. Wir Antiimperialisten sind es, die das Erbe des kommunistischen Antifaschismus verteidigen, das von der KPÖ so schändlich in den Dreck gezogen wird.

Wir haben aber immer darauf hingewiesen haben, dass die Araber keinerlei Verantwortung für den Holocaust tragen und es in der arabischen Welt keinen Antisemitismus gibt. Denn dieser ist ein politisch-soziales Phänomen Europas und dafür wurde dieser Begriff geprägt. Die arabische Welt ist hingegen vom Befreiungskampf gegen Imperialismus und Zionismus geprägt. In diesem zweifelten Kampf werden teilweise antisemitische Ideologeme übernommen. Das lehnen wir ab und bekämpfen wir, aber dies tut dem organisch fortschrittlichen (weil antiimperialistischen) Charakter der arabischen Nationalbewegung keinerlei Abbruch. Der europäische Antisemitismus war eine pro-imperialistische Bewegung, die arabische Nationalbewegung ist antiimperialistisch. Einen größeren Gegensatz könnte es nicht geben. Entscheidend bleiben die hinter der Erscheinungsform liegenden politisch-sozialen Inhalte einer Bewegung.

„Der Feind meines Feindes ist mein Freund“

Auch in diesem billigen Argument liegt das Grundproblem im oberflächlichen Verständnis von geschichtlichen Phänomenen. Von einer marxistischen Analyse, die vom Standpunkt der Totalität ausgeht und sich von dieser zur Erklärung der Einzelphänomene vorarbeitet, kann nicht die Rede sein.

Unser Ausgangspunkt ist keines-

wegs die Formel vom „Feind meines Feindes“, sondern eine konkrete Analyse einer konkreten globalen gesellschaftlichen kapitalistischen Wirklichkeit. Der heutige Kapitalismus zeichnet sich durch die alles beherrschende Rolle des us-Imperialismus aus, der die anderen Imperialismen als untergeordnete Partner integriert hat und die einstmals dominanten antagonistischen Widersprüche zwischen den imperialistischen Mächten so weit reduzieren konnte, dass sie eine Einheit – trotz Differenzen – gegen die Hauptbedrohung für den Imperialismus und damit den Kapitalismus, nämlich die Rebellion der verarmten Milliardenmassen der Peripherie, ermöglicht.

Der heutige Hauptwiderspruch im kapitalistischen System ist jener zwischen diesen Milliardenmassen und der imperialistischen Bourgeoisie. Es handelt sich um einen Klassenkonflikt, der internationale Form angenommen hat und daher mit dem nationalen Konflikt untrennbar verbunden ist.

Konflikte zwischen dem Imperialismus und Kräften aus der Peripherie tendieren, wenn sie sich verschärfen, dazu, die zwei Hauptkräfte auf das Schlachtfeld der Geschichte zu führen. Selbst wenn sich die Konflikte um ein Regime wie jenes von Saddam Hussein drehen, steht doch in letzter Instanz jener historische Klassenkonflikt, wie in Marx beschrieb, dahinter.

Abstrakt, für sich genommen, mögen die Versuche verschiedener bürgerliche Regimes der Peripherie, ihren Anteil am kapitalistischen System zu erhöhen, keinen progressiven Charakter haben, doch tendiert jeder dieser Konflikte dazu, die verarmten Unterklassen zu mobilisieren, sie zu organisieren und zu politisieren. Nichts anderes ist heute im Irak der Fall.

Indem wir uns an die Seite der Palästinenser, der Iraker oder sonstiger gegen den Imperialismus kämpfender oder zumindest Widerstand leistender Bewegungen, Parteien oder Staaten stellen, unterstützen wir jene Klassen, die den Kern eines glo-

balen neuen revolutionären Subjekts darstellen, die „Verdamnten dieser Erde“, wie sie Frantz Fanon nannte.

Aber warum sind wir dann nicht ausschließlich nur auf der Seite des Volkes, sondern auch auf jener des Irak als ganzes, eines Begriffs, der auch den ba'athistischen Staat mit einschließt? Weil das „Volk“ ohne politische Konkretisierung ein abstrakter Begriff bleibt. Das Volk wird durch konkrete politische Kräfte repräsentiert, die von Fall zu Fall bestimmt werden müssen. Aber zu behaupten, gleichzeitig gegen die us-Militärmaschine und den irakischen Staatsapparat für die „Interessen des Volkes“ vorgehen zu wollen, kann nur als lächerlich bezeichnet werden. Wer die Interessen der Volksmassen verteidigen will, muss zu aller erst die amerikanische Aggression bekämpfen.

Wir folgen nicht dem Prinzip vom Feind meines Feindes, sondern wir stehen prinzipiell auf der Seite der Unterdrückten und Ausgebeuteten dieser Welt. Wer dies wie die KPÖ ablehnt, weil ihm die konkreten politischen Formen dieses Kampfes nicht zu Gesicht stehen, ist im besten Fall ein arroganter Snob. Politisch steht er auf der Seite des Imperialismus. In dem die KPÖ den von den USA eingesetzten Übergangsrat im Irak unterstützt, hat sie sich objektiv in die imperialistische Front eingegliedert.

„Unterstützung nationalistischer Regimes“

Es ist eigentlich lächerlich und schändlich, dass wir der KPÖ erklären müssen, warum man in kolonialen Konflikten nicht neutral sein kann. Die Sowjetunion unter Stalin und seinen Nachfolgern war es, die den Block, ja die Unterordnung unter jene nationalen Bourgeoisien zur grundlegenden Strategie erhoben hatte und die revolutionären antikapitalistischen Kräfte, die nach dem Vorbild des Oktobers, Jugoslawiens, Chinas oder Kubas zum Sozialismus vorwärts schreiten wollten, mit allen Mitteln – auch der physischen Vernichtung – bekämpften.

Und es stimmt, diese Politik hat in allen Fällen zum Desaster geführt:

vom Irak über den Iran, nach Chile oder Indonesien. Überall trägt die KP wesentliche Mitverantwortung für das Abschichten von oft Millionen Kommunisten durch den Gegenschlag der Bourgeoisie, sei es durch die offen pro-imperialistische oder auch die antiimperialistische. Denn die KPen waren es, die nicht in die mögliche präventive Offensive gehen wollten.

Statt die Lehren aus diesen Fehlern zu ziehen, verschlimmern sie die KPen noch. Überall dort wo sich – anfangs mit ihrer Hilfe – reaktionäre, aber doch antiimperialistische Regimes etablieren oder auch halten haben können, wie beispielsweise im Irak oder im Iran, schreien sie ausschließlich nach „Demokratie“ und bezeichnen die Regimes als „faschistisch“ – was indirekt heißt, dass der „demokratische“ Imperialismus das kleinere Übel wäre. So war es jedenfalls bei der KP-Irak, die von der KPÖ immer unterstützt wurde und so ist es auch bei der iranischen Tudeh-Partei.

Das grundlegende Problem der Baier-Graber-Traditionslinie ist, dass für sie der Motor der Geschichte immer die Bourgeoisie blieb. Sei es nun in Form der nachträglich bejammerten Unterordnung unter die sich gegen den Imperialismus stellenden nationalen Bourgeoisien der Peripherie oder heute – noch schlimmer – die „demokratische, humanitäre“, imperialistische Bourgeoisie in Form der Zi-

vilgesellschaft, die die Globalisierung von unten wünscht und mit Toni Negri die Zertrümmerung der nationalen Souveränität der peripheren Staaten als Fortschritt feiert.

Dass die Definition, welche Kräfte bürgerlich und welche antikapitalistisch sind, nicht in der positivistischen Sowjetsoziologie durchgeführt werden kann, zeigt das kubanische Beispiel. Während die proletarische KP die proamerikanische Diktatur Batistas unterstützte, weil es ihr aus Moskau im Sinne der Chruschtschowschen Entspannung so diktiert wurde, machte das radikale Bürgertum um Castro die sozialistische Revolution.

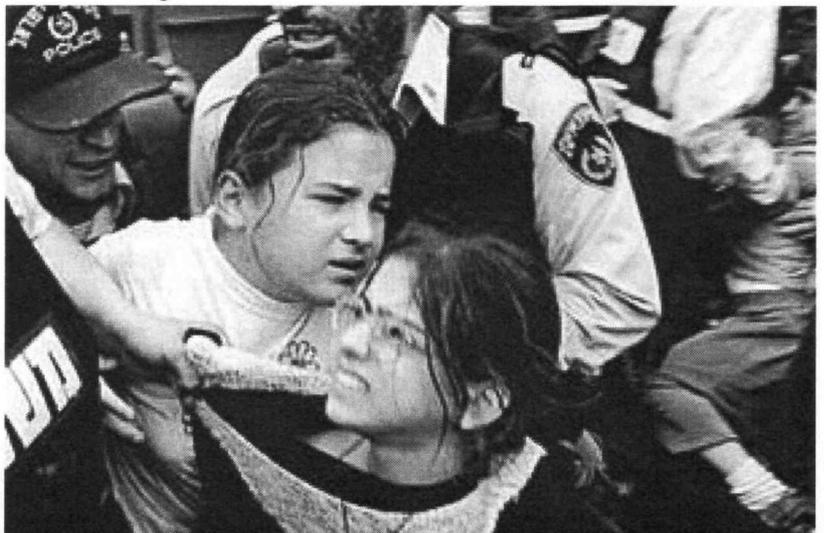
Heute kann diese Verwechslung aber glücklicherweise nicht mehr stattfinden. Die KP-Irak und ihr österreichischer Partner sind durch die Unterstützung des Übergangsrates auf der Seite des Imperialismus. Da kann auch der Fehler „nationalistische Regimes“ unterstützt zu haben, gar nicht mehr passieren und so ist man in der westlichen „Zivilgesellschaft“ wohl aufgehoben, die unter dem Schutz der amerikanischen Militärmacht vor unzensurierter Islamisten und hinter jeder Ecke lauenden Terroristen in der Toskana Wein und Kaviar genießen und dabei über die Gefahren der Globalisierung schwadronieren kann.

Willi Langthaler

Antiimperialistische Koordination

22. September 2003

1 Siehe www.antiimperialista.org



Israels „neue Historiker“

In den 90er Jahren wurde eine Reihe israelischer Historiker auch in Nordamerika und Europa bekannt dadurch, dass sie die „offizielle“ Version israelischer Geschichtsschreibung in einer Reihe von Aspekten in Frage stellten. Größtenteils bestätigen sie in ihren Arbeiten die Forschungsergebnisse, die Historiker in anderen Ländern schon vor Jahrzehnten vorgestellt haben.

Von der Rechtfertigung zur Wissenschaft

Die ersten Autoren, die sich mit der Geschichte der zionistischen Bewegung befassten, waren keine Historiker, sondern Aktivisten dieser Bewegung, die Geschichten des Judentums und zionistischer Organisationen verfassten. Erst Anfang der 60er Jahre etablierte sich in Israel die Geschichtsschreibung der zionistischen Besiedlung, des *Yishuv*, in universitärem Rahmen. Den Anstoß dazu gab u. a. die Öffnung britischer Archive, Dokumente zur britischen Kolonialherrschaft wurden zugänglich.

Israelische Politiker und Parteien beeinflussten die Historiografie durch Veröffentlichungen von Autobiografien und Unterstützung bestimmter Historiker. Der Großteil der Forschung stützte sich auf mündliche Zeugnisse von Protagonisten der zionistischen Bewegung, die kaum durch schriftliches Material gestützt wurden. Dies wurde damit gerechtfertigt, dass „Untergrundbewegungen“ wie der Zionismus zur Zeit des britischen Mandats naturgemäß kaum schriftliche Dokumente hinterließen, doch tatsächlich ist kaum eine „Untergrundbewegung“ des 20. Jahrhunderts so gut dokumentiert wie der Zionismus. Die Verfügbarkeit von Zeitzeugen ersparte mühsame Archivarbeit und der Wettbewerb förderte das Genre der journalistischen Recherche. Diese akademische Tradition lebt selbstverständlich bis heute fort.

Viele Publikationen genügten

grundlegenden wissenschaftlichen Standards nicht, so wurde etwa auf Grundlage zensurierter, veröffentlichter Materialien gearbeitet anstatt mit den Originalen in Archiven, selbst wenn diese zugänglich waren. Ein Beispiel dafür ist die Diskussion der Pläne zur ethnischen Säuberung Palästinas in den Führungsgremien der zionistischen Organisationen in Europa und Palästina. In veröffentlichten Protokollen und Tagebüchern etc. konnten israelische Historiker keine Hinweise darauf finden und schlossen daraus, dass es keine Pläne für den „Transfer“, d. h. ethnische Säuberung, gab. Die Hinweise auf die entsprechenden Diskussionen der zionistischen Führung waren jedoch schlicht vor der Veröffentlichung zensuriert worden.

Was heute „oral history“ genannt wurde, bildete die Grundlage vieler Arbeiten, doch mit Aussagen von Zeitzeugen wurde nicht sorgfältig gearbeitet, Widersprüche bewusst ausgeblendet. Palästinensische Narrative wurden vollkommen ignoriert. So wird bis heute der Mythos gepflegt, die palästinensischen Notablen hätten die arabische Bevölkerung über Rundfunk und in Flugblättern zur Massenflucht aufgefordert, obwohl diese Behauptungen ernsthafter Forschung nicht standhalten können.

Neue Entwicklungen nach 1967

Der Eichmann-Prozess 1961 stellte ein Thema zur öffentlichen Diskussion, das bis dahin in Israel weitgehend tabu war: den Holocaust. Kommunisten, andere linke Organisationen und orthodoxe Juden hatten die zionistische Führung schon lange wegen ihrer Haltung während des Massenmords an den Juden Europas angegriffen, hatten ihr mangelndes Engagement zur Rettung, Appeasement-Politik gegenüber dem deutschen Faschismus und selbst Kollaboration mit dem Nazi-Regime (besonders in den 30er Jahren) vorgeworfen. Daneben wurde die Rolle der Judenräte (die von den Nazis geschaf-

fene Struktur in den Ghettos und Lagern) diskutiert. In einem Punkt waren sich Zionisten und Antisemiten einig gewesen: dass Juden nicht in Europa leben sollten. Wichtige Vertreter der zionistischen Führung hielten an der Priorität des Aufbaus eines zionistischen Gemeinwesens in Palästina gegenüber der Rettung von Juden aus Europa fest: „Die Katastrophe der europäischen Juden ist nicht direkt meine Angelegenheit“, sagte David Ben-Gurion.¹

„Sollten wir jedem helfen, ungeachtet der Qualität der Menschen? Sollten wir dieser Aktivität nicht einen zionistischen, nationalen Charakter geben? Natürlich ist es grausam, die Frage so zu stellen, aber leider müssen wir festhalten, dass wenn wir nur zehntausend von fünfzigtausend Menschen, die zum Aufbau des Landes [Israel] beitragen können, zu retten vermögen anstatt einer Million Juden, die eine Last oder bestenfalls passive Elemente sein werden, wir uns Zurückhaltung auferlegen und die zehntausend von den fünfzigtausend retten müssen – trotz der Anklagen und des Flehens der Million. Es ist tröstlich, dass wir dieses Prinzip nicht hundertprozentig anwenden werden können und dass die Million auch etwas bekommt – doch wir müssen dafür sorgen, dass sie nicht zu viel bekommt“, heißt es in einem internen Memorandum der Jewish Agency von Anfang 1943 über die Rettung von Juden vor der Vernichtung.²

Das wichtigste Thema der „Revisionisten“, wie die „neuen Historiker“ Israels auch genannt werden, ist jedoch nicht der Holocaust und das zionistische Selbstverständnis, sondern die Gründung des Staats Israel und die Katastrophe der Palästinenser: die Vertreibung und die Massaker.

Der Krieg von 1967 hatte eine ernsthaftere Beschäftigung mit „den Arabern“ zur Folge. Die zionistische Führung hatte vor der Staatsgründung angenommen, dass die Zukunft

der jüdischen Siedler in Palästina in London und Genf entschieden würde (und darin hatte sie nicht geirrt). Die Palästinenser und die arabischen Nachbarstaaten waren bislang ein Randthema im zionistischen Selbstverständnis und in der israelischen Geschichtsschreibung gewesen.

Die „neuen Historiker“

Einige Strömungen innerhalb der zionistischen Bewegung, wie etwa *ha-Shomer ha-Tsa'ir* (Junger Wächter) bildeten dabei Ausnahmen. Simcha Flapan, einer der Pioniere der „neuen Historiker“, hatte dem *Shomer* nahe gestanden, kritisierte aber die Heuchelei in dieser Frage, die Kluft zwischen Theorie und Praxis: Letztlich hatte das nationalistische, zionistische Projekt stets Vorrang gegenüber der sozialistischen Rhetorik.

Völlig unhaltbare Fälschungen und Konstrukte der israelischen Propaganda wurden revidiert – was wütende Reaktionen bei Kollegen und in der Öffentlichkeit auslöste; schließlich fanden die „Erkenntnisse“ der neuen Historiker teilweise Eingang in den Mainstream, z. B. wurden einige der Mythen, die sie widerlegten, aus israelischen Schulbüchern getilgt.

In ihren Methoden unterscheiden sich die „neuen Historiker“ nicht von ihren Vorgängern oder anderen israelischen Historikern. Bei der Betrachtung einiger historischer Ereignisse fordern sie bloß wissenschaftliche Kriterien ein, die eigentlich selbstverständlich sein sollten: seriöser Umgang mit Archivmaterial und Zeitzeugen etc. Rechtsgerichtete Kritiker der „neuen Historiker“ werfen einigen von ihnen vor „unwissenschaftlich“ zu arbeiten, da sich ihre Erkenntnisse angeblich v. a. auf oral history stützten – ein Angriff, der einerseits moderne Methoden der Geschichtswissenschaft abqualifiziert und sich andererseits nur gegen unliebsame Ergebnisse, die von solchen Methoden gestützt werden, richtet – denn schließlich stützt sich das traditionelle zionistische Geschichtsbild vor allem auf ausgewählte Zeitzeugen und nationale Mythen.

In einigen Aspekten konnten

auch die „neuen Historiker“ die akademischen Mängel ihrer Vorgänger nicht überwinden. Auch ihre Arbeiten sind durch eher journalistischen Stil, selektive Bearbeitung von Material aus britischen und israelischen Archiven sowie völliger Ignoranz arabischer Quellen gekennzeichnet. Mit einigem Abstand betrachtet unterscheiden sich ihre „Erkenntnisse“ historischer Ereignisse nicht von dem, was arabische Historiker schon seit Jahrzehnten schreiben – nur haben diese keine Stimme, weder im Westen noch in der israelischen Gesellschaft.

Den Hintergrund für das Phänomen der „neuen Historiker“ bilden die mit neoliberalen Reformen einhergehenden Auflösungstendenzen der israelischen Gesellschaft, die noch bis Anfang der 90er Jahre sehr stark korporatistisch geprägt war – eine „Privatisierung“ und damit eine Diversifikation der Geschichtsschreibung setzte ein.

Ein weiterer Anstoß war das Entstehen einer linksradikalen Strömung in Israel (der trotzkistische *Matspen*), die im Gegensatz zur kommunistischen Partei Israels (die an der Staatsgründung mitgewirkt hatte und in das zionistische Projekt integriert wurde) eine marxistische Analyse des Nahostkonflikts lieferte und die palästinensische Nationalbewegung als antikoloniale Befreiungsbewegung begriff. Weiters forderten sie eine Ende der Diskriminierung der Juden, die aus den arabischen Staaten eingewandert waren, durch das europäisch bzw. us-amerikanisch geprägte Establishment und die Gleichberechtigung der Palästinenser mit israelischer Staatsbürgerschaft. Einige der „neuen Historiker“ wie Ilan Pappé wurden von dieser marxistischen Strömung geprägt.

Der bekannteste Vertreter der „neuen Historiker“ ist Benny Morris, und er ist in mehrfacher Hinsicht ein typischer Vertreter dieser heterogenen Gruppe. Wie die meisten Vertreter dieser Strömung studierte er in Großbritannien und ist von der liberalen akademischen Tradition von Oxford und Cambridge

geprägt. Die ersten Werke der meisten „neuen Historiker“ erschienen in der Regel auf Englisch und wurden erst später ins Hebräische übersetzt. Zu den eigentlichen Historikern gesellten sich kritische Soziologen wie Baruch Kimmerling und Aktivisten der Friedensbewegung: die Sprachwissenschaftlerin Tanya Reinhart, der ehemalige Vizebürgermeister von Jerusalem Meron Benvenisti und einige Journalisten.

Zurück zur Rechtfertigung

Wie unterschiedlich die Schlussfolgerungen dieser Wissenschaftler sind, zeigt sich an einer Diskussion, die im britischen *Guardian* zwischen zwei „neuen Historikern“ aus Israel geführt wurde. Benny Morris (der den Begriff „neue Historiker“ prägte und sich als Führer dieser Strömung versteht) holte unter dem Titel „Friede? Keine Chance“ zu einem Rundumschlag gegen Palästinenser und Araber im Allgemeinen aus. Seine Verurteilung der palästinensischen Nationalbewegung reicht vom Aufstand gegen die britische Kolonialherrschaft in den 30er Jahren bis zu Arafat heute, den er als „unverbesserlichen Lügner“ beschimpft. Er wiederholt dabei die Propaganda-Phrasen, Arafat hätte schon 1978–1979 israelische Friedensangebote und später das „großzügige Angebot“ von Echud Barak in Camp David 2000 abgelehnt.³ Er macht die palästinensische Bevölkerung und die palästinensische Führung für ihre eigene Enteignung, Vertreibung und Ermordung verantwortlich und verwechselt Frieden mit Unterwerfung. Dazu passt auch, dass er die Palästinenser mit israelischer Staatsbürgerschaft – die rund zwanzig Prozent der israelischen Bevölkerung ausmacht – „eine zunehmend lautstarke, pro-palästinensische, aufständische Zeitbombe“ nennt. Benny Morris, der bis dato als fortschrittlich, links oder zumindest liberal galt, kommt zu dem Schluss: „Wenn [Ben Gurion] ganze Arbeit [d. h. vollständigen ‚Transfer‘] geleistet hätte, wäre der Nahe Osten heute wohl ein besserer, weniger gewalttätiger Ort, mit

Fortsetzung auf Seite 46

Edward Said

1935-2003 und darüber hinaus

Am 25. September dieses Jahres ist Edward Said gestorben. Sein Leben widmete er dem Kampf gegen Imperialismus und der Befreiung Palästinas. Durch seine kulturtheoretischen Werke zur Imperialismuskritik legte er das Fundament der „postcolonial studies“, durch seine aktive Mitarbeit in der palästinensischen Politik sowie zahlreichen Publikationen zu diesem Thema war er ein wichtiger Kämpfer für die Rechte Palästinas.

1935 wurde Said in Jerusalem geboren. 1947 floh seine Familie nach Kairo, wo er den größten Teil seiner Kindheit verbrachte. Von seiner Schulzeit an lebte er in Amerika. Seit 1963 lehrte Said englische und vergleichende Literaturwissenschaft an der Columbia-Universität. Nach dem Krieg 1967 begann er sich als „Arafats Mann in New York“ zu engagieren. Von 1977 bis zum Osloer Friedensvertrag 1991 war Said Mitglied des Palästinensischen Nationalrates.

Imperialismuskritik

In seiner Theorie geht er vom Foucaultschen diskurstheoretischen Ansatz aus: Diskurse schaffen „Wahrheit“. Es kann aber nicht jeder subjektiv eine eigene Erzählung entwickeln und damit einen Diskurs prägen, sondern alleine die Herrschenden sind in der Position, dass ihre Erzählungen als hegemonial von der Gesellschaft akzeptiert werden. „Wahrheit“ ist also durch Macht erzeugt. So bestimmen die westlichen Imperialisten auch das Bild über den Orient sowohl im Westen als auch im Orient selbst, denn in beiden Gesellschaften bestimmen sie den hegemonialen Diskurs. Saims Hauptwerke, die mit die Basis der kulturtheoretischen Auseinandersetzung mit Imperialismus und Kolonialismus legten, sind *Orientalism* (erschienen 1979) und *Culture and Imperialism* (1993). In diesen Werken beschreibt Said die Methode des Westens eine tiefsitzende Ideologie der Überlegenheit gegenüber dem Orient zu schaffen, um dessen Kolonialisierung, „Zivilisierung“ zu rechtfertigen. Mit der Herausbildung von Nationen im 19. Jahrhundert wird im Westen, ein es-

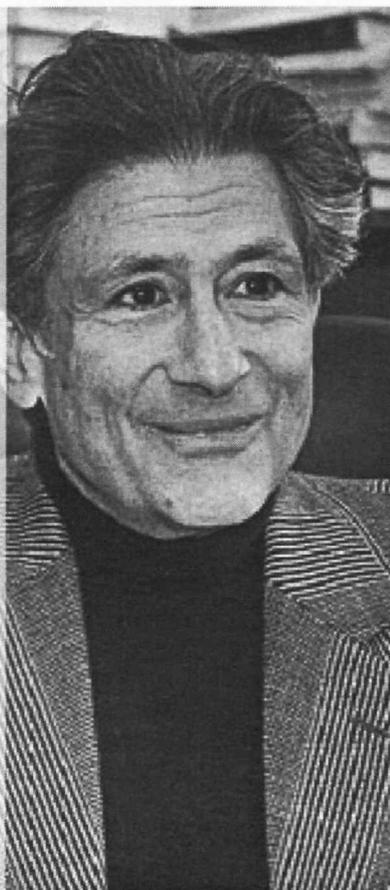
sentialistischer Kulturbegriff entwickelt – das Konstrukt, dass eine Kultur nicht im Austausch mit anderen Kulturen entstehe, sondern eine abgeschlossene Einheit bilde. Es wird ein „wir“ konstruiert, dass sich von „den Anderen“ abgrenzt. Es werden Traditionen erfunden, die sich unbeeinflusst von anderen Kulturkreisen entwickelt haben sollen. Das „wir“ wird mit positiven, „reifen“ Attributen belegt, das „Anderer“ mit ihrem Gegenteil, wie etwa Wildheit. Durch die Konstruktion des „wir“ und des „anderen“ werden unabhän-

gige Einheiten suggeriert. Schon dadurch, dass das „wir“ aber das „Anderer“ braucht um sich definieren zu können, wird die Paradoxie dieses Konstruktes sichtbar.

Die Schaffung einer unabhängigen westlichen Kultur ist notwendig, um eine Position der Überlegenheit gegenüber dem Nicht-Westen zu suggerieren, um die Kolonialisierung des Nicht-Westens rechtfertigen zu können. Dieses Bild der nicht-westlichen Kultur wird im Westen für die westliche Gesellschaft und die nicht-westlichen Gesellschaften geschaffen. Einerseits wird durch die Konstruktion der kulturellen Einheiten durch die Imperialisten die Position der Überlegenheit erzeugt, andererseits ist die Hegemonialisierung dieses Diskurses aber auch nur in der Position des Stärkeren möglich.

Demokratie, Aufklärung, Rationalität werden zu abstrakten und gleichzeitig westlichen Werten gemacht. Dies ist dadurch möglich, da der Westen sich als die Norm präsentieren kann und ihm die Definitionsmacht obliegt. Der Nicht-Westen muss, wie schon zuvor erwähnt, als die Verkörperung des Gegenteils dieser Werte dargestellt werden, damit die Imperialisten den Westen als überlegen definieren und den eigenen Machtanspruch legitimieren können. Der „Zivilisationsauftrag“ der Vereinigten Staaten oder früher der Kolonialmächte liegt nun darin, westliche – aber als allgemein definierte – Prinzipien den Kolonien aufzudrücken. Durch die Kolonialisierung wird die westliche Wissenschaft und Ideologie in ihre Kolonien und Neokolonien transportiert und von den jeweiligen Eliten übernommen.

Mittlerweile ist diese Theorie nicht mehr neu, sondern im Großen und Ganzen common sense. JedeR weiß, dass das von den Medien konstruierte Bild der „Terroristen“ zu hinterfragen ist. Gerade in der heutigen Zeit, in der das Feindbild des „Terroristen“ im Westen, ohne weite-



rer Information zu bedürfen, schon alleine Kriegsgrund ist, wird die Vergewärtigung der Entstehung und Bedingungen dieses Konstrukts aber immer wesentlicher. Was interessant bleibt ist, dass es sich hier nicht nur um einzelne Konstruktionen eines Feindbildes handelt, sondern die Konstruktion eines „Anderen“ erstens viel allgemeiner und zweitens essentielle Notwendigkeit für die Konstruktion der eigenen Kultur ist.

Saids politischer Kampf

Von 1977 bis 1991 war Said Mitglied des Palästinensischen Nationalrates. Aufgrund seiner scharfen Gegnerschaft zum Osloer Friedensabkommen und Arafats Rolle in den Friedensverhandlungen trat er aus diesem 1991 aus.

Nach seinem Ausscheiden aus dem Palästinensischen Nationalrat publizierte er zahlreiche Artikel sowohl gegen Oslo als auch gegen Arafat.¹ Dies brachte ihm zeitweise nicht nur das Verbot seiner Bücher in Israel, sondern auch in Palästina ein.

Mit dem Abkommen von Oslo wurde Arafat zum Lakaien Israels. Der größte Teil des Landes sowie Sicherheitsbelange, Grenzkontrollen und die Wasserversorgung wurde Israel überlassen. Die Autonomiebehörde sorgte dafür, dass in Palästina niemand gegen das Abkommen und Arafats Ausverkauf Widerstand leisten würde, indem er das Land autoritär regierte. Said vergleicht das israelische Verhältnis zur PLO mit dem der französischen und britischen Kolonialherren des 19. Jahrhundert gegenüber den afrikanischen Stammesführern, die für ihre Unterschrift gewisse Privilegien und eine Polizeistreitmacht aus Einheimischen bekamen.

In der Einleitung zu *Das Ende des Friedensprozesses* schreibt Said, dass es bei den Friedensverhandlungen in Oslo im Grunde darum ging, „die palästinensische Gesellschaft zu entpolitisieren und sie fest im Hauptstrom der Globalisierung im amerikanischen Stil zu verankern“.

Saids Angriffe beschränken sich aber nicht alleine auf Arafat. Auch die Hamas wird von ihm scharf ver-

urteilt. Er spricht ihr die Legitimität ab, sich als palästinensische Widerstandskraft zu bezeichnen und beschreibt die Selbstmordattentate als „barbarische Gewaltexzesse“. Interessant ist, dass er der Hamas im Vorwort zur deutschen Ausgabe, verfasst im Februar 2002, jegliches Recht abspricht sich als Widerstand zu bezeichnen, während er in einem Artikel in *al-Hayat* vom 1. Oktober 1995, übersetzt in *Das Ende des Friedensprozesses*, schreibt, dass seiner Meinung nach die Hamas und der Islamische Jihad zwar keine Alternative zur Autonomiebehörde darstellen, aber dennoch den Widerstand gegen die israelische Besatzung zum Ausdruck bringen.

Die einzig mögliche Kraft zur fortschrittlichen Veränderung sieht Said in einer langsam entstehenden säkularen und pazifistischen palästinensischen Zivilgesellschaft. Einen zentralen Stellenwert nehmen für ihn auch die in den Westen geflohenen Intellektuellen ein, die die Möglichkeit haben, den westlichen und den östlichen Kanon miteinander zu verbinden und aus diesem Dialog heraus neue Perspektiven zu entwickeln.

Widersprüche

Interessant ist, dass Said einerseits feststellt, dass der westliche Diskurs ein Mittel der Unterdrückung der Peripherie ist, andererseits aber in seinen Schriften zur praktischen Politik westlich links-liberale bis sogar imperialistische Pazifisierungen antiimperialistischer Kämpfe vorschlägt. Auch in seiner Beschreibung der Hamas folgt Said dieser westlichen Logik, ja sogar den Attributen, mit denen der Westen die Hamas beschreibt, beispielsweise, wenn er sie wörtlich als „barbarisch“ bezeichnet – ein Bild, das vom Westen geprägt wurde um die „Unzivilisierten“ zu beschreiben. Auch seine prinzipielle Kritik am Islamismus als Moment der politischen Bewegung hat für ihn keinen weiteren Erklärungsbedarf, da eine fortschrittliche Bewegung per definitionem säkular sein müsse. Dass die Forderung nach einer säkularen Bewegung aber im westlichen Kontext

entstanden ist und nicht ohne weitere Reflexion für den nahen Osten zu übernehmen ist, darauf wird, anders als in seinen theoretischen Schriften, in den Artikeln zur praktischen Politik nicht weiter eingegangen.

Seine Perspektiven laufen auf eine Reformierung des westlichen Diskurses hinaus. Dies schlägt er in zwei Versionen vor, die sich eigentlich widersprechen. Erstens sollen nicht-westliche Intellektuelle in einen Dialog mit dem Westen eintreten. Die konkreten Formen, wie sich die Zivilgesellschaft organisieren soll, sind aber säkulare Gewerkschaften und NGOs nach westlichem Vorbild. Um in diesen als verändernde Kraft wirken zu können, dürften diese aber – der diskurstheoretischen Logik Saids folgend – nicht mit westlich definierten Kategorien arbeiten, da sie sonst nur eine „multikulturelle“ oder „orientalische“ Schattierung des westlichen Diskurses darstellen würden. Dies lässt der westliche Diskurs ohnehin zu, da Schattierung nichts Wesentliches verändert, sondern in erster Linie dahinter steckende Interessen verschleiert. Der Hauptwiderspruch in Saids Lösungsansätzen scheint aber darin zu liegen, dass der westliche Diskurs per Definitionem nicht soweit reformierbar sein kann, dass sein imperialistisches Streben aufgegeben wird, da der Grund seines Bestehens auch, wie Said selbst schreibt, die Legitimierung der Herrschaft über den Nicht-Westen ist, er dieses Andere sowohl wirtschaftlich als auch kulturell zum Überleben benötigt.

Sonja Tschurlovits

¹ Eine Auswahl publizierter Artikel ist in „Das Ende des Friedensprozesses. Oslo und danach“ gesammelt.

„Ich lebe“

Ein Roman von Laila Baalabakki

Laila Baalabakkis Roman erschien 1958. Er sorgte in der arabischen Welt für einen Skandal und in der europäischen Welt für Erstaunen: Vergleiche mit Françoise Sagan lagen nahe und solche Literatur im weitentfernt-gedachten Orient zu finden, ließ aufhorchen. Die Ähnlichkeiten zur Frauenliteratur der 50er Jahre in Europa (da vor allem in Frankreich) sah man in den ähnlichen Charakteren, den ähnlich gewichteten Problemen, dem Versagen beziehungsweise Nicht-Lösen-Können dieser Probleme der Antiheldin des Romans. Im Nachkriegs-Europa löste das ein Auf-die-Schulter-Klopfen aus: „Wenn sie ähnliche Probleme wie wir haben, heißt das, dass unser Einfluss via imperialistischer Kulturimport funktioniert.“ (Nachwort, S. 282)

„Ich kämpfe“

Heute gelesen, scheint Baalabakkis Roman doch Unterschiede zur europäischen Literatur aufzuzeigen und klar auf die Region, auf den Postkolonialismus zugeschnitten zu sein. Und aktuell scheint der Roman allemal. Die Straßenbahn ist allerdings aus Beirut verschwunden, mit der Lina, die Protagonistin des Romans, immerzu flüchtet, hauptsächlich von der Familie. Die Straßenbahn ist es auch, die ihr zeigt, wie sie dem Leben ein Ende setzen könnte: Beim Passanten sah „der Hals des Toten aus wie der eines Schafes, das beim Schlachter hängt.“ (S. 158) Als sie gegen Ende des Buches, mit allem gescheitert, sich selbst vor die Straßenbahn werfen will, schrillt die Trillerpfeife eines Polizisten, und der Fahrer schreit ihr „Du Schlampe!“ zu.

Der Roman könnte auch „Ich kämpfe“ heißen, wobei es in der ersten Hälfte des Romans so aussieht, als würde Lina das erreichen, was sie Freiheit nennt. Als Zeichen zum Kampfauftritt werden zum Schock der Familie die Haare kurz geschnitten und eine Arbeit in einer Agentur angenommen. Befriedigend ist die

Arbeit nicht, weil unklar ist, was sie überhaupt zu tun hat, aber sie erhält damit zum ersten Mal Geld, das ihr nicht der Vater mit der Aufforderung vor die Füße wirft, sich etwas Schönes zum Anziehen zu kaufen. Das Geld, das sie verdient, reicht für die Einschreibgebühr an der Amerikanischen Universität, für die Straßenbahnfahrten und das tägliche Glas

Des Vaters Macht kann Lina bis zum Schluss nicht abschütteln. Als sie unentschlossen vorm Schaufenster steht und das Haute-Couture-Kleid aus Paris, das Mutter für sie reserviert hat, betrachtet, schnappt sie von Vorübergehenden den Jammer auf, über das Getreide, das im Land fehlt und die Bäckergeschäfte zum Schließen zwang. Lina krallt



Milchkaffee im Studentencafé „Uncle Sam“ – Lina hat weitgehendst ihre Freiheit erreicht. Das Geld reicht aber nicht für den gelben Designerpullover – am Heimweg im Schaufenster gesehen – dafür aber für die gelbe Wolle und Stricknadeln. Zum Grauen der Mutter und Staunen der Schwestern sitzt Lina jetzt abends im Wohnzimmer und strickt den Pullover nach. Nur vom Dienstmädchen erhält sie anerkennende Blicke. Die Schwestern: „Aber Vater kauft uns doch alles – sag nur ein Wort!“

Der allmächtige Vater, der sich nachts an der dicken, weil immer schwangeren jüdischen Nachbarin aufteilt, mit der er Fenster-Rendezvous hat, natürlich ohne Wissen der mageren nervösen Ehefrau, an der jedes Negligé traurig herunterhängt. Warum Lina auch nichts dabei findet, ihr diese wegzunehmen und selber zu tragen.

die Scheine in der Tasche zusammen, die im direkten Zusammenhang mit dem Getreide-Verschwinden stehen. Ihr Vater hat alle Getreidevorräte billig gekauft und an die Ägypter weiterverkauft, danach Getreide in Europa eingekauft, welches nächste Woche teuer auf den libanesischen Markt geworfen werden wird. Wieder ein Coup, der dem Vater gelungen ist und bei Abschluss des Geschäftes mit den Ägyptern wurde jeder Tochter eine ordentliche Summe aufs Sparbuch gelegt, von dem sie sich Kleidung und Schuhe zu kaufen haben, um bei den Gesellschaften repräsentieren zu können.

Die Parallelen zwischen 1957 und 2003 liegen auf der Hand: Es laufen genau dieselben Geschäfte heute ab, weshalb man im Libanon Chiquita-Bananen zu kaufen bekommt, obgleich es an libanesischen Bananen nicht mangelt, weshalb Schiffe mit

Mais im Hafen von Beirut entladen werden, obwohl für das kleine Land genug Mais angebaut wird.

Zerrissenheit gegenüber dem Westen

Der Roman spielt in der Zeit von Camille Chamoun, der von 1952 bis Juli 1958 regierte. In seiner Regierungszeit wurde Beirut zum führenden Kapitalmarkt im Nahen Osten. Er und seine Regierung anerkannten die Eisenhower-Doktrin, schlossen engen Kontakt mit Frankreich, Großbritannien und auch mit Israel. Trotz Drängens der arabischen Staaten während der Suez-Kanal-Krise brach der Libanon diese Verbindungen nicht ab. Innenpolitisch kam es Mitte 1958 zu Demonstrationen und schließlich bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Christen, Muslimen und Drusen. Ausschlaggebend war die wirtschaftliche Situation, welche die Christen stark begünstigte. Das ist der geschichtliche Hintergrund des Romans und macht die Zerrissenheit der Antiheldin gegenüber allem Westlichen klar. Einerseits lesen wir da „Hello. Ich kann Englisch nicht

(S.136), worauf er sich eine amerikanische Zigarette anzündet, wofür Lina ihn hasst, findet sie doch das Ritual des Zigarettdrehens, das sie im Café beobachtet, so faszinierend. Das Essen, das ihr zuhause aufgetischt wird, findet sie auch abscheulich: „Beefsteak mit Püree. ... wieso sollte ich dieses europäische Gericht lieber mögen als Maschtschi, Tabbūla und Kubba? Ich bin keine Europäerin.“ (S.68) Über die saudi-arabischen Studenten in der Mensa, die mit Messer und Gabel essen und auf englisch diskutieren, fragt sie sich, „wie lange die amerikanische Färbung wohl noch an ihnen haften wird.“ (S.107)

Andererseits ist Lina jeden Tag im „Uncle Sam“ und trinkt Milchkaffee. Die Freiheit, die sie meint, darüber sagt sie ihrem irakischen Freund Bahā: Die Freiheit „gehört den Männern, denen die Franzosen die Beine zerschossen haben, ...den Waisen, deren Väter von den Osmanen an der Säule am Platz der Märtyrer gehängt worden sind. ... Aber ich bemühe mich jetzt um eine andere Freiheit: die individuelle Freiheit, sie ist die Vollendung der anderen Freiheit!“



ausstehen. ... Als wäre dieser Mann, der sein ganzes Leben in einem arabischen Land verbracht hat, nicht in der Lage in unserer Sprache zu grüßen.“ (S.82) Auf Linas Frage, was denn das für ein Tabak sei, den junge Männer auf der Uni rauchten, antwortet der Vater verächtlich: „Das ist der Tabak, der bei uns angebaut wird.“

(S.160) Bahā, der die kommunistische Partei als einzige Rettung des Irak sieht, kontert ihr, dass sie in einer Märchenwelt lebe und noch viele Lektionen bräuchte, den Wert der Gemeinschaft zu erkennen. Er, dessen Volk „von den Peitschen der Imperialisten unterjocht“ wird, habe diesen Wert praktisch von Kindheit

an, schätzen gelernt, weshalb er wisse, dass sein Volk eine „kollektive, allumfassende Revolution“ brauche. (S.143 f) Über den Libanon sagt Bahā, das sei ein Land, das nur aus Widersprüchen bestehe, in dem es monatlich eine Regierungskrise gebe, ohne dass es jemand kümmert. Es ist auch das Land, in dem er das erste Mal Frauen sieht, die nicht „wandelnde Flaschen“ (S.137) waren, wie in dem Dorf im Irak, von wo er in den Libanon zum Studieren kam. Dass er Frauen nur als „Flaschen“ kennen lernen durfte, nicht aber als Menschen, da sei ihm, sagt Bahā, ein grundsätzliches Recht verwehrt worden.

Schwierigkeit des Frau-Seins

Lina dagegen hat ein anderes Problem: Lässt sie den oberen Knopf der Bluse offen, wenn sie außer Haus geht, oder schließt sie ihn? In der ersten Hälfte des Romans, als sie überhaupt zu allem entschlossen scheint, knöpft sie ihn fast immer auf, auch im Café, wenn sie alleine sitzt. Gegen Ende des Romans, als die Haare auch länger und länger werden, wird er meistens schnell wieder zugeknöpft, der Blusenknopf, wenn ihr ein Männerblick zu gereizt vorkommt. Schließlich machen ihr selbst die Beine Probleme: Soll sie sie nebeneinander stellen, übereinander? Auf den letzten Seiten des Buches empfindet Lina auch die Frage, ob sie zum Strand mitgehen wolle, als Schande. Als sie alles aufgegeben hat, Arbeit, Studium, versucht sie Bahā noch einmal für den Kampf gegen die Israelis anstatt für den Kommunismus zu begeistern, indem sie ein uneheliches Kind von ihm hier in Beirut haben will. Aber Kinder sind nichts als Parasiten, meint Bahā. Verächtlich zählt er auf, was Kinder alles machen und wie egozentrisch die sind, vor allem aber, dass sie einen von der revolutionären Tat abhalten und schließlich gilt für Bahā der Kommunismus als Lösung für alles – am Tag darauf, nachdem er ihr das gesagt hat, werden im Irak die Demonstrationen blutig niedergeschlagen und seine Genossen flüchten oder landen im Gefängnis. Lina fragte sich noch Tage zuvor, ob

die Aktion „dem Volk oder aber den arabischen Imperialisten von Nutzen sein wird.“ (S. 244)

Was war das eigentlich für eine Arbeit, die Lina hinwirft? Ihr Chef ist einer, der nach oben hin buckelt, in der amerikanischen Botschaft auf allen vieren kriecht, nach unten hin autoritär und zynisch waltet und bei jeder Gelegenheit auf Russland schimpft. Baalabakki selbst arbeitete einige Zeit als Sekretärin im libanesischen Parlament. Was sie in ihrem Buch beschreibt, das sind sicherlich Zustände, wie sie sie selbst als Sekretärin erlebt hat, auch wenn ihr expressionistischer Schreibstil besonders beim Thema Arbeit befremdlich und stark übertrieben wirkt. Da ist der Briefkasten, in den Mitarbeiter Beschwerden werfen können. Ihre Aufgabe ist es, den Briefkasten täglich zu kontrollieren, nicht zu lesen, denn natürlich, da ist nie ein Brief, eine Karte drinnen. Und als dann doch einmal ein Brief drinnen ist, sie zitternd damit zum Chef geht und auf dessen Explosion wartet, stellt sich schließlich raus, dass es ein Liebesbrief an sie ist. Vom Kollegen Walid. Walid arbeitet nachts an ihrem Schreibtisch, das erfährt sie nur zufällig, als sie etwas liegen gelassen hat und noch mal ins Büro fährt. Walid arbeitet nachts, weil er geheime Dokumente aus der Spionagearbeit übersetzt. Lina, die es moralisch unvertretbar findet, dass er sich so Geld verdient, kontert er mit der

Rechtfertigung, dass er kein Helden-Dasein fristen will, sondern Geld braucht für seinen Lebensstil. In Syrien, wo er geboren wurde, würde die Regierung mit anderen paktieren. Aber als Verräter fühlt er sich nicht, denn: „Solange der einzelne bei uns als ein Nichts gilt, können wir uns doch ruhig am imperialistischen Vermögen bereichern.“ (S. 67)

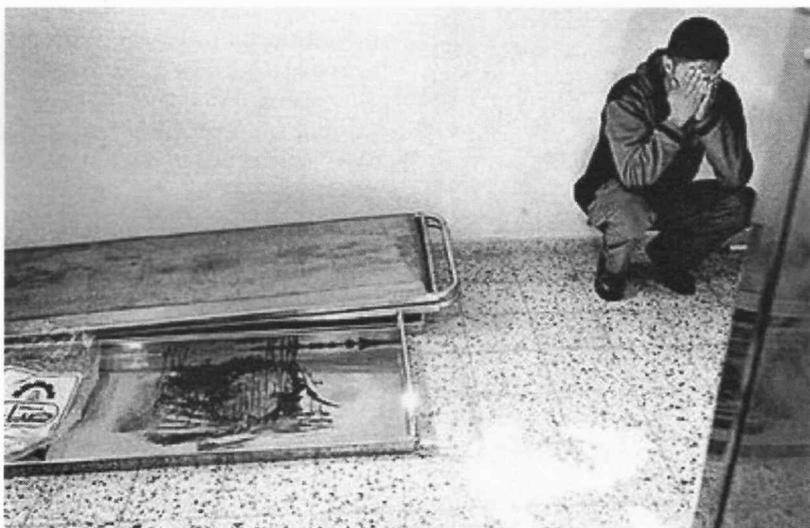
Über die Israelis sagt Lina, das sind „Verrückte, die der Wahnsinn der Naziherrschaft hervorgebracht hat“ und die jetzt ständig über Libanons Grenzen herfallen. (S. 192) Als sie auf der Uni etwas zum Nahost-Konflikt äußert, fährt ihr ein Student dazwischen und sagt, dass sie aufgrund ihrer guten Herkunft da gar nicht mitzureden hätte. „Das ist ein Kuwaiti. Ich glaube, der ist es nicht gewöhnt, dass eine Frau ihre Meinung zu Männerthemen äußert“, beruhigt sie eine Kollegin (S. 89). Vom Chef wird sie zum Flughafen geschickt, den UNO-Generalsekretär zu empfangen und ihn zur amerikanischen Botschaft zu begleiten. Es gibt wieder einen neuen amerikanischen Plan zum Nah-Ost-Konflikt, hört sie. Auch das ist etwas, das in der Aktualität geschrieben werden könnte. Und ebenso: „Der Begriff ‚Vakuum‘ wird häufig im Zusammenhang mit dem neuen amerikanischen Plan verwendet.“ (S. 95) Verträge, denkt Lina, werden immer zwischen dem Abschaum der Menschheit, also nur zwischen Imperialisten, egal welcher

Herkunft, getroffen, aber nicht unbedingt um eingehalten zu werden. Die Agentur, für die sie arbeitet, hilft den USA, Großbritannien und Frankreich solche Verträge auszuhandeln und unterstützt sie, wenn sie diese dann lieber doch nicht einhalten wollen. Die Kündigung versteht der Chef trotzdem nicht. Solange es die USA, Großbritannien und Frankreich sind, die sich das erlauben, kann er daran nichts Schlimmes sehen, das ist etwas ganz Anderes als mit den Syrern und den Russen.

Der Ladenbesitzer, die Maurer oder der Hausmeister, was die arbeiten, meint Lina, das ist Arbeit, die bauen sich eine glückliche Zukunft auf, aber sie interessiert die Zukunft nicht mehr. Sie findet die Gegenwart unerträglich und kann sich an Bahās revolutionären Gedanken für eine andere Zukunft nicht aufbauen. Am Ende des Romans will Lina nicht mehr raus aus ihrem Bett. Wofür auch? Sie hat ja alles aufgegeben, wofür sie gekämpft hat. Und die Straßenbahn, wissen wir heute, fährt irgendwann auch nicht mehr durch Beirut.

Sabeth Belhayan

Die Seitenangaben beziehen sich immer auf die Ausgabe des Romans beim Lenos Verlag 1994. Das Buch ist um € 16,- im Dreierpack mit Emily Nasrallahs „Das Pfand“ (Libanon) und Salwa Bakrs „Der Goldene Wagen fährt nicht zum Himmel“ (Ägypten), alle Lenos-Verlag, erhältlich.



Mai Masris Filme des Widerstandes

Frontiers of Dreams and Fears – Grenzen von Träumen und Furcht (Palästina 2001)

Children of Shatila – Die Kinder von Shatila (Palästina 1998)

Mit diesen beiden Filmen war die palästinensische Regisseurin Mai Masri am ersten arabischen Frauen-Film-Festival Ende Oktober 2003 in Wien vertreten. Zusammen mit „Children of Fire“ bilden die Filme eine Trilogie, die die Situation der Kinder und Jugendlichen im besetzten Palästina und im Flüchtlingslager Shatila im Libanon auf sehr eindrucksvolle Weise zeigt. Mai Masri, die in Nablus aufgewachsen ist und nun als Flüchtling im Libanon lebt, schildert das Leben unter den Bedingungen des Krieges und der Besatzung und das Leben als Vertriebene durch die Augen und Worte von Kindern und Jugendlichen. Es sind Kinder, deren Leben in mehrfacher Hinsicht von Grenzen eingeengt und beschnitten wird, die sie jedoch in Hinblick auf eine menschenwürdige Gegenwart und Zukunft mit einer Reife, Weisheit und Lebenserfahrung, die weit über ihr Kindsein hinausgehen, zu durchbrechen versuchen.

Mai Masri erklärt den Aspekt der Grenzen, die es niederzureißen gilt. Zuallererst bedeutet dies nicht unterzugehen im Elend der Lager oder unter der Besatzung und den tagtäglichen Beschränkungen, sondern das Potential und die menschlichen Fähigkeiten auch unter den widrigsten Umständen zu entwickeln. Die Kinder arbeiten selbstbewusst daran und in „Frontiers of Dreams and Fears“ nehmen zwei Mädchen – eines aus Shatila und eines aus dem Lager Dheisha im besetzten Palästina – über Internet Kontakt miteinander auf und demonstrieren sehr anschaulich, dass ihr Zugang zu Bildung und Medien nicht Selbstzweck oder Erfüllung individueller Träume

bedeutet, sondern ein Mittel dazu ist, Grenzen zu sprengen und ihre Situation zu verändern.

Wie ein roter Faden zieht sich der Gedanke der Rückkehr nach Palästina durch den Film und kommt schließlich eindrucksvoll und berührend zum Ausdruck, als es nach Abzug der israelischen Truppen aus dem Südlibanon am Grenzzaun zu Israel zu einem Treffen der Menschen aus Shatila und Palästina kommt – Berührungen, Austausch von Geschenken und Worten und ein wenig Erde von palästinensischer Seite als Symbol für die Träume der Flüchtlinge.

Im Gespräch betont Mai Masri, dass das Recht auf Rückkehr ein unveräußerliches Recht der Palästinenser ist und es ist ihr gelungen, diesen wesentlichen Eckpunkt jeglicher Lösung des Konflikts in beiden Filmen zu vermitteln. Sie sagt es auch mit den Worten einer Jugendlichen in „Children of Shatila“, der es gelingt, die Enge des Flüchtlingslagers hinter sich zu lassen und eine gute Ausbildung in England zu bekommen. Nicht das neue, materiell bessere Leben lockt, sondern es bleiben der Traum, die erworbenen Fähigkeiten dort einzusetzen, wo man es selber möchte, und die Erfahrung, dass das Wort „reisen“ zu einem Wort ge-

worden ist, das man als Flüchtling zu hassen gelernt hat.

Mai Masris Filme sind Filme des Widerstands, weil sie das Potential zeigen, das Kinder und Menschen sich bewahren können, wenn sie an ihren Träumen und Zielen von der Verwirklichung ihrer Menschenwürde festhalten. Es sind auch Filme des Widerstands, weil ihre Realisierung bedeutete, dass einige Kinder zeitweilig festgenommen wurden, ein Großvater eines Mädchens erschossen und die Regisseurin im Bein angeschossen wurde und es die Filme trotzdem gibt. Nicht zuletzt sind sie engagiertes politisches Kino, das nach den Worten Mai Masris eine weitere Grenze durchbrechen soll – die zur internationalen Öffentlichkeit. Das Unrecht wird in so starken Bildern vermittelt, dass für die Menschen, die die Filme sehen, Millionen von Flüchtlingen nicht mehr Zahlen bleiben, sondern Menschen sind, denen unsere Unterstützung und Solidarität gelten muss.

Es bleibt mir eigentlich nur ein Danke an die mutigen Kinder und die Regisseurin und die Hoffnung, dass sie möglichst viele Grenzen niederreißen.

Elisabeth Lindner-Riegler



Eric Laurent:

Die neue Welt des George W. Bush

Nach dem Bestseller „Die Kriege der Familie Bush“ hat Eric Laurent eine weitere Breitseite gegen den US-Präsidenten George W. Bush abgefeuert. Die neue und „gute“ Welt der Ultrakonservativen, die der französische Journalist aufdeckt, erzeugt beim Leser eine Gänsehaut. Abgründe tun sich auf, wenn man die politischen Verbindungen, die Machen- und Seilschaften und die reaktionäre Ideologie vor Augen geführt bekommt, die diese Männerriege zusammenschweißt. Dass zu diesem verschworenen Klub auch die schwarze Sicherheitsberaterin Condoleeza Rice gehört, ist die berühmte Ausnahme, welche die Regel bestätigt. Vielleicht kann das eine oder andere als überzeichnet oder als verschwörungstheoretisch angehaucht abgetan werden, aber es bleibt dennoch viel Skandalträchtiges.

Im Vergleich zur Regierung von George W. Bush waren die Vorgänger-Regierungen unter Ronald Reagan und George Bush sen. ein Ausbund von Liberalität. Die Administration von Bush jun. wird vom extrem rechten Flügel der Republikanischen Partei beherrscht. Und an ihrer Spitze steht ein „wiedergeborener Christ“, dessen Ansichten über gesellschaftspolitische Fragen nur als extremistisch bezeichnet werden können. In ihm koinzidieren christlicher Fundamentalismus und gesellschaftspolitisch reaktionäres Gedankengut. Seine Mannschaft hat geradezu ein „inestuöses“ Verhältnis zur Rüstungsindustrie und ist bereit, die gesamte Militärmacht der USA gegen seine „Feinde“ einzusetzen. „Die wichtigsten Personen im Pentagon oder im Weißen Haus haben alle eine Vergangenheit, die mit dem militärisch-industriellen Komplex des Landes im Zusammenhang steht.“ David Frum, der Redenschreiber Bushs, beschreibt die Gedankenwelt von Bush jun. wie folgt: „Um Bushs Weißes Haus zu verstehen, müssen sie die Macht dieses Glaubens kennen.“ Es finden re-

gelmäßig Bibelrunden statt, und vor jeder Kabinettsitzung muss reihum jemand ein Gebet sprechen. Im Angesicht des Überfalls auf den Irak ein besonders makaberes Schauspiel.

Der Autor zeigt die Entwicklungswege der führenden Repräsentanten der Bush-Administration und die „Karriere“ von Bush jun. auf. Alle haben engste Beziehungen zur Rüstungs- und Großindustrie. Auch der Einfluss der diversen christlichen „Starprediger“, die sonntäglich ein Millionenpublikum erreichen, ist gravierend. Das Frappierende an der Bush-Regierung ist, dass sie von einer Koalition christlicher Fundamentalisten und jüdischer Interessensverbände intellektuell getragen wird, obwohl der größte Teil der christlichen Fundamentalisten antisemitische und antijüdische Ressentiments äußern. „Diese Christen unterstützen die Juden, um sie abschaffen zu können.“ Diese merkwürdige Allianz begann mit der Machtübernahme von Ministerpräsident Menachem Begin 1977 in Israel. Die beliebtesten Politiker bei der christlichen Rechten sind Binyamin Netanyahu und Ariel Sharon. Beide besuchen bei ihren USA-Reisen immer zuerst diese Gruppen, auf deren Unterstützung Verlass ist. Ebenso wie auf Tom De Lay, den Chef der Republikaner im Abgeordnetenhaus, der ein fundamentalistischer Christ ist und alles, was die israelische Regierung tut, gut heißt. Selbst in Israel wird heftige Kritik an der Politik Sharons geübt, nicht so von den christlichen Rechten und der Bush-Regierung.

Wer die Ausführungen von Laurent gelesen hat, wird sich über die anmaßende Rede von Präsident Bush vom 8. September 2003, in der er die Staatenwelt in arroganter und anmaßender Weise in die Pflicht nimmt, nicht wundern. Bush und die „Bushies“ haben durch den Überfall auf den Irak das Land erst zum Tummelplatz des internationalen Terrorismus gemacht. Manches Mal werden auch

aus Wahnideen eine sich selbst erfüllende Prophezeiung. Was aber jeden Demokraten zutiefst beunruhigen muss, ist, dass die Mannschaft, welche die USA regiert, durch eine Loyalität, ja Korpsgeist zusammenschweißt wird, bei denen Ethik und Moral auf der Strecke bleiben. „Ehrlichkeit und Anständigkeit sind heute Tugenden, die in den Hintergrund gedrängt werden. Es zählt allein die Loyalität.“ Das Bild, das der Autor von Männern wie Perle, Feith, Wolfowitz, Abrams, Bolton, Cheney, Rumsfeld und anderen zwielichtigen Gestalten entwirft, ist von Skrupel- und Rücksichtslosigkeit gekennzeichnet. Diese „Bushies“ unterwandern nicht nur die amerikanische Demokratie, sondern unterminieren auch die sogenannten westlichen Werte, für welche die Weltgemeinschaft aufgefordert wird, in die Bresche zu springen. Wenn heute in Deutschland, Frankreich oder Österreich vor „Antiamerikanismus“ gewarnt und Loyalität gegenüber dem „großen Bruder“ angemahnt wird, sollte man zuerst dieses Buch lesen, damit jedem klar wird, für welche Ideologie und Personen man in die Pflicht genommen werden soll.

Ludwig Watzal

Eric Laurent: Die neue Welt des George W. Bush. Die Machtergreifung der Ultrakonservativen im Weißen Haus. Aus dem Französischen von Karin Balzer, Karola Bartsch, Ulrike Bischoff und Udo Rennert, S. Fischer, Frankfurt/M. 2003, 224 Seiten, € 16,90.

Fortsetzung von Seite 38

einem jüdischen Staat zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer und einem palästinensisch-arabischen Staat in Transjordanien.“⁴

In einem Leserbrief an den *Guardian* entgegnet ihm Avi Shlaim: „Was Israel 1948 tat war ethnische Säuberung, und was Benny uns nun erklärt, ist dass Ben Gurion seine Politik der ethnischen Säuberung gründlicher und umfassender durchführen hätte sollen. Benny scheint jeglichen Sinn für Moral verloren zu haben. ... Benny Morris scheint zur israelischen Rechten übergelaufen zu sein. Die israelische Rechte sieht keine andere Lösung für den Konflikt außer Transfer, und Benny scheint diese Ansicht zu teilen.“⁵

Georg Kreisel

- 1 Yad Vashem, Collected Research 13 (1980), S. 147
- 2 Central Zionist Archives, zitiert nach Segev S. 100
- 3 vgl. Guardian, 23. Mai 2002
- 4 Guardian, 3. Oktober 2002
- 5 Guardian, 5. Oktober 2002

Quellen:

- Simcha Flapan: The birth of Israel, myths and realities (New York 1987)
- Benny Morris: The birth of the Palestinian refugee problem, 1947–1949 (Cambridge 1987)
- Ilan Pappé: Britain and the Arab-Israeli conflict, 1948–1951 (New York 1988)
- Tom Segev: *Ha-milyon ha-shvi'i, ha-jisre'elim v-ha-sho'a* / Die siebte Million, die Israelis und der Holocaust (Jerusalem 1991)
- Avi Shlaim: Collusion across the Jordan, King Abdallah, the Zionist movement and the partition of Palestine (Oxford 1988)
- Zeev Sternhell: Aux origines d'Israël, entre nationalisme et socialisme (Paris 1993)
- Yechiam Vaits: *Ben chazon l-revizya, me'a shnot historyografya tsiyonut* / From vision to revision, a hundred years of historiography of Zionism (Zalman Shazar Centre for Jewish History, Jerusalem 1997)

In eigener Sache

Die *Antiimperialistische Koordination* (AIK) ist ein Zusammenschluss verschiedener antiimperialistischer Kräfte, der zur Koordinierung des Kampfes dient und jedes Jahr ein internationales antiimperialistisches Sommerlager organisiert. Unmittelbar nach Ausbruch der neuen Intifada im September 2000 gründete sich die *Antiimperialistische Koordination für Palästina* als Unterkomitee zum Zweck einer ständigen Solidaritätskampagne.

Die AIK sieht in der Errichtung eines einheitlichen, demokratischen Staates auf dem Gebiet des historischen Palästina, der allen EinwohnerInnen, unabhängig von Herkunft oder Religionszugehörigkeit, gleiche Rechte garantiert, die einzig mögliche langfristige und dauerhafte Lösung des Konfliktes. Sie stellt sich damit in die Tradition der palästinensischen Befreiungsbewegung und von Teilen der antizionistischen israelischen Linken. Die AIK betrachtet sich dennoch als Teil jener Solidaritätsbewegung, die sich nach Ausbruch der Zweiten Intifada auf Grundlage der palästinensischen Forderungen nach Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten, Abbau aller israelischen Siedlungen, Rückkehrrecht für alle vertriebenen Palästinenserinnen und Palästinenser sowie Errichtung eines souveränen palästinensischen Staates im Westjordanland und Gazastreifen mit Jerusalem als Hauptstadt mobilisierte. Auch wenn diese Forderungen – wie die Erfahrung der Oslo-Abkommen gezeigt hat – keine dauerhafte Lösung ermöglichen, ist eine Zusammenarbeit auf dieser Basis möglich und wünschenswert.

Die AIK versteht die Zeitschrift *Intifada* als Forum für Information und Diskussion und will damit einen Beitrag zur Zusammenarbeit der mit der palästinensischen Bewegung solidarischen Kräfte im deutschsprachigen Raum leisten. In diesem Sinne nehmen wir gerne Diskussionsbeiträge zur Veröffentlichung entgegen. Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen daher nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.

Kontakt und Abo

www.antiimperialista.org
aik@antiimperialista.org

Antiimperialistische Koordination
Postfach 23, 1040 Wien, Österreich

Bank: PSK (1018 Wien)
Kto-Nr. 92 125 137
Bankleitzahl: 60 000
BIC: OPSKAT WW
IBAN: AT 646 000 000 092 125 137

Hinweis: Seit 1. Juni 2003 kommen für Überweisungen auf Konten innerhalb der EU in Euro dieselben Entgelte wie im Inland zur Anwendung, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

- Überweisungsbetrag max. € 12 500,-
- BIC und IBAN sind korrekt angegeben
- Auftraggeber und Empfänger übernehmen die eigenen Inlandsentgelte.

Intifada-Abonnement:

5 Zusendungen – 10 Euro

Institutionen bzw. Förderabo:

5 Zusendungen – 20 Euro

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Verlag „Edition Der Keil“, Gußhausstraße 14/3, 1040 Wien; Redaktion: Antiimperialistische Koordination (AIK), Gußhausstraße 14/3, 1040 Wien; Verlags- und Herstellungsort: Wien; Druck: ATOS-Origin, Wien. *Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz:* Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Verlag „Edition Der Keil“, Gußhausstraße 14/3, 1030 Wien. Grundlegende Richtung: Für einen gerechten Frieden im Nahen Osten.

ولا تهنأ ولا تحزنوا والله لا يتولون إلا الذين كفروا به وما يحسن المقدم قرآن صلتك وتلك الأيام نداولها بين الناس

والله اعلم بالله الدين اعلموا وتقدم منكم شعاع والله اعلم الغيبين

